4°
Bavar.
2221
IX, 2

° Bav. 222 i
IX, 2

Erklaerung

pav. 2221. (IX. 2.

Sr. Königl. Majeſt. von Preußen und Churfürſtl. Durchl. zu Brandenburg

Erklärung

an

Ihre Hohe Mitſtände des deutſchen Reichs

über die

Bayeriſche Succeſſions-Angelegenheit

und über

die Urſachen,

welche Höchſtdieſelbe nöthigen,

ſich der widerrechtlichen Trennung des Herzogthums Bayern

zu widerſetzen.

So wie ſie am 17. Julii 1778. von der Königl. Preußiſch-Chur-Brandenburgiſchen Comitial-Geſandtſchaft zu Regensburg bey einer allgemeinen Reichs-Zuſammenkunft öffentlich verleſen und mitgetheilt worden.

Berlin 1778.

BIBLIOTHECA
REGIA
MONACENSIS.

Seine Königliche Majeſtät von Preußen haben ſeit dem Frieden von Hubertsburg gehofft, daß Sie mit dem Kaiſerlich-Königl. Hofe in beſtändigem guten Vernehmen würden leben können. In ſolcher Abſicht haben Höchſt-Dieſelbe alle erſinnliche Bemühungen angewendet, um mit des Römiſchen Kaiſers Majeſtät und mit Ihro Majeſtät der Kaiſerin-Königin von Ungarn und Böhmen eine genaue Freundſchaft zu unterhalten. Deſtomehr muß es Sr. Königl. Majeſtät nahe gehen, dieſes glückliche Vernehmen durch die unerwartete Trennung des Herzogthums Bayern, welche der Hof zu Wien nach dem jüngſthin erfolgten Abſterben des lezten Churfürſten von Bayern vorgenommen, unterbrochen zu ſehen. Seine Königliche Majeſtät konnten nicht anders dafür halten, als daß dieſe Trennung mit der Gerechtigkeit, mit den kundbaren Rechten der Bayerſchen Lehen- und Allodial-Erben, und, durch ihre Folgen, mit der Sicherheit, Freyheit, und der ganzen Staatsverfaſſung des deutſchen Reichs auf eine unvereinbarliche Art ſtreite. Höchſt-Dieſelbe haben daher Ihren Kayſerlich-Königlichen Majeſtäten zum öftern wiederholte freundſchaftliche Vorſtellungen thun laſſen, daß Sie von ſolchem Vorhaben abſtehen möchten. Es ſind daraus viele wechſelſeitige Erklärungen, Unterſuchungen und langwierige Unterhandlungen entſtanden. Da aber alles vergeblich geweſen, und dieſe Vorſtellungen bey Ihren Majeſtäten keine andere Würkung, als eine allgemeine Kriegesrüſtung hervorgebracht, und die Umſtände dahero nunmehro zum äußerſten Ausbruch gediehen ſind; ſo können Seine Königliche Majeſtät von Preußen ſich nicht länger entbrechen, den Europäiſchen Mächten, beſonders aber Ihren hohen Mitſtänden des deutſchen Reichs, die gerechten Bewegungsgründe vorzulegen, welche Höchſtdieſelbe nöthigen, ſich der vorhabenden Zerreißung von Bayern zu widerſetzen. Zu welchem Ende man eine zuverläßige Erzählung desjenigen, was in dieſer wichtigen Sache zeithero vorgegangen, vorhergehen laſſen, und einige Beweisſchriften beyfügen wird.

Nachdem Maximilian Joſeph, Churfürſt und Herzog in Bayern, den 30. December 1777. unvermuthet und ohne Hinterlaſſung einiger Leibes-Erben verſtorben, und mit ihm der Wilhelminiſche oder Ludovicianiſche Mannsſtamm des Hauſes Bayern erloſchen; ſo ließen Se. Durchl. der Churfürſt zu Pfalz, als nächſter Agnat, noch an eben dem Tage, durch das bekanntermaßen publicirte Patent, den Beſitz von deſſen hinterlaſſenen ſämmtlichen Landen ergreifen. Nach der Reichskundigen Beſchaffenheit der Bayerſchen Erbfolge, konnte niemand zweifeln, daß der Herr Churfürſt zu Pfalz auch in dem Beſitz derſelben, mit Ausnahme desjenigen, das etwa die Bayerſchen Allodial-Erben zu fordern hätten, bleiben würde. In der Mitte des Monats Januarii des laufenden 1778ten Jahres aber verlautete von allen Seiten, daß Ihro Majeſtät, die Kayſerin-Königin, einen

A 2 beträcht-

Bayerische Staatsbibliothek München

beträchtlichen Theil von Bayern durch Ihre Kriegsvölker hätten in Beſitz nehmen laſſen, und daß Sie einen Vergleich darüber mit dem Herrn Churfürſten zu Pfalz getroffen hätten. Der Kayſerlich-Königliche Hofkanzler, Fürſt von Kaunitz-Rittberg, ſtellte auch am 20. Jenner dem am Kayſerl. Königl. Hofe ſtehenden Königl. Preußiſchen Geſandten, Freyherrn von Riedeſel, ſo wie den übrigen zu Wien befindlichen Geſandten, die in der erſten Anlage enthaltene kurze Note zu, des Inhalts: „Daß Ihro K. K. Majeſtät gewiſſe Anſprüche auf die Bayeriſche Erbfol„ge hätten; daß ſolche von dem Rückfall der Böhmiſchen Lehen, von einer An„wartung auf die Grafſchaft Mindelheim in Schwaben, und von einer von Kay„ſer Sigismund dem Hauſe Oeſterreich ertheilten würklichen Belehnung auf eini„ge Stücke von Bayern, herrühreten; daß Se. Churfürſtl. Durchl. zu Pfalz ſol„che Anſprüche anerkannt, und ſich mit Ihro K. K. Majeſtät darüber freund„ſchaftlich verglichen hätten; daß zwar Ihro K. K. Majeſtät anfangs ein zurei„chendes Corps Truppen nach Bayern hätten marſchiren laſſen, weil Churpfalz „von allen Bayeriſchen Landen ohne Unterſchied Beſitz genommen hätte; da aber „kurz nachher der Mißverſtand gehoben ſey, ſo habe man die meiſten Truppen „zurückberufen, und nur ſo viele in Bayern gelaſſen, als zur Beſitzergreifung nö„thig geweſen."

Seine Königl. Majeſtät von Preußen nahmen dieſe gefällige Mittheilung mit Dank an, konnten aber nach Ihrer von dem Bayerſchen Erbfolgsrechte habenden Kenntniß, ſich nicht entbrechen, dem K. K. Hofe, durch eine von Dero Geſandten, dem von Riedeſel, den 7. Februar zu Wien übergebene Gegen-Note, die hier in der zwoten Anlage beygefüget iſt, einige Zweifel und Bedenklichkeiten darüber zu eröffnen: „Daß die Krone Böhmen ihre Lehen in der Oberpfalz einzie„hen wolle, da ſelbige doch, zufolge des vierten Artikels des Weſtphäliſchen Frie„dens, nach Abgang der Wilhelminiſchen Linie, mit der Oberpfalz an die Rudol„phiniſche Linien zurückfallen müßten; daß ein großes Herzogthum und Churfür„ſtenthum, das nach dem Traktat von Pavia, der güldenen Bulle und dem Weſt„phäliſchen Frieden, allen Linien des Hauſes Pfalz zugehöre, durch eine ohne Be„willigung des Reichs ertheilte Anwartſchaft auf eine ſo außerordentliche Art zer„ſplittert werden ſollte; und daß der Herr Churfürſt zu Pfalz über einen ſolchen „Gegenſtand ſich hätten vergleichen, und einen ſo wichtigen Antheil des alten Erb„eigenthums ſeines Hauſes, zum Nachtheil der Pfälziſchen Nebenlinien und der „Allodial-Erben, an ein fremdes Haus abtreiben können." Man fügte hinzu: „daß, da Ihro Röm. Kayſerl. Majeſtät die Bezirke von Bayern, die Sie für er„ledigte Reichslehen hielten, hätten einziehen laſſen; ſo hofften Seine Königliche „Majeſtät von Preußen, daß die Abſicht nicht ſeyn werde, darüber anders, als „mit Zuziehung der Churfürſten und Fürſten, nach dem eilften Artikel der Wahl„Capitulation, zu verfügen, noch auch dieſelbe länger mit Ihren Haustruppen

beſetzt

„beſetzt zu halten; Se. Königl. Majeſtät könnten als Reichsfürſt bey einem ſo „ſonderbaren Vorfall, der auf die Erhaltung des Reichs-Syſtems einen ſehr nach„theiligen Einfluß haben möchte, nicht ganz gleichgültig ſeyn, und erwarteten da„hero von der Gerechtigkeit und Großmuth Ihrer Kaiſerl. Königl. Majeſtäten, „daß Höchſtdieſelben zu einer weitern gütlichen Auskunft die Hände biethen würden, „durch welche die Bayerſche Erbfolge auf eine der Reichsverfaſſung und den Rech„ten derer, die daran Theil zu nehmen hätten, gemäße Art, abgemacht werden „könnte."

Der Fürſt von Kaunitz ſtellte hierauf dem Königl. Geſandten zu Wien, die in der dritten Anlage befindliche Note vom 16. Februar zu, in welcher man ſich Mühe gegeben, die dieſſeits gemachten Zweifel und Einwürfe zu heben.

Se. Königl Majeſtät konnten aber dieſe Antwort ſo wenig zureichend und überzeugend finden, daß Sie Sich vielmehr genöthiget ſahen, den 9ten Martii durch den Freyherrn von Riedeſel das in der 4ten Anlage beygefügten Memoire zu Wien übergeben zu laſſen. Man glaubt darinn, obwohl in der Kürze, den Unbeſtand der Kaiſerl. Königl. Anſprüche auf die Bayerſche Erbſchaft überzeugend dargethan zu haben, und Se. Königl. Majeſtät erſuchten dahero am Ende Ihro Kaiſerl. Königl. Majeſtäten: „die Sachen wieder in den Stand zu ſetzen, „wie ſie bey dem Abſterben des Churfürſten von Bayern geweſen, und ſich ſolche „Vereinigungsmittel gefallen zu laſſen, durch welche die Bayerſche Erbfolge auf „eine der Verfaſſung und dem Gleichgewichte des Reichs, dem Weſtphäliſchen „Frieden und den Befugniſſen der Fürſtlichen Häuſer Pfalz, Sachſen und Meck„lenburg gemäße Art reguliret werden könnte." Se. Königl. Majeſtät wurden, dieſe wiederholte Vorſtellungen zu thun, dadurch mit bewogen, daß indeſſen Hochgedachte Fürſtliche Häuſer Ihre Verwendung nachgeſuchet hatten.

Der Kaiſerlich Königlich Hof hat gut gefunden, darauf durch die unter der 5ten Nummer beygefügte Note vom 1ſten April zu antworten: „daß er ſich „nicht weiter auf die Unterſuchung ſeiner Rechte einlaſſen, noch auch den Beſitz „von Bayern fahren laſſen werde; daß einem jeden, der etwas zu fordern hätte, „Recht wiederfahren ſolle; daß aber Ihro Kaiſerl. Königl. Majeſtät niemals zu„geben würden, daß ein Reichsfürſt ſich zum Richter und Vormunde ſeiner „Mitſtände aufwerfe, und Ihre Befugniß beſtreite; daß Sie ſich gegen jedwe„den zu vertheidigen, und ihn allenfalls ſelbſt zu bekriegen wiſſen würden; „indeſſen Sie doch bereit wären, alle zuläßige Mittel anzunehmen, durch welche „die allgemeine Ruhe erhalten werden könnte."

So hart, ſo unfreundlich und zugleich ungegründet der Inhalt dieſer einer Kriegeserklärung nicht unähnlichen Note war; ſo haben doch Se. Königl. Majeſtät von Preußen, um Ihrer Seits alle mögliche Mäßigung zu beobachten, den 22ten April, laut der 6ten Anlage, eine neue Antwort zu Wien übergeben

 laſſen,

laſſen, in welcher geäußert und gezeiget wurde: „daß Ihro Königl. Majeſtät die „Ihnen gemachte Vorwürfe nicht verdienten; daß Sie nicht verlangten, Sich „zum Vormunde oder Richter Ihrer Mitſtände aufzuwerfen; daß Sie aber „auch genugſames Recht hätten, ſich gegen die willkührliche und offenbar unge„rechte Zerſplitterung der Bayerſchen Succeſſion mit Vorſtellungen und andern „erlaubten Mitteln zu verwenden; daß Sie eben ſo geneigt wären als Ihre Kai„ſerl. Königl. Majeſtäten, das gute Vernehmen mit Ihnen, und den Ruheſtand „zu erhalten, aber billig von Hochdenſelben, da ſie ſich in den Beſitz der im „Streit befangenen Gegenſtände geſezt, die Eröffnung der Mittel, die „dazu führen könnten, erwarten müßten."

Der Fürſt von Kauniz beantwortete dieſe Note durch ein Memoire vom 7ten May (a), wobey ſich eine ſogenannte Analyſe oder Widerlegung der beyden Noten des Königlich Preußiſchen Hofes vom 9ten März und 22ſten April befunden (b). In dieſem Memoire vom 7ten May ſuchte man zu behaupten: „Daß „des Kaiſers Majeſtät in der Baieriſchen Sache nichts widerrechtliches gethan „hätten; daß Se. Churfürſtl. Durchlaucht zu Pfalz ihren Vergleich nicht an„föchten; daß der Kaiſerin Königin Majeſtät den Anſprüchen des Churfürſten von „Sachſen und der Herzoge von Mecklenburg nicht widerſtritten, und daß, obſchon „der Herzog zu Zweybrück nicht eher ein Recht haben könnte, Anſprüche zu ma„chen, als nach Erlöſchung der Sulzbachiſchen Linie, man ihn doch einladen woll„te, ſeine Beſchwerden anzubringen, damit ſeine Rechte zugleich mit den Anſprü„chen der Kaiſerin-Königin Majeſtät unterſuchet, und der darüber entſtandene „Streit durch einen rechtlichen Ausſpruch entſchieden und abgethan werden könnte."

Ein jeder Unpartheyiſcher wird erkennen, daß dieſe allgemeine Aeußerungen und das Berufen auf eine rechtliche Entſcheidung, der Hauptbeſchwerde gegen den Kaiſerl. Königlichen Hof nicht abhelfen, ſo lange er den eigenmächtig ergriffenen Beſitz des ſtreitigen Gegenſtandes behauptet, und ſo lange nicht auf eine zu Recht beſtändige Art ausgemacht iſt, von welchen unpartheyiſchen Richtern, dieſe wichtige Streitigkeit zwiſchen Ihro K. K. Majeſtät, dem Herrn Pfalzgrafen von Zweybrück, und dem Herrn Churfürſten zu Sachſen, unterſuchet und entſchieden werden ſoll, indem des Römiſchen Kaiſers Majeſtät in Ihrer eigenen Sache nicht Richter ſeyn können.

Se. Königl. Majeſtät haben auch vor einiger Zeit, um den Endzweck einer gütlichen Beylegung der Bayerſchen Erbſchaftsangelegenheit deſto eher zu erreichen, Ihre Hohe Mitſtände, durch eine mündliche Aeußerung Ihrer Reichstagsgeſandt-

(a) Dieſes Memoire befindet ſich in der 7ten Beylage.

(b) Dieſe Analyſe befindet ſich in der 8ten Beylage nebſt einer Widerlegung von Seiten des Königl. Preußiſchen Hofes, welches beydes man in franzöſiſcher Sprache hinbeyfügen muß, weil jezt der Mangel der Zeit eine Ueberſetzung nicht erlaubet.

geſandtſchaft zu Regensburg erſuchen laſſen, mit Ihnen gemeinſchaftliche Sache zu machen, und Ihren Kaiſerl. Königl. Majeſtäten über die ſonderbare Vorgänge in Bayern dienliche Vorſtellungen zu thun, um Höchſtdieſelbe dahin zu vermögen, daß dieſe wichtige Sache in ſolche Mittel und Wege, die mit der Reichsverfaſſung und mit den Rechten der Hohen Intereſſenten übereinſtimmen, eingeleitet werde. Auch dieſer an ſich ſo unſchuldige als wohlgemeynte Schritt hat eine ungleiche Auslegung erfahren müſſen. Die Kaiſerl. Königl. Geſandtſchaft zu Regensburg hat den 10ten April eine zugleich in öffentlichem Druck erſchienene Aeußerung abgeleget, in der man weder auf den Grund der Sache hineinzugehen, und auf die diſſeits gemachte Einwürfe etwas zu antworten, noch auch die jenſeitige Maaßregeln und Anſprüche zu rechtfertigen gut gefunden, ſondern ſolches auf ein unbeſtimmtes Gutfinden ausgeſetzet; hergegen aber ſich deſto mehr bemühet hat, Se. Königl. Majeſtät mit unverdienten und anzüglichen Vorwürfen zu beladen, und zum Statu quæſtionis als Hauptſätze aufzuſtellen: „Daß „jeder Reichsſtand berechtiget ſey, ſeine Rechte geltend zu machen; daß nach der „Reichs-Grundverfaſſung kein ander Mittel dazu wäre, als ein Vergleich zwi„ſchen denen intereſſirten Theilen, oder der oberrichtliche Ausſpruch, daß der K. „K. Majeſtät den erſten Weg eingeſchlagen, und ſich mit dem Herrn Churfür„ſten zu Pfalz verglichen hätten, auch dem Herrn Herzog zu Zweybrück und „Herrn Churfürſten zu Sachſen in ihren Gerechtſamen nicht entgehen, ſondern „ſolche den Wegen einer rechtlichen Entſcheidung oder eines Vergleichs überlaſſen „wollten; Sie könnten aber einem dritten Reichsſtande, und alſo Sr. Königl. „Majeſtät von Preußen nicht geſtatten, gegen eine Vergleichungshandlung, die „ſeine Rechte nicht betreffen, Widerſprüche zu erregen, und ſie für ungültig zu „erklären, man könne den Königl. Preußiſchen Richterſtuhl und deſſen Macht„ſprüche nicht erkennen, u. ſ. w."

Man könnte Königl. Preußiſcher Seits dieſe in der Allgemeinheit angebrachte Sätze theils ſehr leicht beſtreiten, theils auch annehmen, und gegen den Wiener Hof umkehren; es würde aber daraus nur ein leerer und weitſchweifiger Wortſtreit, der zu nichts als zur Verwirrung der Hauptſache dienen könnte, entſtehen. In der Folge wird bey der Anwendung ſich von ſelbſt zeigen, daß Ihro Kaiſerl. Königl. Majeſtät ſich mit den intereſſirten Theilen nicht verglichen, daß Sie ſich nur mit einem dazu nicht befugten Theile verglichen, daß Sie ihre Rechte auf eine der Reichsverfaſſung gemäße Art nicht geltend gemacht, daß Ihre Erklärungen damit und mit der That nicht übereinſtimmen, und daß Se. Königl. Majeſtät von Preußen bey der Bayeriſchen Succeſſionsſache mehr, als Ihro Majeſtät die Kaiſerin-Königin, intereſſiret ſind.

Man hat bis itzo Anſtand genommen, ſowohl auf obgedachtes Memoire des Wiener Hofes vom 7ten May, und die demſelben beygefügte Analyſe, als

auf die mündliche und gedruckte Aeußerung des Oeſterreichiſchen Geſandten zu Regensburg umſtändlich zu antworten; weil man gehoffet hat, daß der ganze Streit auf eine gütliche Art durch die Unterhandlung würde gehoben werden, welche unterdeſſen auf folgende Weiſe entſtanden.

Es ſind die Gerüchte bekannt, welche im Monath Februar von den beyderſeitigen Kriegeszurüſtungen zu laufen anfiengen. Man will nicht unterſuchen, von welcher Seite damit der Anfang gemacht worden; ſo viel iſt gewiß, daß der Wiener Hof im Märzmonath den größten Theil ſeiner Truppen in Böhmen und Mähren verſammelt hatte. Se. Königl. Majeſtät wurden dadurch genöthiget, auch ihre Truppen nach und nach aus den entfernten Provinzen anrücken zu laſſen, und Sie begaben Sich zu Anfang des Aprils ſelbſt nach Schleſien. Des Römiſchen Kaiſers Majeſtät, welche zu gleicher Zeit in Böhmen angelanget waren, erließen den 13. April ein Schreiben an den König, wodurch Höchſt-Dieſelbe den Entwurf einer Vergleichs-Convention vorſchlugen und mittheilten. Es wurde darauf zwiſchen beyden Monarchen vom 13ten bis 21ſten April ein Briefwechſel geführet, durch welchen Sie endlich übereinkamen, eine Vergleichsunterhandlung anſtellen zu laſſen, die zu Berlin zwiſchen dem K. K. Geſandten Grafen von Cobenzl und den Königlich-Preußiſchen Miniſtern vom Departement der auswärtigen Angelegenheiten gepflogen werden ſollte.

Der Graf von Cobenzl machte in der erſten Conferenz den 24. April den Antrag zu Schließung eben derjenigen kurzen Convention, welche des Röm. Kayſers Majeſtät bereits dem Könige zugeſchickt hatten, und nach welcher „Se. Königl. „Majeſtät ſich anheiſchig machen ſollten, die Gültigkeit der den 3. Jenner zwiſchen „der Kayſerin-Königin Majeſtät und dem Churfürſten zu Pfalz geſchloſſenen Con„vention und den rechtmäßigen Beſitz der Diſtrikte von Bayern, welche Höchſt„dieſelbe nach ſolcher Convention eingenommen, anzuerkennen, und diejenigen Ver„tauſchungen, welche der Kayſerin-Königin Majeſtät mit dem Churfürſten zu „Pfalz über ganz Bayern, oder über einige Theile treffen möchten, ruhig geſche„hen zu laſſen; dagegen der Kaiſerin-Königin Majeſtät die Gültigkeit der künfti„gen Länder Anſpach und Bayreuth mit der erſten Linie des Hauſes Brandenburg „anerkennen, und diejenigen Vertauſchungen, welche Se. Königl. Majeſtät von „Preußen in Anſehung dieſer Länder zu treffen gut finden möchten, geſchehen laſ„ſen wollten."

Um dieſe Vorſchläge zu unterſtützen, ſuchte man gewiſſe allgemeine Grundſätze von angeblicher Billigkeit und Convenienz geltend zu machen: „daß näm„lich ein Hof ſich an die Stelle des andern ſetzen, und nichts verlangen ſolle, wel„ches wider ſein Intereſſe und ſein Anſehen ſey, und das er nicht für ſich ſelbſt in „einem ähnlichen Fall fordern würde." Die Anwendung von dieſen Grundſätzen wurde dahin gemacht: daß, da der König ſich jetzo der Vergrößerung des Hauſes

ſes Oeſterreich aus dem Grunde ſeiner politiſchen Convenienz widerſetze, das Haus Oeſterreich aus eben dem Grunde ſich der Vergrößerung des Hauſes Brandenburg, wenn ſolches mit der Zeit die Länder Anſpach und Bayreuth mit der erſten Linie würde vereinigen wollen, widerſetzen würde; daß, damit man ſich nicht ohne Noth im Wege ſey, man vielmehr ſuchen müſſe, dieſen Widerſtand des beyderſeitigen Intereſſe durch den vorgeſchlagenen Traktat zu heben.

Die Königl. Preußiſchen Miniſtri gaben dem K. K. Geſandten hierauf zu erkennen: daß Se. Königl. Majeſtät ſich der Trennung von Bayern blos deshalb widerſetzten, weil ſie dafür hielten, daß ſelbige eines Theils mit der Gerechtigkeit und andern Theils mit der Sicherheit des deutſchen Reichs ſtreite; Sie wären ſonſt weit entfernt, einer jeden andern gerechten Erwerbung des Hauſes Oeſterreich zuwider zu ſeyn; es ſey nicht billig, eine gegenwärtige und nicht gegründete Erwerbung des Hauſes Oeſterreich mit einer andern entfernten und unſtreitigen Erwerbung zu vergleichen und zu compenſiren; Se. Königl. Majeſtät könnten alſo einen Vergleich nicht annehmen, durch welchen der Endzweck Ihres Widerſpruchs in der Bayerſchen Succeſſionsſache gänzlich verfehlet würde, und der die billige Wiedereinſetzung des Hauſes Pfalz in Bayern, und die Genugthuung des Churhauſes Sachſen in völliger Ungewißheit ließe.

Da indeſſen der K. K. Hof ſchlechterdings keine andre mehr beſtimmte Vorſchläge thun wollte, und auf diſſeitige Vorlegung eines Gegenprojekts zu dringen fortfuhr; ſo übergab das Königl. Preußiſche Miniſterium dem Grafen von Cobenzl den 20ten May einen **Entwurf einer allgemeinen Auskunft über die Bayerſche Erbfolge**, welcher kürzlich folgendes enthielte: „Zu „Erhaltung der Ruhe, wolle man ſuchen, das Haus Pfalz dahin zu vermögen, daß es dem Wiener Hofe zween beſtimmte Diſtrikte von Bayern an „der Donau und am Innfluß, die an Böhmen und Oeſterreich ſtoßen, „abtrete; der Kayſerinn-Königinn Majeſtät möchten dagegen dem Herrn „Churfürſten zu Pfalz alles übrige, was Sie von Bayern in Beſitz genom„men, zurückgeben, und für den Theil, den Sie behielten, einiges Aequi„valent in Schwaben, oder durch die Herzogthümer Limburg und Geldern „abtreten, um den Churfürſten zu Pfalz in den Stand zu ſetzen, daß er „den Churfürſten von Sachſen, in Anſehung ſeiner Allodialforderungen, durch „gewiſſe Abtretungen und Vertauſchungen, worüber man ſich zu vereinigen „ſuchen würde, befriedigen könne; daß, um dieſe allgemeine Auskunft zu „erleichtern, Ihro Römiſch-Kaiſerliche Majeſtät dem Herrn Churfürſten „zu Pfalz die in Bayern erledigte Reichs-Lehen zuwenden, und Ihro „Majeſtät die Kayſerinn-Königinn ſich derjenigen Lehen-Rechte begeben „möchten, welche Sie als Königinn von Böhmen über einige Diſtrikte der

„Ober ſ Pfalz, von Sachſen und von Bayreuth habe, auch nach Höchſt„Deroſelben eigenem Erbiethen der künftigen Vereinigung der Brandenbur„giſchen Lande in Franken mit der Churlinie des Hauſes Brandenburg und „der Vertauſchungen, welche dieſes Haus etwa mit ſeinen Nachbarn treffen „könnte, nicht zuwider ſeyn.„

Man überläßt es dem Urtheil eines jeden Unpartheyiſchen, ob dieſer Entwurf nicht ſchicklich geweſen wäre, um das Intereſſe der verſchiedenen Parteyen bey der Bayerſchen Erbfolge zu vereinigen, und ob man mit Beobachtung einiger Billigkeit und Mäßigung etwas vortheilhafteres für den Wiener Hof hätte erdenken können, als dadurch, daß man ihm, ohnerachtet er mit Recht gar nichts zu fordern hat, einen ruhigen und anerkannten Beſitz von zwey großen Bezirken verſchaffet, durch welche Böhmen und Oeſterreich ſo vortheilhaft erweitert und durch Ströme begränzt würden; und daß man dagegen kein anderes Aequivalent verlangt, als zweene mit den abzutretenden in keine Vergleichung kommende kleine Bezirke, welche von dem Oeſterreichiſchen Staatskörper ganz abgeſchnitten ſind, und einige ganz unwichtige Lehne, die nichts einbringen, und zu nichts dienen, als mit den Nachbaren öftere Irrungen zu erregen.

Alle dieſe wichtige Betrachtungen konnten den Wiener Hof nicht bewegen, weder dieſen Plan anzunehmen, noch auch andere deutlichere und beſtimmtere Vorſchläge zu thun. Der Graf Cobenzl übergab dem Königl. Preußiſchen Miniſterio in der Conferenz vom 6. Junii das in der 9ten Beylage befindliche Schreiben des Fürſten von Kauniz, in welchem, mit Wiederholung der vorhin angezogenen Grundſätze von Billigkeit und Gleichheit, von neuem angetragen wurde, folgende Präliminarien zu einem Vereinigungsplan feſtzuſetzen: „Der „Berliner Hof ſolle von aller Widerſetzung gegen die Acquiſition, welche „der Wiener Hof würklich in Bayern beſitze, abſtehen; dieſer verſpräche „dagegen, allem Widerſpruch gegen die künftige Vereinigung der Marggraf„thümer Anſpach und Bareuth mit der Brandenburgiſchen Churlinie zu ent„ſagen: die beyden Höfe ſollten den freywilligen Vertauſchungen nicht zuwider „ſeyn, welche der eine, oder der andere mit ſeinen Nachbaren machen könnte; „ſie wollten gemeinſchaftlich ihre gute Dienſte anwenden, um einen billigen „Vergleich zwiſchen den Churfürſten zu Pfalz und Sachſen über die Allodial„anſprüche des letztern zu vermitteln; Ihro Majeſtät die Kayſerinn ſ Königinn „wollten auch dazu beytragen durch wichtige Vortheile an Chur ſ Sachſen, „worunter die Erlaſſung der Böhmiſchen Lehnrechte verſtanden wurden, und „endlich ſolle das Churhaus Pfalz durch einen freywilligen Austauſch, „der nicht anders von ihm angenommen würde, als unter anſtändigen „Bedingniſſen, vollkommen zufrieden geſtellet werden.„

Das Königl. Preußiſche Miniſterium übergab darauf dem Grafen von Cobenzl das in der 10ten Beylage befindliche Memoire, darinn man zeigte; wie unbeſtimmt, dunkel und unzureichend die letzten Eröffnungen des Wiener Hofes wären, und eine deutliche Erklärung über folgende vier Punkte verlangte: „Was der Wiener Hof von Bayern zu behalten und wiederzugeben gemeynet „ſey; was für Aequivalente und Vortheile er dem Churfürſten zu Pfalz und „Sachſen verſichern, und ob er ſich gefallen laſſen wolle, die ganze Bayerſche „Erbfolge, in Anſehung der Churfürſten zu Pfalz und Sachſen, und der Herzoge „von Zweybrücken und Mecklenburg, mit Sr. Königl. Majeſtät von Preußen „zu reguliren, da Höchſtdieſelbe, vermöge ihrer Freundſchaft und Verbindung, „mit den meiſten dieſer Fürſten, als ein Mitglied des Reichs, und in ſo vielen „anderen Abſichten ſo viel Recht als Intereſſe hätten, an der rechtmäßigen Ver„theilung dieſer Erbfolge Antheil zu nehmen.„ Der Freyherr von Riedeſel übergab eben daſſelbe Memoire zu Wien an den Fürſten von Kaunitz, und verlangte auf Befehl des Königes eine deutliche und befriedigende Antwort, bey welcher Gelegenheit er noch verſchiedene Vorſtellungen that, um eine Veränderung des Entſchluſſes und die Annehmung einer gütlichen Auskunft zu bewirken.

Der Fürſt von Kaunitz übergab hierauf dieſem Geſandten, und ließ auch zu Berlin durch den Grafen von Cobenzl das in der 11ten Anlage befindliche Memoire vom 24. Junii unter dem Namen einer mündlichen Antwort überreichen. Aber anſtatt neue Vorſchläge oder Erklärungen zu thun, ſuchte man darinn blos den Vergleichs-Entwurf des Berliner Hofes abzuwürdigen, und die Vorſchläge des Kayſerl. Königl. Hofes zu erheben, und man endigte mit der Erklärung: daß, wenn dieſelbe nicht zum Grunde eines Präliminar-Traktats angenommen würden, alle gütliche Auskunft unmöglich, und alle weitere Aufklärung überflüßig wäre.

Se. Königl. Majeſtät von Preußen haben dieſe Erklärung nicht anders anſehen können, als eine von Seiten des Wiener Hofes geſchehene Abbrechung der Unterhandlung, indem deſſen Vorſchläge ſo beſchaffen ſind, daß man dieſelbe nicht annehmen können, ohne Sr. Königl. Majeſtät Anſehen und Intereſſe, und den klareſten Rechten der natürlichen Erben des Hauſes Bayern auf das empfindlichſte zu nahe zu treten. Dieſes wurde dargethan in einem in der 12ten Beylage beygefügtem Memoire, welches von dem Königl. Miniſterio am 3ten Julii dem Grafen von Cobenzl zugeſtellet worden. In demſelben hat man, nach geſchehener kurzen Vergleichung der von beyden Höfen gethanen Vorſchläge, welche richtiger, als die von dem Wiener Hofe angeſtellte Vergleichung, ausgefallen ſeyn wird, zuletzt im Namen Sr. Königl. Majeſtät erkläret, daß Höchſtdieſelbe nach dem Vorgange des Wiener

Hofes ſich nicht weiter entbrechen könnten, auch Ihres Orts die Unterhandlung abzubrechen, und zu dem äußerſten Mittel zu ſchreiten.

Wenn man dieſe kurze und getreue Erzählung desjenigen, ſo zwiſchen den Höfen von Berlin und Wien ſeit dem Abſterben des Churfürſten von Bayern über deſſen Erbfolge vorgegangen iſt, mit den von beyden Theilen gewechſelten Schriften verbindet, ſo wird ſolches allein zureichen, die unparteyiſche Welt von der Wahrheit folgender Punkte zu überzeugen:

1) Daß, wenn Se. Königliche Majeſtät von Preußen, an der Bayerſchen Succeſſionsangelegenheit Antheil genommen, ſolches aus keiner andern Urſache geſchehen, als weil Sie überzeuget ſind, und andere überzeugen zu können, glauben, daß die von der Kayſerinn-Königinn Majeſtät unter dem Schein eines alten, aber ganz ungegründeten Anſpruchs, den man Höchſtderoſelben ohne Zweifel auf einer unrichtigen Seite vorgeſtellet, geſchehene Beſitznehmung der Hälfte von Bayern, völlig mit der Gerechtigkeit und den beſtgegründeten Rechten der natürlichen Lehn- und Allodial-Erben ſtreitet, und die ganze Verfaſſung und Sicherheit des Reichs über den Haufen werfen würde.

2) Daß, ohngeachtet dieſer wichtigen Betrachtungen, Se. Königl. Majeſtät von Preußen dennoch, um den Ruheſtand und das gute Vernehmen mit Ihren Kayſerlichen Majeſtäten zu erhalten, ganzer fünf Monath lang alle erſinnliche Mittel der gemäßigſten Vorſtellungen und einer freundſchaftlichen Unterhandlung angewendet, um einen gütlichen Vergleich zu erzielen, und das Intereſſe Ihrer Kaiſerlich-Königl. Majeſtäten mit den Rechten der natürlichen Erben ſo viel als möglich zu vereinigen.

3) Daß Se. Königl. Majeſtät in gleicher Abſicht, Ihren Kaiſerl. Königl. Majeſtäten ſolche Vorſchläge gethan haben, welche in Anſehung der Natur ihrer Anſprüche viel zu vortheilhaft, und dem Intereſſe und den Rechten des Hauſes Pfalz faſt zu nachtheilig ſind, welches blos in der Abſicht und Erwartung geſchehen, daß dieſes Haus ſich entſchließen würde, dem Ruheſtande und dem gemeinen Beſten von Deutſchland etwas aufzuopfern, nachdem dieſe Erbſchaftsangelegenheit einmal durch die gar zu große Nachgiebigkeit ſeines Haupts eine ſo nachtheilige Wendung bekommen.

4) Daß, wenn S. Königliche Majeſtät geſchehen laſſen, daß man bey dieſer Unterhandlung die Sache von der Vereinigung der Länder Bayreuth und Anſpach mit der Chur Brandenburg, und der Vertauſchung derſelben mit der Lauſitz, mit eingeflochten, ſolches blos auf den Antrag Ihrer Kaiſerl. Königl. Majeſtäten, und ohne einige Abſichten von Vergrößerung und eigenem Intereſſe geſchehen iſt.

5) Daß der Wiener Hof alle ihm von Sr. Königl. Maj. geſchehene höchſt vortheilhafte Vorſchläge verworfen; daß diejenigen, welche dieſer Hof von ſeiner Seite gethan, in nichts als unbeſtimmten und dunkelen Präliminarien beſtehen, ſo die Beybehaltung der ungerechten Trennung von Bayern allezeit zum Grunde haben, welche, da ſie die gar zu gefährliche Convention vom 3ten Jänner beſtehen laſſen, die Austauſchung, und alſo den Verluſt von ganz Bayern für das Haus Pfalz nach ſich ziehen könnten, und die Befriedigung der Häuſer Pfalz und Sachſen dem Gutbefinden des Wiener Hofes gänzlich überlaſſen, indem Se. Königl. Maj. nach den Ihnen angetragenen Präliminarien den Oeſterreichiſchen Beſitzſtand ſchlechterdings anerkennen, und ſich von der weiteren Verhandlung mit dem Hauſe Pfalz gänzlich ausſchließen laſſen ſollen; daß alſo Se. Königl. Maj. ſolche Anträge nicht annehmen können, ohne Ihrer Würde, Ihren Verbindungen und Ihrem Intereſſe gänzlich zu nahe zu treten.

6) Daß alſo der Wiener Hof die Unterhandlung zuerſt abgebrochen; indem er alle Vorſchläge des Königs verworfen, ſeiner Seits aber ſolche gethan, welche man unmöglich annehmen können; und zuletzt erkläret, daß eine jede andere Auskunft unmöglich und alle weitere Nachfrage vergeblich ſey, folglich dieſem Hofe die natürlichen Folgen dieſes Bruches lediglich zuzuſchreiben ſind.

Um von dem erſten der angeführten Artikel deſtomehr zu überzeugen, und die nöthigſte, obwohl nicht ausführliche Erläuterung darüber zu geben, wollen Se. Königl. Maj. Ihren hohen Mitſtänden die vornehmſten Grundſätze darlegen, nach welchen Sie Ihres Orts das Recht der Bayeriſchen Erbfolge, und die darüber anjetzo entſtehende Streitigkeiten anſehen (c), wobey Höchſtdieſelben ſich doch keine Vorgreifung oder ein Richteramt anmaßen, ſondern die Sache eines jeden Beurtheilung überlaſſen, aber ſolche einleuchtende Gründe für ſich zu haben glauben, daß ein jeder Unbefangener und Billigdenkender denſelben hoffentlich beypflichten wird.

(c) Man hat hier das weſentlichſte angeführet; eine nähere Ausführung, wie auch Widerlegung einiger gegenſeitigen Gründe findet ſich in der hier unter den Beylagen No. 8. befindlichen Beantwortung des zweyten Memoire des Wiener Hofes vom 7. May, welches eine Analyſe oder Widerlegung der diſſeitigen Note vom 9. März seyn ſoll, wie auch in einer unter dem Titel von **Betrachtungen über das Recht der Bayeriſchen Erbfolge** allhier herausgegebene Privatſchrift, welche man bereits zu Wien ſo weitläuftig als mit angenommenen Schein von Zuverläßigkeit, aber weder mit neuen, noch mit erheblichen Gründen zu widerlegen ſich bemühet hat; dahero man darauf hier bereits im Vorbeygehn geantwortet, und wenn man das Schreiben fortſetzen will, leicht ausführlicher darauf wird antworten können.

Die ganze Angelegenheit der Bayerſchen Erbfolge und der darüber entſtandene Widerſpruch und Streit wird ſich auf folgende Punkte und Hauptſätze bringen laſſen:

1) Scheinet es unſtreitig zu ſeyn, daß die **Succeſſion in das Lehn von Bayern überhaupt**, allein, oder doch größtentheils dem Hauſe **Pfalz** zuſtehe, weil ſelbiges mit dem von Bayern in gerader Linie von einem gemeinſchaftlichen Stammvater Otto I. Pfalzgrafen von Wittelſpach, der das Herzogthum Bayern im Jahr 1180. nach der Aechtung Herzogs Heinrich des Löwen als ein Mannlehn vom K. Friederich I. erhalten, kundbarermaßen und nach der zu Ende der Beylagen befindlichen Stammtafel, abſtammet; weil beyde Häuſer, ob ſie wohl im Jahr 1329. durch den Vergleich von Pavia ihre Erbländer unter ſich getheilet, ſich doch nicht gänzlich und durch eine **Todtheilung** getrennet, ſondern vielmehr das Condominium oder das gemeinſchaftliche Eigenthum ihrer Staaten, zwar nicht jederzeit durch die bey dem Hauſe Pfalz nicht hergebrachte und an ſich nicht weſentliche Mitbelehnung, deſtomehr aber durch den gemeinſchaftlichen Gebrauch des Namen, Schilds und Helms, und durch die ſich wechſelſeitig verſicherte Erbfolge beybehalten; weil ſie durch erwähnten Traktat von Pavia (d), welchen Herzog Ludwig von Bayern, der zugleich Kayſer war, mit ſeinen Vettern, den Pfalzgrafen, geſchloſſen, und der ſogleich von allen Churfürſten beſtätiget wurde, ſich einander verſichert haben: **daß, wenn ein Theil, oder eine Linie, ohne Erben abgehen, oder erlöſchen würde, deren Länder und Herrſchaften, wie auch die Churwürde, der andern Linie zufallen, und daß kein Theil von ſeinen Landen etwas verkaufen, vertauſchen oder veräußern ſolle**, wodurch ſie unſtreitig alle **Beſitzungen** der Häuſer Pfalz und Bayern mit einem **beſtändigen, unzertrennlichen und unveräußerlichen Familien-Fideicommiß**, in der That und Würkung, obwohl nicht mit dem damals weniger bekannten Namen beleget; weil der Traktat von Pavia nicht allein für die damaligen, ſondern auch für alle folgende Zeiten geſchloſſen, und nachhero in den von beyden Linien öfters, beſonders in den Jahren 1524. 1724. 1746. 1766. (e) und 1771. erneuerten

(d) Man hat nöthig gefunden, dieſen Traktat in den Beylagen Num. 13. ganz vorzulegen, nach der wohl allen Glauben verdienenden Ausgabe des Bayeriſchen Archivarii Aettenkhover in ſeiner Geſchichte von Bayern, weil deſſen bloße Einſicht und Durchleſung die beſte Ueberzeugung von den oben angeführten Sätzen giebt.

(e) Dieſen merkwürdigen Hausvertrag von 1766. welchen der jetzige Churfürſt zu Pfalz mit dem verſtorbenen Churfürſten von Bayern ſelbſt geſchloſſen, und der noch nicht durchgehends

neuerten Hausverträgen jederzeit beſtätiget und erneuert worden, alſo ein von ihnen ſelbſt ſo benanntes beſtändiges **Grundgeſetz und pragmatiſche Sanction der Häuſer Pfalz und Bayern** geworden, und iſt, welche weder von einer Linie ohne Bewilligung aller Agnaten, noch durch die Nichtbeobachtung einiger Glieder des Hauſes, noch durch einige von beſondern Zeitläuften veranlaßte Veränderungen einiger Punkte, ſo die Succeſſion nicht betreffen, aufgehoben werden könne; weil endlich der Weſtphäliſche Frieden in dem Art. 4. §. 9. dem Churhauſe Pfalz nicht allein den Rückfall der Churwürde und der ganzen Ober-Pfalz nach Abgang des Bayeriſchen Mannsſtammes, welchem ſolche damals abgetreten werden müſſen, verſichert, welches nicht anders, als aus dem allgemeinen Succeſſionsrechte des Hauſes Pfalz auf Bayern folgen konnte, ſondern auch der Pfälziſchen, oder Rudolphiniſchen Linie, durch die Worte des Art. 4. §. 10. *Totius Lineæ Rudolphinæ Jura, quatenus huic diſpoſitioni contraria non ſunt, ſalva rataque maneant*, alle ihre Rechte, ſo dem Weſtphäliſchen Frieden nicht zuwiderlaufen, folglich auch das vorhin ſchon gegründete Succeſſionsrecht auf Bayern, das durch dieſen Frieden gewiß nicht ausgeſchloſſen worden, vorbehalten, und alſo dem etwanigen Einwurf, daß ſolches allgemeine Succeſſionsrecht hier nicht beſtätiget worden, welches der damalige, blos die Abſtellung der Unregelmäßigkeiten des vorhergegangenen Krieges betreffende Endzweck des Friedens nicht erforderte, vorgebeuget, folglich nach allen dieſen zuſammengenommenen Gründen, deren, wenn es nöthig wäre, man noch viel mehrere anführen könnte, der auf dem Blutgange und der gemeinſchaftlichen Abſtammung von den erſten Erwerbern gegründeten Succeſſion des Hauſes Pfalz in dem Mannlehn von Bayern, kein erheblicher Grund entgegen ſtehen kann.

2) Alle dieſe Gründe, welche dem Hauſe Pfalz die Succeſſion auf ganz Bayern verſichern, müſſen ihm ſelbiges auch auf **Niederbayern** beſtätigen, welches Land nach ſeinem Urſprung, nach den Hausverträgen und nach den Privilegien der Landſtände jederzeit ein unzertrennliches Theil des ganzen Lehns und Herzogthums von Bayern geweſen. Obzwar die im Jahr 1255. abgetheilte und im Jahr 1340. ausgegangene Niederbayeriſche Linie den Vertrag von Pavia nicht mitgeſchloſſen, weil ſie an der Ländertheilung der beyden andern Linien nicht Antheil nehmen konnte, und die Oberbayeriſche Linie auch im Jahr 1340. Niederbayern allein geerbet; ſo hat doch die Pfälziſche Linie ſowohl im Jahr

---

hends bekannt iſt, hat man um ſo mehr hier in der 14. Beylage ganz beyfügen wollen, weil der Traktat von Pavia ausdrücklich darinn erneuert und auf alle Beſitzungen beyder Häuſer erſtrecket iſt, folglich mit der Convention vom 3. Januar 1778. in völligem Widerſpruche ſtehet.

Jahr 1329. als 1340. aus dem Blutgange und der gemeinſchaftlichen Abſtammung ſchon das völlige Succeſſionsrecht auf Niederbayern gehabt, und ſolches auch dadurch ausgeübet, daß ſie ihr Recht an die Oberbayeriſche Linie gegen eine Abfindung von $\frac{63}{m}$ Gulden und 6000 Mark Silbers, abgetreten, ſich aber ſolches Succeſſionsrecht auf den Fall, daß die Oberbayeriſche Linie mit Tode abgienge, ausdrücklich vorbehalten, laut eines zu Ingolſtadt im Jahr 1348. geſchloſſenen Vergleichs, welcher ſeiner Wichtigkeit halber in den Beylagen (f) aus der Urſchrift ganz beygefüget und bekannt gemacht wird. Dieſe Urkunde widerleget mit Eins alles, was von einigen angeblichen Privatſchriftſtellern, von dem an ſich ungewiſſen Grundſatze der Todtheilung, welche ohnedem nicht präſumiret wird, ſondern wenn ſie Kraft haben ſollte, von den Contrahenten ausgedrucket werden ſollen, auf Niederbayern mit einem voreiligen Aufheben angewendet werden wollen; ſie zeiget, daß Niederbayern nicht gänzlich, oder durch eine Todtheilung von dem ganzen Pfalz-Bayeriſchen Lehen getrennet geweſen; wobey die Erfinder dieſes Einwurfs nicht bedenken, daß nach demſelben auch die Oberbayeriſche Linie in Niederbayern nicht hätte erben können, und daß der ganze Einwurf dem Reich, zu Einziehung des Lehns, nicht aber dem Hauſe Oeſterreich, zu ſtatten kommen könnte. Da nun der Pfälziſchen Linie das Succeſſionsrecht auf Niederbayern zur Zeit der Schließung des Traktats von Pavia im Jahr 1329. und zur Zeit des Erbfalls im Jahr 1340. zugeſtanden, worüber beyde Linien auch damals einig geweſen, indem einige Fürſten, die den Traktat von Pavia im Jahr 1329. geſchloſſen, auch zur Zeit des von Ingolſtadt vom Jahr 1348. noch gelebet und ſolchen mit abgeſchloſſen; ſo folget daraus unläugbar, daß der Traktat von Pavia nicht allein auf die damalige würkliche Beſitzungen, ſondern auch auf diejenige, zu welchen die Pfälziſche Linie damals ein Erbrecht hatte, und alſo auf Niederbayern ſich ſchon zu der Zeit erſtrecket. Hierzu kommt, daß die Häuſer Pfalz und Bayern, nachher, da letzteres Niederbayern im Jahr 1340. geerbet, den Vertrag von Pavia erneuert, auf die nachhero gemachte Erwerbungen und im Hausvertrag von 1766. gar namentlich und ausdrücklich auf Niederbayern erſtrecket; welchem letztern Grunde die dieſem Hausvertrage beygefügte Clauſul, in ſo weit man Niederbayern gewähren können, und der angebliche ältere Anſpruch des Hauſes Oeſterreich nicht entgegen ſtehen kann, weil letzterer an ſich unbefugt, hergegen das noch viel ältere Erbrecht des Hauſes Pfalz auf Niederbayern vollkommen gegründet iſt.

3) So

(f) ſ. die 14te Beylage und Beweisſchrift.

3) So wie nach den angeführten Gründen die Succeſſion in dem Mannlehn von Bayern überhaupt dem Hauſe Pfalz gebühret; ſo befinden ſich dagegen in deſſen Umfange viele und anſehnliche Allodialſtücke, die den Allodialerben des Bayer-Wilhelminiſchen Mannsſtammes zukommen. Solche Allodialerbſchaft gebühret wohl nach dem allgemeinen und beſondern Herkommen und den Verträgen des Hauſes Bayern, einzig und allein der verwittweten Frau Churfürſtinn von Sachſen, als einigen Schweſter und nächſten leiblichen Erbin des letzten Churfürſten von Bayern, und an deren Stelle ihrem Herrn Sohn, des Churfürſten von Sachſen Durchl. welchem ſie ihre Rechte abgetreten hat. Hochdieſelbe werden ſolche Allodialerbſchaft mit dem Hauſe Pfalz als gemeinen Lehnerben abzumachen haben. Wenn ſolches aber auf eine zureichende und zu Recht beſtändige Art geſchehen ſoll, ſo muß die Bayeriſche Erbſchaft in ihrem geſetzmäßigen Stande gelaſſen, und nicht, wie die Convention vom 3. Januar geſchieht, über die Hälfte gemindert werden, indem dadurch ein großer Theil der in dem ganzen Umfange von Bayern begriffenen Allodialſtücke verlohren gehen würde.

Das ſogenannte Regredienz- oder Rückgangs-Recht zu der Bayeriſchen Allodialerbſchaft, welches der Kayſerin-Königin Maj. wegen Ihrer Abſtammung von Maria Anna, einer Tochter Herzog Wilhelms von Bayern, und Gemahlin K. Ferdinand II. herleiten, und während der Unterhandlung dem Churhauſe Sachſen als ein Aequivalent und für Ihre Abreiſſung von Bayern abtreten, anrechnen wollen, ſcheinet theils dem faſt allgemeinen Herkommen des Reichs und der beſondern Obſervanz des Hauſes Bayern, welche durch die Beyſpiele der in den Jahren 1340. 1425. 1503. und ſonſt ſo oft ausgeſtorbenen männlichen Linien des Hauſes Bayern gegen den dagegen gemachten Einwurf gar wohl erwieſen und beſtätigt werden kann, theils auch ſelbſt mit den Grundſätzen zu ſtreiten, nach welchen Höchſtgedachter Kayſerin-Königin Majeſtät die Häuſer Bayern und Sachſen, die von den Töchtern Ihres ältern Herrn Vaterbruders, Kayſer Joſeph I. herſtammen, von der Oeſterreichiſchen Erbfolge ausgeſchloſſen haben. Man überläßt dieſes dem Churhauſe Sachſen weiter auszuführen, und will nur noch bemerken, daß wenn Se. Königl. Maj. von Preußen dergleichen Anſprüche geltend machen wollten, Sie ſolches eben ſo gut, als der Kayſerinn-Königinn Maj. wegen Ihrer Abſtammung von der Bayeriſchen Prinzeſſin Eliſabeth, einer Gemahlin Churf. Friederich I. von Brandenburg herleiten könnten, und daß die Häuſer Bourbon und Würtemberg, und alle andere, in welche Bayeriſche Prinzeſſinnen verheyrathet geweſen, eine gleiche Forderung anſtellen könnten; daraus aber eine ſolche Verwickelung von Prätenſionen entſtehen müßte, welche diejenige Rechtsgelehrte und Gerichte, die das Regredienzrecht gegen die allgemeinere und mehr gegründete Meynung behaupten wollen, nicht leicht würden auseinanderſetzen können, indem alsdenn die Erwerbungen, die von jeder Verhey-

 rathung

rathung einer Bayeriſchen Prinzeſſin zur andern, und bis zu den Erbfällen geſchehen, abgeſondert werden müßten, welches alſo die faſt nicht mögliche Ausübung des Regredienzrechtes beweiſet.

4) Da nun die Lehnsſucceſſion von Bayern dem Hauſe Pfalz, und die Allodialſucceſſion dem von Sachſen zugehöret; ſo ſollten von Rechts wegen diejenigen, welche auf einige Theile dieſer Erbfolge Anſprüche zu haben vermeinen, dieſelbe nicht anders geltend machen, als entweder durch rechtliche Wege, und bis zum richterlichen Ausſpruche den natürlichen Lehn- und Allodialerben den ruhigen Beſitz laſſen, oder durch einen freywilligen Vergleich mit allen Erben, welche ein gleiches Recht zu dieſer Fideicommiſſariſchen Erbſchaft haben.

5) Der alte Anſpruch, welcher im Namen der Kayſerin-Königin Majeſtät auf **Niederbayern** gemacht wird, wovon aber bishero noch kein authentiſcher Beweiß öffentlich zum Vorſchein gekommen iſt, ſoll ſich darauf gründen, daß, da der Mannsſtamm der Herzoge von Niederbayern zu Straubingen im Jahr 1425 durch den Tod des letzten Herzogs Johann erloſchen, und die andern Herzoge von Bayern zu München, Landshut und Ingolſtadt ſich über deſſen Erbſchaft geſtritten, K. Sigismund Niederbayern für ein dem Reich eröffnetes Lehen erkläret haben ſoll, weil die Herzoge von Bayern Lehnsverbrechen begangen haben ſolten, indem ſie öftere Theilungen ohne Bewilligung des Kayſers, als Lehnsherrn, vorgenommen hätten; dem zufolge ſoll er den 10. März 1426. ſeinem Schwiegerſohne H. Albrecht V. von Oeſterreich, deſſen Mutter auch eine Schweſter des letzten Herzogs von Straubingen war, einen Lehnbrief über ſein Recht auf Niederbayern gegeben haben, gleich darauf aber am 21 März, hat er mit eben dieſem Herzog eine **Theidigung** oder Vertrag gemacht, wodurch er feſtſetzet: „daß, da Niederbayern dem Reiche angefallen ſey, er, der Kayſer, dieſes Land für ſich und ſeine männliche Erben behalten, und bey ſeinem Leben durch den H. Albrecht verweſen laſſen wolle; wenn er aber ohne Mannserben abgienge, ſolle es an ſeine „Tochter Eliſabeth, H. Albrechts Gemahlin, und **ihre Erben** gefallen; und „wenn auch ſie ohne Erben abſchiede, ſo ſolle das Land Niederbayern an H. „**Albrecht und ſeine Erben** gefallen.“ So lautet der weſentliche Inhalt dieſer beyden ganz außerordentlichen Urkunden, welche der Wiener Hof bisher nur auszugsweiſe in Privatſchriften bekannt gemacht, und die man daher nach beglaubten Abſchriften hierdurch vorzulegen nöthig gefunden (g). Man darf beyde Urkunden nur anſehen, um ſich zu überzeugen, daß eine die andere aufhebt, daß K. Sigismund nur bald den einen, bald den andern Vorwand geſucht, um Niederbayern an ſein Haus zu ziehen, indem er in dem erſten Lehnbriefe dem H. Albrecht ſyn oder ſein eignes Recht an das Herzogthum Bayern als ein Weiberlehn, in der Theidigung aber, ſolches Land erſt an ſich als ein Mannlehn, gleich nachhero aber an ſeine Tochter und ihre Erben, und denn wieder an H. Al-

(g) Sie ſtehen in den Beylagen No. 16. und 17.

H. Albrecht und ſeine Erben als ein vermiſchtes Lehn verleihet. Wie nun gedachte beyde Urkunden ſich durch ihren eigenen Widerſpruch von ſelbſt aufheben, ſo ſind ſie auch an ſich nichtig, weil ſie auf unrichtigen Grundſätzen gebauet waren, und widerrechtliche Verfügungen enthielten. Der Lehnbrief ertheilte dem Herzog Albrecht das Lehn auf Niederbayern, aus ſeinem eigenen, oder ſeiner Mutter Rechte, und machte es alſo zu einem Weiberlehn, welches in Anſehung des unſtreitigen Mannlehns von Niederbayern, das denen noch genugſam vorhandenen männlichen Linien von Bayern zugehörte, unmöglich beſtehen konnte. Eben dieſes ſtehet der ſogenannten **Theidigung** entgegen, indem nach ſelbiger K. Sigismund, das auf dem noch vorhandenen bayeriſchen Mannſtamme beſtehende Mannlehn von Niederbayern ſeiner Tochter und ihren Erben beyderley Geſchlechts verleihen, und alſo zu einem vermiſchten oder Weiberlehn machen wollte, und dieſes aus der ganz grundloſen Vorausſetzung, daß die Herzoge von Bayern eigenmächtige Theilungen vorgenommen, und dadurch das Lehen verwirket hätten, da doch kein ächtes Reichsgeſetz vorhanden iſt, welches den Reichsfürſten verbiethet, die Ihnen durch den ordentlichen Erbgang zugefallenen Länder ohne des Lehnherrn beſondere Einwilligung zu theilen, die Fürſten von Bayern auch viele dergleichen Theilungen öffentlich ohne Widerſpruch des Kayſers vorgenommen hatten, und durch den vom Kayſer und den Churfürſten beſtätigten Erbvergleich von Pavia dazu genugſam bemächtiget geweſen. K. Sigismund hat auch im Julio 1426 und alſo 4 Monath nach dem ertheilten Lehnbriefe, den Erzbiſchof von Maynz erſuchet, die Churfürſten zu berufen, und über die Anſprüche des Reichs, wie auch der Herzoge von Bayern und Oeſterreich an Niederbayern, zu erkennen; welches offenbar zeigt, daß die von ihm angemaßte Einziehung des Lehns von Niederbayern nicht ausgemacht, noch anerkannt geweſen, und daß ſo wenig der dem H. Albrecht ertheilte Lehnbrief, als die mit ihm getroffene Theidigung zu Stande gekommen, ſondern entweder beſtritten, oder gar aufgehoben worden ſeyn müſſen, weil es ſonſt einer neuen Unterſuchung und Erkenntniß nicht bedurft hätte. Da aber dieſer Churfürſtentag und Ausſpruch nicht für ſich gegangen, ſo hat eben dieſer K. Sigismund im J. 1429 zu Preßburg in Ungarn, mit Zuziehung einiger anweſenden Fürſten und Edlen, ein feyerliches **Fürſtenrecht** oder **Schiedsgericht** gehalten, darin er zuvörderſt den Herzogen von Bayern die vermeinte Verwirkung des Lehns erlaſſen, und hernach feſtgeſetzet, wie ſie Niederbayern unter ſich theilen ſollten. Das angebliche Lehnrecht des H. von Oeſterreich kam bey dieſem Ausſpruch weder in Erwehnung, noch in Betrachtung, und iſt alſo, da es ohnedem ohne Fug ertheilet geweſen, durch eben dieſen Spruch um ſo mehr aufgehoben worden, als es vornehmlich aus dem Grunde des dem Reich verwirkten Lehns ertheilet war, der Kayſer aber dieſe Verwirkung den Herzogen von Bayern erlaſſen, und erlaſſen mußte, ſelbige auch ohnedem den zu Niederbayern berechtigten Pfalzgrafen, die an den Theilungen keinen Antheil genommen hatten, nicht zum Nachtheil gerei-

 chen

chen können. Wenn K. Sigismund nach der gewöhnlichen Rechtsformul einem jeden ſein Recht vorbehalten, wovon man nunmehro Oeſterreichiſcher Seits ein dem Hauſe Oeſterreich nach dem Abgange des Bayeriſchen Mannſtammes vorbehaltenes Succeſſionsrecht auf eine ganz unbegreifliche Art herleiten will; ſo hat er wenigſtens dem Herzog von Oeſterreich dadurch nicht ein mehreres Recht gegeben, oder geben können, als er vorhin gehabt, und alſo zerfällt der ganze Anſpruch mit den nichtigen Gründen des dem Herzog Albrecht verliehenen Lehns. Hiernächſt iſt es ganz widerſinnig, daß der Kayſer durch dieſen bloßen Vorbehalt dem Hauſe Oeſterreich ein ewiges Anwartungsrecht auf Niederbayern bis zum Abgange des Bayeriſchen Mannſtammes ertheilet haben ſollte, da die Lehn- und Theidigungsbriefe von 1426. vielmehr eine wirkliche Beleihung enthalten, die damals, und nicht nach 350 Jahren ihre Wirkung hätte haben ſollen, und die ſolche gänzlich verloren, theils wegen ihrer innern vom Kayſer ſelbſt anerkannten Nichtigkeit, theils auch weil H. Albrecht damals bey dem Urtheil von 1429. ſich beruhiget, und einigen glaubwürdigen Nachrichten ſich ſeines anmaßlichen Lehnrechts ausdrücklich begeben haben ſoll; hiernächſt auch das Haus Oeſterreich ſeit 350 Jahren dieſes ihm angeblich vorbehaltene Recht niemals gereget, und auch niemals auf ein unſtreitiges Mannlehn um ſo weniger hat regen können, als das Haus Oeſterreich indeſſen ſelbſt zweymal im Mannsſtamm, als in den Perſonen K. Ladislas, H. Albrechts Sohns, und K. Carls VI. ausgeſtorben, folglich die Oeſterreichiſche weibliche Nebenlinie in dem Bayeriſchen Mannlehn nicht ſuccediren können. Sollte der Wiener Hof die ganz unerweißlichen, aber höchſt gefährlichen Grundſätze ſeiner Privat-Schriftſteller annehmen, daß die Freyheitsbriefe des Hauſes Oeſterreich das weibliche Geſchlecht deſſelben fähig machten, in den Reichsmannlehen zu ſuccediren, und dieſelbe alſo zu Weiberlehen zu machen; ſo würde ſolcher Grundſatz eines Theils die größte Aufmerkſamkeit und den baldigen Widerſpruch des ganzen Reichs erfordern; andern Theils ſehr leicht zu widerlegen ſeyn, da derſelbe blos auf dem ſo viel beſtrittenen Freyheitsbriefe K. Friederichs I. von 1156. beruhet, und dieſer Freyheitsbrief, wenn er richtig wäre, das gerade Gegentheil erweiſet, da er deutlich beſaget, daß, wenn der Herzog von Oeſterreich ohne Mannserben verſtürbe, ſeine älteſte Tochter ihm erben ſolle; nicht aber, daß die Oeſterreichiſche Prinzeſſinnen alle Reichsmannlehen ſollten erben können. Es iſt alſo hierdurch genugſam erwieſen, daß der Anſpruch der Kayſerin-Königin Maj. auf Niederbayern aus der niemals zu Stande gekommenen Lehnsverſchreibung von 1426. nach allen vorkommenden Gründen und Umſtänden gänzlich wegfällt (h).

Wollte

(h) Man hat hier nur die weſentlichen Gründe angeführt, die man, ſobald es nöthig, und ſie gründlicher beſtritten werden, näher beweiſen wird, und kann man ſich indeſſen theils auf die Beantwortung der Analyſe, theils auf die Betrachtungen über das Recht

Wollte oder könnte man Niederbayern zu einem Weiberlehn machen, und das Recht des Hauſes Oeſterreich davon herleiten, daß H. Albrechts V. Mutter eine Prinzeßinn von Bayern geweſen, oder daß K. Sigismund in dem Vertrage vom 21. Martii 1426. ſeiner Tochter Eliſabeth, ihrem Gemahl H. Albrecht und ihren Erben das Lehn von Niederbayern auf ewig verſchrieben habe; ſo würde das Churhaus Brandenburg ein unſtreitiges Vorzugsrecht vor dem heutigen Erzhauſe Oeſterreich haben, indem der Mannsſtamm H. Albrechts mit ſeinem Sohn Ladislas ausgegangen, und nach der in der letzten Anlage befindlichen Stammtafel das Churhaus Brandenburg in gerader Linie von H. Abrechts von Oeſterreich und ſeiner Gemahlinn Eliſabeth älteſten **Tochter Anna**, die an einen Marggrafen von Meiſſen, und derſelben einige Tochter an Churfürſt Johann von Brandenburg vermählt geweſen; das jetzige Haus Oeſterreich aber nur von H. Albrechts zweyten Tochter **Eliſabeth** in weiblicher Linie, im Mannsſtamm aber gar nur von einer **Nebenlinie** herſtammet. Daß K. Sigismund unter H. Albrechts Erben, deſſen männliche Collateralerben des Hauſes Oeſterreich, mit Ausſchließung ſeiner eigenen Töchter und ihrer männlichen Nachkommen, verſtanden haben ſoll, ſolches iſt und bleibt ganz widerſinnig und unglaublich, da er doch ſeiner eigenen **Tochter Eliſabeth und deren Erben ohne Unterſcheid des Geſchlechts** das Lehn von Niederbayern zu verſchreiben kein Bedenken getragen. Wäre ſolches ſeine Meynung geweſen, ſo hätte ſie ausgedrucket werden müſſen, wiewohl ſie an ſich zu Recht nicht beſtehen können (i). Man hat überhaupt dieſen genealogiſchen Grund aus keiner

 andern

Recht der Bayeriſchen Erbfolge berufen. Gegen dieſe Schrift iſt bereits eine eilfertige Widerlegung herausgekommen, die aber mit vielen Worten nichts erhebliches enthält, wovon man das Weſentliche ſchon hier kürzlich widerleget, und das übrige zu ſeiner Zeit, wenn der Wiener Hof die Grundſätze der für ihn ſchreibenden Privatſchriftſteller annehmen und behaupten ſollte, gehörig beantworten wird.

(i) Dieſe aus den **Betrachtungen** genommene Sätze werden allezeit beſtehen bleiben, ohngeachtet desjenigen, ſo in der **Beantwortung derſelben** dagegen angeführet werden wollen, wovon den Ungrund ein jeder unpartheyiſcher Leſer von ſelbſt bemerken wird. Es ſtehet ja nicht in der an ſich ganz widerrechtlichen **Theidigung**, daß nur die Mannserben Eliſabethens und Albrechts Niederbayern erben ſollen, ſondern *es ſolle an ihre, der Herzoginn Eliſabeth, Erben gefallen; wäre auch, daß Herzog Albrecht vorgenannt andere Erben mit einem andern Weib gewünne, die ſollen mit unſerer vorgenannten lieben Tochter Erben und Erbes-Erben, die Sone wenn ſein und leben dieweil ſollen ſy Herren des egenannt Landes ſein.* So dunkel dieſe Stelle an ſich nach der davon habenden beglaubten Abſchrift iſt, ſo zeigt ſie doch genugſam, daß darinn erſtlich die Herzoginn **Eliſabeth**, hernach die **Erben derſelben**, und denn die Erben Herzogs Albrecht **ohne Unterſchied des Geſchlechts**, die männlichen nur vorzüglich, die weiblichen aber nach denſelben dazu berufen worden, und alſo Niederbayern offenbar zu einem vermiſchten oder Weiberlehn gemacht werden wollen. Da nun der erſte Fall der **Theidigung** eingetroffen, daß Eliſabeth und Albrecht einen Sohn und zwey Töchter hinter-

andern Urſache angeführet, als um den Unbeſtand und die Folgen der von des K. Sigismund Lehnbriefen hergenommenen Oeſterreichiſchen Prätenſion zu zeigen. Se. Königl. Majeſtät verlangen ſonſt nicht dem Hauſe Pfalz ſeine Erbfolge in ganz Bayern ſtreitig zu machen, noch auch des ſich Ihro vor dem Hauſe Oeſterreich nach deſſen eigenen Grundſätzen gebührenden Vorrechts zu bedienen. Sie hoffen vielmehr, daß wenn der Kayſerinn-Königinn Majeſtät von dem Ungrunde der Ihnen vorgeſpiegelten, weder bey dem Straubingiſchen, noch jetzigen Sterbefall beſtandenen, das jetzige Haus Oeſterreich gar nicht angehenden, und ohnedem ganz veralteten Prätenſion, benachrichtiget ſeyn werden, Höchſtdieſelbe davon endlich abſtehen, dem Beyſpiel Sr. Königl. Majeſtät folgen, und dem Hauſe Pfalz die ihm gebührende Succeſſion von ganz Bayern nicht weiter ſtreitig machen, noch ſie vermindern werden. Man hat dieſen Anſpruch auf Niederbayern etwas ausführlicher beleuchten müſſen, als die beyden anderen auf die Böhmiſche Lehne und auf Mindelheim, weil dieſe letztere von keiner großen Erheblichkeit ſind, und von derſelben Ausfall das Schickſal des Hauſes Pfalz nicht abhängt, ob ſie wohl in der Wieneriſchen Circularnote vom 20. Jan. vorangeſetzet ſind.

6) Die zweyte Prätenſion, welche der Wiener Hof dahin macht; daß einige **Bezirke der Oberpfalz, die von der Krone Böhmen zu Lehen gehen, derſelben durch Abgang des Bayeriſchen Mannſtammes eröffnet und heimgefallen wären,** ſcheint ihre Kraft zu verlieren, wenn man betrachtet: daß dieſe Bezirke alte Erbgüter des Hauſes Wittelſpach ſind; ſie ſtehen zum Theil mit Namen in dem Vertrage von Pavia, und ſind dadurch mit dem beſtändigen und unveräußerlichen Familien-Fideicommiß noch vor dem Böhmiſchen Kauf von 1353. beleget worden. Da ſie durch eben dieſen Traktat mit der Oberpfalz und dem Churfürſtenthum Pfalz vereiniget worden, ſo haben ſie dadurch die Eigenſchaft der Unzertrennlichkeit erhalten, welche dieſem Churfürſtenthum in der güldenen Bulle Art. 25. beygeleget iſt. Wenn die Krone Böhmen dem Traktat von Pavia zuwider, nachher durch gewiſſe hier nicht zu unterſuchende Vergleiche K. Carl IV. einige Rechte auf dieſe Diſtrikte erhalten; ſo ſind dieſelben doch durch den Vergleich, welchen George Podiebrad K. von Böhmen im Jahr 1465. mit dem Hauſe Pfalz gemacht, auf die **Lehnherrſchaft** eingeſchränkt; die **Subſtanz** der Lehne aber, oder das Lehn ſelbſt iſt bey dem Hauſe Pfalz geblieben, und die Krone Böhmen iſt ſelbſt

hinterlaſſen, und daß der Sohn Ladislas ohne Leibeserben abgegangen, ſo iſt doch wohl dem Sinn der **Theidigung** und der natürlichen Erbordnung gemäßer, daß in dieſem einmal zu einem Weiberlehn gemachten Lande, die Erben und Töchter der Herzoginn Eliſabeth, und nicht der ſie gar nicht angehende weit entfernte männliche Collateralſtamm H. Albrechts ſuccediren; oder man müßte annehmen, daß die Freyheitsbriefe des Hauſes Oeſterreich bald dem männlichen, bald dem weiblichen Geſchlechte dieſes Hauſes den Vorzug vor allen andern, auch nähern Erben eines jeden Fürſtlichen Hauſes geben, je nachdem es die Convenienz erfordert, dieſe Freyheitsbriefe auf die eine oder andere Art auszulegen.

ſelbſt nach dem Lehnbriefe ſchuldig, dieſe Lehne an alle Lehnserben der Häuſer Pfalz und Bayern, ſo lange derſelben welche vorhanden, zu verleihen; wie denn ſelbſt auch nach den dürren Worten des Incorporationsbriefes Carl IV. von 1355. und des Lehnbriefes Ferdinands II. von 1631. dieſe Böhmiſche Lehne Pertinenzſtücke von Deutſchland und der Oberpfalz geblieben, folglich auch den Verbindungen des Weſtphäliſchen Friedens unterworfen ſind. Da K. Ferdinand II. die Oberpfalz dem Churhauſe Pfalz genommen, und dem Herzoge von Bayern übertragen, und nach dem 4ten Artikel des Weſtphäliſchen Friedens, die ganze Oberpfalz nach dem Abgange der Wilhelminiſchen Linie an die Rudolphiniſche zurückfallen ſoll, ohne daß K. Ferdinand III. der König von Böhmen und Hauptcontrahent dieſes Friedens war, das geringſte davon ausgenommen, oder vorbehalten, ſo muß allen Rechten nach, die Oberpfalz an die Rudolphiniſche Linie in dem Umfange zurückfallen, wie ſolchen die Bayeriſche Linie und die Pfälziſche ſelbſt, vorhero beſeſſen, folglich mit den Böhmiſchen Lehen, die oben erwieſenermaßen, allezeit ein Theil der Oberpfalz und ein Erbeigenthum des Churhauſes Pfalz geweſen, und worüber dieſes Churhaus auch ſchon durch die ausdrücklichen Worte des Weſtphäliſchen Friedens die Mitbelehnſchaft erhalten. Ihro Majeſt. die Kayſerinn-Königinn können alſo als Nachfolgerinn K. Ferdinand III. die von ihm eingegangene Verbindungen nicht aufheben, folglich auch dieſe Lehen nicht ein- noch dem Churhauſe Pfalz entziehen.

7) Die dritte Prätenſion der Kayſerinn-Königinn Majeſt. iſt auf das Fürſtenthum Mindelheim in Schwaben gerichtet, und wird aus einer vom K. Mathias dem Erzhauſe Oeſterreich im Jahr 1614. ertheilten Anwartsbriefe hergeleitet. Man läßt ſolche, da der Gegenſtand unerheblich iſt, dahin geſtellet ſeyn. Da aber die Bayeriſche Lehn- und Allodialerben behaupten, daß Herzog Maximilian von Bayern die Herrſchaft Mindelheim als ein Allodium gekauft, und K. Mathias ihm ſolche im Jahr 1618. als ein Erblehn verliehen, ſo ſcheinet es, daß wenigſtens der Wiener Hof dieſen Bayeriſchen Lehn- oder Allodialerben den Beſitz von Mindelheim ſo lange hätte laſſen ſollen, bis er ſein Vorzugsrecht durch den Weg Rechtens, oder durch einen Vergleich mit allen Intereſſenten, ſonderlich den Allodialerben, abgemachet hätte, nicht aber ſein Recht eigenmächtig geltend machen.

8) Sobald es erwieſen iſt, daß der Kayſerinn-Königinn Majeſt. kein altes noch urſprüngliches Recht auf einige Theile der Bayeriſchen Erbfolge haben; ſo kann man mit Recht behaupten, daß Höchſtdieſelbe durch die mit dem Herrn Churfürſten zu Pfalz den 3. Jänner geſchloſſene Convention kein neues Recht erhalten haben. Dieſer Fürſt hat darinn nichts gethan, als daß er die Anſprüche der Kayſerinn-Königinn Majeſtät auf Niederbayern, die Böhmiſchen Lehen und auf Mindelheim als gegründet angenommen, voraus-

geſetzt

geſezt und anerkannt. Sobald ſie nicht gegründet ſind, ſo kann man rechtlich nicht vermuthen, daß die Meynung der beyden hohen Contrahenten ſeyn könne, eine auf Irrthum und unrichtige Vorausſetzung gegründete Anerkennung von ſo wichtigen Prätenſionen ohne alle andere Rückſicht und zum unwiderbringlichen Nachtheil ſo vieler Intereſſenten zu behaupten. Man kann vielmehr erwarten und verlangen, daß ſie davon ſelbſt zurückkommen und abgehen werden, ſo daß die Schuld davon blos denen verbleibet, welche dergleichen irrige Anſprüche erſonnen haben.

9) Daß die Convention vom 3. Jänner nicht durch Ueberzeugung, noch mit ganz freyem Willen, ſondern mehr durch Ueberraſchung und Drohung bewürket worden ſey, ſolches läßt ſich aus vielen wichtigen Umſtänden ſchließen, welches nur die einzige mögliche Art von Beweiſe in einem Fall von dieſer Art iſt. Man kann mit Recht zweifeln, daß des Herrn Churfürſten zu Pfalz Durchl. die Lehnbriefe K. Sigismunds, durch deren Anerkennung Sie die Hälfte von Bayern abgetreten haben, in der Urſchrift geſehn, oder durch Ihr Bayeriſches Miniſterium haben unterſuchen laſſen, wie in einem ſolchen Fall, wie dieſer iſt, doch wohl erforderlich geweſen wäre; wenigſtens hat das Bayeriſche Miniſterium die Originalvorzeigung dieſer Lehnbriefe bis zum 22. März vergeblich gefodert (k). Zur Ueberzeugung, daß außerordentliche Mittel bey dieſer Anerkennung großen Einfluß gehabt, darf man nur erwägen, daß der Herr Churfürſt zu Pfalz gleich nach dem Tode des Churfürſten von Bayern, durch ſein Patent von dem ganzen Lande Beſitz nehmen laſſen, aber bey der Annäherung der Oeſterreichiſchen Truppen ſolches Patent geändert, und daß der Wiener Hof in ſeiner Note vom 20ſten Jänner ſelbſt erkläret: daß er auf dieſe Churpfälziſche Beſitzergreifung einige Truppen nach Bayern habe marſchiren laſſen, und daß kurz nachhero ein freundſchaftliches Abkommen mit Sr. Durchlaucht zu Pfalz erfolget ſey. Wie man auch dieſes anjezo auslegen mag, ſo wird doch dadurch die faſt allgemeine Sage ſehr glaublich, daß der Herr Churfürſt zu Pfalz durch die Drohung, ganz Bayern zu verliehren, dahin gebracht ſey, dieſe ſo nachtheilige Convention zu ſchließen. Wenn der Zweifel darüber weiter getrieben werden ſollte, ſo könnte man nöthigen Falls Geſtändniſſe und andere dergleichen Beweiſe darüber beybringen. Der Herr Churfürſt zu Pfalz ſcheinet es ſelbſt anzuzeigen, wenn ſeine Miniſtri allenthalben erklären, daß er dieſen Schritt habe thun müſſen, um die Ruhe in Deutſchland zu erhalten. Wenn man auch nicht alles dieſes vorausſezt; ſo würde nicht zu erklären ſeyn, wodurch hochgedachter Fürſt dahin gebracht worden ſey, die Hälfte ſeines unſtreitigen Erbeigenthums auf die bloße Angabe eines nicht geſehenen alten Briefes von 350 Jahren abzutreten; warum Er ſich anheiſchig gemacht habe, ſelbſt

(k) Nach der Beylage Nro. 20.

ſelbſt den Beweis von den ihm bleibenden Rechten und Gränzen zu führen, und daß er die völlige Anerkennung ſeines Bayeriſchen Erbrechts, und die Hoffnung, zu den Böhmiſchen Lehen wieder zu gelangen, als eine Gnade, angenommen habe. Man darf die ganze Convention (l) nur durchleſen, um ihr anzuſehen, daß ſie die Wirkung iſt von Furcht, von Ueberraſchung, und von ungleicher Theilung.

10) Wenn aber auch die Convention der Form nach regelmäßig zu Stande gekommen wäre; ſo würde ſie doch in ſich ſelbſt ungültig und nichtig ſeyn. Man hat erwieſen, daß alle Beſitzungen der Häuſer Pfalz und Bayern durch den Erbgang, durch die gemeinſchaftliche Abſtammung von den erſten Erwerbern, durch den Traktat von Pavia und durch die ſo oft erneuerte Hausverträge, mit einem beſtändigen und unveräußerlichen Familien-Fideicommiß behaftet ſind, ſo daß dieſelbe in dem ganzen Umfange, allen Linien des Hauſes Pfalz als eine Erbſchaft zugehören, die ihnen unzertrennlich überliefert werden muß. Man hat beſonders dargethan, daß die Oberpfalz, welche durch die Convention vom 3. Januar gleichfalls eine anſehnliche Abreiſſung erlitten, durch den Traktat von Pavia zu dem Churfürſtenthum Pfalz gehöret, und nach der güldenen Bulle nicht davon getrennet werden können; und daß ſie nach dem 4ten Artikel des Weſtphäliſchen Friedens, nach Abgang der Wilhelminiſchen Linie mit allen ihren Zubehörungen an die Rudolphiniſche zurückfallen ſollen. Man weis überdem, daß des jetzo regierenden Hr. Churfürſten zu Pfalz Durchl. den Traktat von Pavia und die übrigen Hausverträge in den Jahren 1746. 1766. und 1771. ſelbſt erneuert, und auf alle nachhero geſchehene Erwerbungen erſtrecket haben, wie auch, daß Sie durch einen beſondern im J. 1774. mit dem verſtorbenen Churfürſten von Bayern geſchloſſenen Vergleich (m) nicht allein für ſich, ſondern auch für Ihre Agnaten die Civil-compoſſeſſion und das Conſtitutum poſſeſſorium ausdrücklich ausbedungen haben, und daß Sie alſo den Agnaten dadurch ein Recht erworben, welches ihnen von niemand genommen werden kann. Es folget alſo daraus, daß Ihro Churfürſtl. Durchl. dieſe Grundgeſetze und Verträge Ihres Hauſes nicht haben aufheben, und ihnen zuwider handeln, noch ein ſo wichtiges Lehnsherzogthum zertrennen, noch allein darüber, und in einer ſo wichtigen Sache, etwas abſchließen können, ohne Beytritt des Reichs, ohne Einwilligung der Lehn- und Allodialerben, ja gegen den ausdrücklichen Widerſpruch Ihrer Durchl. des Herzogs von Zweybrück, und des Churfürſten von Sachſen; vielweniger daß ſie zu derſelben größten und unwiederbringlichen Nachtheil, einen ſo ſonderbaren und unnöthigen Vergleich über die ganze Fideicommiſſariſche Erbſchaft des ausgeſtorbenen Hauſes Bayern ſchließen, und den größten Theil davon an ein fremdes Haus, das nicht das geringſte Recht dazu hat, abtreten können.

Da

(l) Man hat ſie zu geſchwinder Einſicht hier unter der 18. Nummer der Beweisſchriften beygefügt.

(m) Siehe die Beylagen N. 19.

Da alſo die Convention vom 3. Januar blos auf der willkührlichen Anerkennung einer alten irrigen und nichtigen Prätenſion gegründet, und durch nicht zu rechtfertigende Mittel bewirket iſt; ſo iſt ſie eine Verbindung, die nicht beſtehen, und der Kayſerin-Königin Majeſtät nicht ein mehrers Recht geben kann, als ſie vorhin gehabt. Sie könnte auch nicht Beſtand haben, wenn man ſie blos auf das Leben des Churfürſten zu Pfalz einſchränken wollte; ſie verletzet ſchon jetzo zu ſehr die wirklichen Rechte der Allodialerben, und ſelbſt auch die von den Agnaten, die zwar kein Recht zur Erbfolge vor dem Abſterben des Hrn. Churfürſten zu Pfalz, aber doch das Condominium haben, und denen es alsdenn ſehr ſchwer, wo nicht unmöglich fallen würde, bey dem Succeſſionsfall ihr Recht geltend zu machen, indem die Meynung der Kayſerin-Königin Majeſtät wohl nicht ſeyn wird, Nieder-Bayern an das Haus Pfalz nach dem Tode des jetzigen Churfürſten zurück zu geben.

11) So vortheilhaft auch dieſe Convention für den Wiener Hof iſt, ſo wird ſie doch nicht beobachtet, ſondern immer weiter ausgedehnet, indem derſelbe laut einer Note des Bayeriſchen Miniſterii (n) 21 Gerichte oder Aemter über den alten Straubingiſchen Antheil eingenommen hat, und dieſelbe nicht wiedergeben will, ungeachtet der ſtarken Bewegungsgründe, welche gedachtes Miniſterium angeführet.

12) Aus allem, was bishero ausgeführet worden, iſt klar, daß der Wiener Hof ſich der Hälfte des Herzogthums Bayern bemächtiget hat, unter dem Vorwand einer alten, aber ganz nichtigen Prätenſion, daß derſelbe ſeine Anſprüche nicht durch die beyde einige regelmäßige und erlaubte Mittel und Wege, nämlich **durch eine richterliche Entſcheidung, oder durch einen Vergleich mit allen Intereſſenten**, geltend gemacht hat; daß er mit dem Churfürſten zu Pfalz allein, und zwar auf eine ſchwer zu rechtfertigende Art, ſich verglichen hat, aber nicht mit den übrigen vornehmſten Intereſſenten, als den Herren Pfalzgrafen zu Zweybrück, zu Birkenfeldt und Gelnhauſen, noch auch mit den Allodialerben, noch auch mit dem Reiche; daß er durch den Marſch ſeiner Truppen nach Bayern, der nach dem eigenen Geſtändniß der Note vom 20. Jenner, vor dem gänzlichen Abſchluß mit dem Herrn Churfürſten zu Pfalz, und, wie man gewiß weis, vor der Ratification der Convention vom 3. Jenner geſchehen iſt, den Herrn Churfürſten zu Pfalz und das ganze Haus Pfalz aus dem rechtlichen Beſitz geſetzet, welchen dieſer Fürſt über ganz Bayern genommen hatte; wodurch derſelbe den Art. 21. §. 6. der Wahlcapitulation offenbar verletzet hat. Es iſt dieſes alſo ein erwieſenes Unrecht, ein offenbarer Bruch des Landfriedens, und eine unrechtmäßige Gewaltthat, wo nicht gegen den Herrn Churfürſten zu Pfalz, doch gegen die übrige Herren Pfalzgrafen, gegen die Allodialerben, und gegen das Reich.

13) Um dieſe außerordentliche Unternehmung zu rechtfertigen, ſo führet man in dem Memoire vom 7. May an, daß der Kayſerin-Königin Majeſtät die Befriedigung und die gütliche Abthuung der Anſprüche des Churfürſten zu Sachſen und der

(n) In der 20. Beylage.

der Herzoge von Mecklenburg nicht hinderten; allein es iſt nicht möglich, ſolche Befriedigung zu bewirken, nachdem Ihro Kayſerl. Königl. Majeſtät den beſten Theil von Bayern an ſich genommen, und dem Herrn Churfürſten zu Pfalz den geringern Theil, der mit 20 Millionen Schulden behaftet iſt, gelaſſen.

Man beruft ſich darauf ferner, daß der Herr Churfürſt zu Pfalz mit ſeiner Convention zufrieden ſey, und von derſelben nicht abgehen wolle. Man müßte aber ſehen, was er thun würde, wenn er frey und ohne Furcht wäre; wenigſtens ſetzet er ſich ſchon jetzo gegen die Abnahme der 21 Gerichte, die ihm über dem Straubingiſchen Antheil genommen ſind.

Man behauptet endlich, daß der Herr Herzog zu Zweybrück kein gegenwärtiges Recht habe, als Kläger aufzutreten, oder den Transactionen der Sulzbachiſchen Linie, ſo lange ſie beſtehe, zu widerſprechen; allenfalls möchte dieſer Fürſt nur ſeine Rechte und Beſchwerden vorbringen, der Kayſerin-Königin Maj. wären zufrieden, daß dieſer Streit jetzo gleich unterſucht und rechtlich entſchieden werde. Die erſte Einwendung iſt ganz ungegründet, da des Herrn Herzogs zu Zweybrücken Durchlaucht und Ihre Linie nicht allein ein unſtreitiges, und den Umſtänden nach nicht entferntes Succeſſionsrecht zu den Pfalz-Bayeriſchen Landen, ſondern auch jetzo ſchon nach Ihrem Erbrechte, den Hausverträgen, und beſonders dem Pacto conſtituti poſſeſſorii von 1774. den Mitbeſitz und die Mitherrſchaft an denſelben haben, und daher nicht gleichgültig anſehen können, daß ein großer Theil der ihnen von der Vorſicht beſtimmten Erbſchaft in eine fremde Gewalt gerathe. Der Kayſerin-Königin Majeſtät Meynung wird wohl nicht ſeyn, den occupirten Antheil von Bayern nur ſo lange, als die Sulzbachiſche Linie vorhanden iſt, zu beſitzen, und nach derſelben Abgang ſolchen wieder heraus zu geben; wenn auch ſolches verſichert würde, ſo könnte doch der willkührliche und unbefugte Interimsbeſitz eines fremden Landes weder das Haus Zweybrück, noch die übrigen Reichsſtände beruhigen, zumal, wie gleich nachhero erwieſen werden wird, der Wiener Hof mit nichts wenigerem umgehet, als das ganze ſo wichtige Erbherzogthum Bayern durch angebliche Vertauſchungen dem Hauſe Pfalz zu entziehen, wobey dieſes wohl niemals ſeine Rechnung finden könnte.

Wenn man endlich den Herrn Herzog von Zweybrück auffordert, die Sache mit der Kayſerinn-Königinn Maj. rechtlich auszumachen, ſo hat dieſes zwar einen Schein Rechtens; aber wenn ſolcher in der That beſtehen und das Anerbieten der Kayſerinn-Königinn Maj. Recht zu nehmen und zu geben, eine den Rechten gemäße Würkung haben ſollte; ſo müſſen Höchſtdieſelbe billig vorhero das Haus Pfalz in den ihm ohne genugſame Befugniß, und durch nicht geſetzmäßige Mittel abgenommenen Beſitz von Bayern wieder herſtellen und ſich vorhero erklären, oder mit dem geſammten Hauſe Pfalz abmachen, vor welchem unpartheyiſchen Gerichte dieſer wichtige Proceß betrieben und abgethan werden ſoll, indem Ihro Maj. der Röm. Kayſer, in dieſer Ihrer eigenen Sache ſelbſt nicht werden richten wollen noch können.

14) Dasjenige, was in dem Memoire vom 7. May über das Verfahren Sr. Röm. Kayſerl. Majeſtät in der Bayeriſchen Erbſchaftsangelegenheit angeführet wird, kann eben ſo wenig zureichen, diejenige, welche die Verfaſſung des deutſchen Reichs kennen, zu beruhigen und zufrieden zu ſtellen. Es ſind Jhro Majeſtät, die als Mitregent des Oeſterreichiſchen Staats, reichskundigermaßen die Trennung von Bayern angefangen und unternommen haben, und dieſelbe fortführen und mit den Waffen behaupten; als Kayſer aber haben Sie bishero noch nichts gethan, um dieſe wichtige Sache auf den reichsgeſetzmäßigen Weg zu lenken. Höchſtdieſelbe haben in der Wahlcapitulation Art. 3. §. 3. und Art. 11. §. 21. verſprochen, in wichtigen Sachen, ſo das Reich betreffen, und von hohem Präjudiz und weitem Ausſehen ſind, bald anfangs der Herren Churfürſten Gedanken zu vernehmen, auch nach Gelegenheit der Sache, Fürſten und Stände Rathsbedenken ſich zu gebrauchen, und ohne Dieſelbe hierinn nichts vorzunehmen. Wenn jemals im Reich eine wichtige Sache von hohem Präjudiz und weitem Ausſehen vorgekommen, ſo iſt es gewiß die gegenwärtige Bayeriſche Succeſſionsangelegenheit. Es kommt auf nichts weniger an, als auf die Erhaltung oder die Trennung des Churfürſtenthums Pfalz und der beyden wichtigen Herzogthümer von Bayern und der Oberpfalz, mithin durch eine natürliche Folge auf die Erhaltung oder Zerſtörung der ganzen Reichsverfaſſung. Man hätte alſo billig erwarten ſollen, daß Jhro Kayſerl. Maj. in dieſer höchſt wichtigen Sache nichts ohne Beywürkung des Reichs vorgenommen, ſondern ſelbige vielmehr an die Reichsverſammlung, um darüber zu rathſchlagen, und die reichsconſtitutionsmäßige Verfügung zu treffen, gebracht haben würden. Es iſt aber bekannt, daß ſeit den fünf Monaten, daß der Churfürſt von Bayern geſtorben, nichts hierunter geſchehen iſt, als daß man dem Reiche die Beſitznehmung und Einziehung der Diſtrikte, die man für offene Reichslehen hält, angekündiget.

Es ſcheinet aber mit der Reichsverfaſſung und beſonders mit Art. 11. §. 10. 11. der Wahlcapitulation nicht zu vereinbaren, daß Jhro Kayſerl. Maj. in Jhrem offenen Briefe vom 16. Jänner die Landgrafſchaft Leuchtenberg, die Grafſchaften Wolfſtein, Haag, Schwabek, Halß und andere zu der Bayeriſchen Erbfolge gehörigen Diſtrikte ſogleich aus eigener Macht für eröffnete Reichslehen erkläret, da es doch noch gar nicht ausgemacht iſt, ob ſie es würklich ſind, ſondern es vielmehr wahrſcheinlich iſt, daß ſie theils zu dem Bayeriſchen Mannlehn, theils zu der Allodialerbſchaft gehören; man hätte alſo billig erwarten ſollen, daß Jhro Kayſerl. Maj. den Herrn Churfürſten zu Pfalz als Univerſalerben, vorerſt in dem Beſitz dieſer Länder gelaſſen, und daß Sie hiernächſt auf eine Reichsſatzungemäßige Art hätten unterſuchen und entſcheiden laſſen ſollen, ob ſie zu dem Lehen oder Allodio von Bayern gehören, oder ob ſie dem Reiche würklich eröffnet wären; nachdem letzteres ausgemacht, ſo würde alsdenn erſtlich die Frage entſtanden ſeyn, ob ſolche eröffnete Lehne zum Eigenthum des Reichs einzuziehen, oder an andere von neuen zu verleihen wären.

ren. Dieſes letztere kann nach dem Art. 11. §. 10. 11. der Wahlcapitulation, nicht anders, als mit Vorwiſſen und Conſens der Reichsſtände geſchehen.

Wenn der Weſtphäl. Frieden dem Hauſe Pfalz den Rückfall der ganzen Oberpfalz, und wie oben erwieſen iſt, gewiſſermaßen auch die Erbfolge von ganz Bayern verſichert, ſo iſt die Trennung, welche man von dieſen beyden Ländern vornehmen will, eine offenbare Contravention dieſes Friedensſchluſſes, wie auch des Art. 4. §. 13. der Wahlcapitulation, wo Ihro Kayſerl. Maj. verſprochen haben, den zu Münſter und Osnabrück geſchloſſenen Frieden unverbrüchlich zu halten, dawider weder für ſich etwas vorzunehmen, noch anderen dergleichen zu thun, zu geſtatten.

Die Art und Weiſe, mit welchen die Trennung von Bayern geſchehen, iſt auch gerade entgegen dem Art. 21. §. 6. 7. 8. der Wahlcapitulation, in welchen Se. Kayſerl. Maj. ſich anheiſchig gemacht haben, daß wenn Sie zu jemand Zuſpruch, oder Forderungen hätten, Sie ſolche, um Aufruhr, Zwietracht und andere Unthaten zu verhüten, vor die ordentliche Gerichte, zu gebührlichen Rechten ſtellen, und alſo in der That Ihre Forderungen niemals anders, als durch den ordentlichen Weg Rechtens, niemals aber durch gewaltſame Mittel, ausführen wollen.

Man glaubt durch alles obige genugſam ausgeführet und erwieſen zu haben, daß der Wiener Hof die Succeſſion von Bayern auf eine willkührliche, unrechtmäßige, und in der Geſchichte von Deutſchland unerhörte Art zu ſeinem Vortheil zertrennen will; daß Derſelbe es thut unter dem Schein einer alten ganz nichtigen Prätenſion, die, wenn ſie gegründet wäre, nicht ihm zu ſtatten kommen könnte; daß er dieſe Prätenſion auf eine den Geſetzen und der Verfaſſung von Deutſchland ganz zuwiderlaufende Art geltend macht; daß er dem Hauſe Pfalz den rechtmäßigen Beſitz ſeines Erbeigenthums durch gewaltſame Einnehmung des größten Theils von Bayern entriſſen, daß er dadurch den Häuſern Pfalz und Sachſen den größten Theil ihrer unſtreitigen Erbſchaft entzieht, und daß Ihro Röm. Kayſerl. Maj. dieſe ganze Uſurpation nicht verhindern, ſondern dieſelbe vielmehr autoriſiren und behaupten.

Wenn dieſe Acquiſition dem Wiener Hofe gelingen ſollte, ſo würde der Ueberreſt von Bayern bald folgen, wie Derſelbe ſeine darunter hegende Abſicht ſchon genug gezeiget, und die Gelegenheit und Mittel ſich dazu zu verſchaffen geſucht, da er in der Convention vom 3. Jänner ſich vorbehalten, mit dem Herrn Churfürſten zu Pfalz allenfalls über den Austauſch des ganzen Complexus zu handeln, und ein gleiches auch in dem Sr. Königl. Maj. angetragenen Vergleichsprojekt verlanget; wobey annoch zu bemerken ſtehet, daß die Häuſer Pfalz und Bayern in dem Traktat von Pavia ſich alles Verwechſeln und Vertauſchen ihrer Herrſchaften ausdrücklich unterſaget haben. Was für einen übermäßigen Zuwachs würde nicht die ſchon übergroße Macht des Hauſes Oeſterreich durch dieſe unrechtmäßige Acquiſition des wichtigſten Herzogthums in ganz Deutſchland, oder auch nur der Hälfte deſſelben, nebſt dem Beſitze der drey großen Flüße, der Donau, der Iſer und des Inns, erhalten? welche furchtbare Ausſicht entſtehet nicht für die Erhaltung des in der deutſchen

 Staats-

Staatsverfaſſung wohl gegründeten Gleichgewichts, der Sicherheit und der Freyheit des deutſchen Reichs, wenn das Haus Oeſterreich Bayern ganz, oder zur Hälfte behalten ſollte, und nachdem es nunmehro dem Hauſe Brandenburg ſeinen Widerſpruch gegen die künftige Vereinigung und Einziehung deſſelben in Franken habenden Erbländer öffentlich angekündiget?

Wenn man alles angeführte in Betrachtung ziehet, ſo kann man Sr. Königl. Majeſtät von Preußen mit Grunde nicht vorwerfen, daß Sie bey der Bayeriſchen Erbſchaftsangelegenheit ein dritter, und bey derſelben nicht intereßiret wären, folglich kein Recht hätten, ſich ſolcher anzunehmen. Selbſt nach der Hauptprätenſion des Wiener Hofes, wenn dieſelbe gegründet wäre, wie ſie nicht iſt, würden Se. Königl. Majeſt. mehr dabey intereßiret ſeyn, als ſelbſt dieſer Hof. Höchſtdieſelbe verlangen zwar nicht einen dergleichen eigenen Antheil daran zu haben; Sie glauben aber genugſam berechtiget zu ſeyn, ſolchen Antheil an der gerechten Vertheilung der Bayeriſchen Succeſſion zu nehmen, als Chur- und Reichsfürſt; als Contrahent, und durch ſolche Eigenſchaft auch als Garant von dem Weſtphäliſchen Frieden, der Wahlcapitulation und der ganzen Reichsverfaſſung, welche gänzlich über den Haufen gehen würde, wenn die entworfene Trennung von Bayern zu Stande kommen ſollte. Sie nehmen endlich auch Antheil daran als Freund und Bundesgenoſſe des Herrn Churfürſten zu Sachſen und der Herren Herzoge von Zweybrück und Mecklenburg, welche, jeder in ſeiner Art, ſo wichtige Anſprüche auf die Bayeriſche Erbfolge hat, und alle Höchſtderoſelben Vermittelung und Beyſtand nachgeſuchet haben. Ein jeder, der billig und unpartheyiſch denket, wird erkennen, daß dieſe Umſtände, einzeln und zuſammengenommen, Sr. Königl. Maj. von Preußen eine zureichende Veranlaſſung und Recht geben, Sich von der Bayeriſchen Succeſſionsangelegenheit zu befangen, und darauf zu beſtehen, daß dieſelbe auf eine gerechte und den Rechten der Theilhaber gemäße Art abgemachet werde. Se. Königl. Maj. haben, um den Wiener Hof dazu in der Güte zu bringen, alle mögliche Mittel der Vereinigung verſucht, und die Mäßigung erſchöpft. Sie haben nicht aufgehöret, in den Monaten Februar, März und April dieſem Hofe die überzeugendeſten und zugleich freundſchaftlichſten Vorſtellungen zu thun; Sie haben in den Monaten April, May und Junius zu einer langwierigen Unterhandlung die Hände gebothen, ohne Sich, durch die, nach klarer Ausweiſung der Beylagen, ſo verfängliche, zweckwidrige, unzureichende, und öfters zu ſtarke Aeußerungen und Vorſchläge des Wiener Hofes zurückhalten und ermüden zu laſſen. Sie haben dieſem Hofe ſtufenweiſe die ihm ſelbſt höchſt vortheilhafte Vorſchläge gethan. Da derſelbe aber ſolche gänzlich von der Hand gewieſen; da er ſeines Orts nichts als unbeſtimmte, dunkele und unzureichende Vorſchläge gethan; da er ſchlechterdings darauf beſtanden, Se. Königl. Majeſtät von der Regulirung der Bayeriſchen Sache gänzlich auszuſchließen, um mit Churpfalz allein darüber zu handeln; da er endlich die Unterhandlung mit Sr. Königlichen Majeſtät ſelbſt zuerſt abgebrochen, und die Erklärung gethan, daß wenn

Sie ſeine Anträge nicht annehmen wollten, alles gütliche Abkommen unmöglich würde, und alle weitere Nachfrage und Aufklärung überflüßig ſey; ſo haben Se. Königl. Maj. von Preußen ſich nicht länger entbrechen können, auch Ihres Orts eine Unterhandlung abzubrechen, die binnen 5 Monathen fruchtlos geweſen, und die nunmehro nicht durch Ihre Schuld aufhöret.

Was bleibt ſolchemnach für ein anderes Mittel übrig, um einer ſo großen Ungerechtigkeit abzuhelfen, als daß man zu den Waffen ſchreite? Es iſt dieſes zwar nicht der ordentliche Weg in einem Staat, der, wie das deutſche Reich, durch ſo viele Traktate und Geſetze verbunden iſt. Wenn aber das Oberhaupt des Reichs und das erſte Mitglied dieſer Societät die Reichsverfaſſung bey Seite ſetzen; wenn ſie die Gewalt und Uebermacht anwenden, um ſich eine unrechtmäßige Vergrößerung zu verſchaffen; ſo muß es nicht allein einer unabhängigen Macht, ſondern auch einem jeden Reichsſtande nach den Rechten ſowohl der Natur, als des Reichs, frey ſtehen, ſich durch eben dergleichen thätige Mittel dagegen zu ſetzen, um die allgemeine Freyheit, Sicherheit und Reichsverfaſſung zu vertheidigen.

Es würde ſo unbillig als ohne Grund ſeyn, Se. Königl. Majeſtät in dem gegenwärtigen Fall für angreifenden Theil zu halten; es iſt lediglich der Wiener Hof, der den Angrif angefangen hat, indem er den beſten Theil von Bayern ohne rechtmäßigen Anſpruch, und auf eine widerrechtliche Art in Beſitz genommen, und dem Hauſe Pfalz ſeine altväterliche Erbſchaft entriſſen. Da er ſich dadurch in den Beſitz geſetzet, ſo kann er zwar den förmlichen Angriff geruhig abwarten; aber die ganze billige und unpartheyiſche Welt wird erkennen, daß es der Wieneriſche Hof iſt, welcher die Aggreſſion gemacht hat, und daß, wenn Se. Königl. Maj. von Preußen ihn mit den Waffen angreifen, Sie nichts anders thun, als daß Sie ſuchen, die ſo ſehr verletzte Verfaſſung und Freyheit des deutſchen Reichs zu vertheidigen, und den Reichsfürſten, Ihren Freunden, welchen offenbare Gewalt und Unrecht geſchiehet, nach Vermögen beyzuſtehen, und Ihnen zu Erhaltung ihres Erbeigenthums und ihrer gerechten Forderungen zu verhelfen. Seine Königl. Maj. haben hiebey keine Abſicht von beſonderem Intereſſe, als das von Ihrer Sicherheit und der Erhaltung des Reichsſyſtems, und Sie glauben durch Ihr Betragen in dieſer ganzen Sache, und beſonders in der vorgeweſenen Unterhandlung genugſam gezeigt zu haben, daß Sie jederzeit die reinſte Abſicht gehabt, daß Sie auf kein eigenes Ihnen ſo deutlich angebothenes Intereſſe geſehen, ſondern ſich vielmehr für das gemeine Beſte für den Riß geſtellet, und der Gefahr des Krieges mit einem übermächtigen Hauſe ausgeſetzet.

Se. K. M. von Preußen haben Ihren hohen Mitſtänden des deutſchen Reichs den ganzen Vorgang in der Bayeriſchen Succeſſionsangelegenheit durch dieſe Erklärung, und was derſelben beygefüget iſt, öffentlich ohne Rückhalt zu gefälliger Beurtheilung und Entſchlieſſung vorlegen wollen. Sie hoffen, Hochdieſelben dadurch überzeugt zu haben, daß Sie in Ihrer Stellung als König von Preußen

und Churfürſt zu Brandenburg nicht anders haben verfahren können, als Sie gethan haben; daß ſie mit Billigkeit, Mäßigung und ohne Eigennutz ſich betragen; daß Sie für die äußerſt verletzte Rechte ſo vieler angeſehener Reichsfürſten, und in der Folge für die Sicherheit und Erhaltung des deutſchen Reichs und deſſen ganzen Syſtems, ſich der Sache mit ſolchem Nachdruck annehmen, und für die allgemeine Freyheit und Sicherheit ſtreiten; Sie glauben alſo, nicht allein den Beyfall, ſondern auch die Unterſtützung aller patriotiſch geſinnten Mitſtände des Reichs zu verdienen, und erwarten zu können. Solchemnach erſuchen Se. Königl. Maj. alle Ihre hohe Mitſtände des deutſchen Reichs, dieſe, Ihre eigene Wohlfahrt und Sicherheit ſo ſehr intereßirende Sache, ernſtlich zu beherzigen, zuvörderſt auf der Reichsverſammlung Ihre Meynung darüber zu eröffnen, und ſobald als möglich ſowohl des Römiſchen Kayſers als der Kayſerin Königin Maj. die nachdrücklichſten Vorſtellungen, damit die Bayeriſche Succeſſion in ihren vorigen, den Rechten gemäßen Stand wieder geſetzet, und zu rechtmäßiger Regulirung eingeleitet werde, zu thun; und da nach dem bisherigen Vorgang nicht viele Würkung davon zu hoffen iſt, ſich mit Sr. Kön. Majeſtät zu vereinigen, daß man gemeinſchaftlich die Maaßregeln ergreife, welche die Rechte der Natur und der Reichsſocietät an die Hand geben, um die unrechtmäßige Zertrennung der bayeriſchen Succeſſion zu verhindern, den wahren und natürlichen Erben zu ihrer rechtmäßigen Erbſchaft zu verhelfen, und dadurch die allgemeine Freyheit und Sicherheit, ſo wie auch die Erhaltung des Reichsſyſtems gegen die ihm androhende große Uebermacht und Gewalt außer Gefahr zu ſetzen, zu welchem Ende den hohen Mitſtänden anheim geſtellet wird, ob Sie nicht gut finden, den Beyſtand der beyden hohen Mächte, welche den Weſtphäliſchen Frieden und die ganze Reichsverfaſſung garantiret haben, wie auch anderer anſehnlichen Mächte, welche an der Erhaltung des deutſchen Reichs ſo vielen Antheil nehmen müſſen, mit Sr. Königlichen Majeſtät gemeinſchaftlich zu reclamiren und nachzuſuchen.

(*) Die Unterhandlungen und Briefwechſel zwiſchen den Wiener und Berliner Höfen, nebſt den Beylagen und Beweisſchriften werden nächſtens folgen.

Unterhandlungen

und

Briefwechſel

zwiſchen

den Wiener und Berliner Höfen

wegen den

Bayeriſchen Succeſſions-Angelegenheiten.

Nebſt

Beylagen und Beweisſchriften.

Berlin 1778.

Beylagen und Beweis-Schriften. (*)

No. 1.

Note du Prince de Kaunitz addreſſée au Baron de Riedeſel, le 20. Janv. 1778.

Mr. l'Electeur de Bavière dernier de Sa Maiſon & ligne Wilhelmine étant décédé ſur la fin de l'année derniére ſans héritiers mâles, S. A. S. Elect. Palatine à titre de Deſcendant du premier Acquereur a jugé ne point devoir différer, de faire les Démarcehs qui Lui ont parû analogues à Ses Prétentions à la Succeſſion Bavaroiſe.

La Cour de Vienne de ſon coté n'a pas héſité à Lui communiquer ſans reſerve les droits inconteſtables, qui Lui ſont échûs ſur partie de cette Succeſſion.

1) Du Chef où Droit de Reverſion des fiefs de la Couronne de Bohême, dont avoient été inveſtis les mâles de la Ligne Wilhelmine de Bavière

2) Du Chef de l'Expectative ſur le Comté de Mindelheim en Suabe, accordée à la Maiſon d'Autriché par l'Empereur Mathias l'an 1614, & confirmée par les Empereurs ſes Succeſſeurs; & enfin

3) Du Chef de l' Inveſtiture effective donnée par l'Empereur Sigismond à la Maiſon d'Autriche ſur quelques diſtricts de la Bavière.

S. A. S. Elect. Palatine ayant reconnû le fondement & la validité des ſusdits droits de la Maiſon d'Autriche, on a jugé devoir donner les mains à un Arrangement amical avec ce Prince, & on a ſtipulé l'aveu & la reconnaiſſance préalable de ces Droits ſusdits de la Maiſon d'Autriche.

Mais comme il avint, que pendant le Cours de cette Négociation S. A. S. El. Palatine prit poſſeſſion de tous les Etats de la Succeſſion Bavaroiſe ſans diſtinction par les Patentes, qu'elle fit publier pour cet éffét, & que par cette Démarche on ſe vit dans le cas, de devoir ſuppoſer, qu'Elle ſe propoſait de mettre obſtacle ou empéchement aux Droits de la Maiſon d'Autriche, on jugea, qu'il était néceſſaire, de prendre des précautions, & de mettre en marche pour cet éffét vers la Bavière le corps de Trouppes, que l'on trouva être ſuffiſantes.

Peu après cependant tout méſentendû ayant été levé, & un Arrangement amical avec S. A. S. El. Palatine s'en étant enſuivi, on revoqua inceſſamment l'ordre de marche donné a pluſieurs Corps de Trouppes, & on n'en a fait paſſer en Bavière que le nombre néceſſaire à la priſe de poſſeſſion convenuë avec ſa dite A. S. Electorale.

On a l'honneur d'informer Mr. le Baron de Riedeſel, Envoyé extraordinaire & Miniſtre Plénipotentiaire de S. M. le Roi de Pruſſe de tout ce que ci deſſus, afin qu'il ait une connaiſſance exacte de ce qui s'eſt paſſé juſqu'à préſent ſur cet objet, & il eſt requis de vouloir bien en faire part à Sa Cour. à Vienne le 20. Janvier 1778.

KAUNITZ RIETBERG.

(*) Man hat die in der franzöſiſchen Sprache geſchriebene Beylagen ſo gelaſſen, weil dieſe Sprache faſt durchgehends verſtanden wird, eine Ueberſetzung auch die Urſchrift nicht leicht vollkommen ausdrückt.

No. 2.

Note du Baron de Riedeſel à Mr. le Prince de Kaunitz, remiſe le 7. Février 1778.

Le Souſſigné n'a pas differé d'envoyer au Roi ſon Maitre la Note, que Mr. le Prince de Kaunitz lui a fait remettre le 20. Janvier, aut ſujet de la Succeſſion de la Bavière. Il vient d'être chargé, de temoigner à Mr. le Chancelier de la Cour, que S. M. a reçu avec une reconnoiſſance parfaite cette communication amicale de S. M. l'Imperatrice-Reine, & la regarde comme une nouvelle marque de ſon amitié & de ſa confiance. Par un juſte retour de ces mêmes ſentimens, S. M. croit devoir s'ouvrir envers S. M. l'Imperatrice-Reine avec la même franchiſe, & lui faire part de quelques doutes & reflexions, qui n'ont pû que ſe préſenter à ſon eſprit à la premiere lecture de la Note ſusdite & des trois declarations, que LL. MM. II. ont fait publier à la Diete de Ratisbonne.

On a de la peine à concevoir, comment la Couronne de Bohème puiſſe regarder comme des fiefs devolus à elle des diſtricts, qui ſont des parties integrantes du Haut-Palatinat, dont le retour a été expreſſement & ſans exception quelconque aſſuré par la paix de Weſtphalie à la ligne Palatine au défaut de celle de Bavière; comment une Expectative Imperiale donnée ſans le conſentement de l'Empire, puiſſe demembrer un grand Duché & Electorat appartenant à toutes les branches de la maiſon Palatine, & chargé d'un Fideicommis inaliénable par le Traité de Pavie, ainſi que de l'indiviſibilité par l'Article 25. de la Bulle d'or; comment S. A. S. l'Ecteur Palatin puiſſe transfiger ſur des objets pareils & céder à une maiſon étrangère une partie ſi importante de l'ancien Patrimoine de ſa maiſon au préjudice des Branches Palatines collaterales & des héritiers allodiaux?

Il paroitroit auſſi difficile, de concilier avec les Conſtitutions & le Syſtême de l'Empire, ſi LL. MM. II. vouloient ainſi par une tranſaction particuliere diſpoſer d'un des plus anciens & des plus grands Electorats & le demembrer ſi conſidérablement ſans voye judiciaire & ſans y faire intervenir ni l'Empire, ni les parties intéreſſées, & qu'Elles ayent commencé par le faire occuper par un Corps conſidérable de Trouppes.

Comme on vient d'apprendre auſſi, que S. M. l'Empereur a fait ſaiſir les appartenances de la Bavière, qu'on regarde comme des fiefs de l'Empire vacants, on eſpère, que l'intention de S. M. ne ſera pas de continuer à occuper ces fiefs par des Trouppes de ſa maiſon, ni d'en diſpoſer autrement qu'avec la concurrence des Electeurs & des Princes de l'Empire, conformement à l'article XI. de ſa Capitulation, & en faiſant droit à chacun d'une maniere conforme aux Conſtitutions.

Le Roi ne ſauroit être tout à fait indifferent dans une conjoncture ſi critique, & à la vuë de tant d'arrangemens, qui par leurs ſuites pourroient renverſer la Conſtitution des premiers Electorats & toute la Balance du pouvoir dans l'Empire. S. M. croit y être intéreſſée en qualité d'Electeur & membre de l'Empire & en celle de partie contractante & de garant de la paix de Weſtphalie & de toutes les Conſtitutions de l'Empire, qui ont été expreſſement confirmées par l'article 19. de la paix de Hubertsbourg. Elle ſe flatte, que LL. MM. II. n'attribueront ces ouvertures franches & cordiales qu'au deſir ſincère, dont elle eſt animée, de s'entendre amicalement avec Elle ſur un objet ſi intereſſant. S. M. ſe promet plûtôt de la gran-

deur

deur d'ame, de la juſtice & de l'amitié de LL. MM. II. qu'Elles voudront ſe prêter à des explications ulterieures, amicales & conſidentes, pour trouver des moyens d'arranger cette Succeſſion importante de la maiſon de Bavière d'une maniere conforme aux juſtes droits des différentes parties intéreſſées & aux Conſtitutions du Corps Germanique, & propre à aſſurer le contentement & la tranquillité de tout l'Empire. à Vienne le 7. Février 1778.

RIEDESEL.

No. 3.

Note du Prince de Kaunitz au Baron de Riedeſel, du 16. Fevr. 1778.

Sa Majeſté l'Impératrice-Reine a été peinée de voir par le contenu de la Note, qu'a préſentée au Prince de Kaunitz-Rietberg le Baron de Riedeſel le 7. de ce mois, que la choſe du monde la plus ſimple devoit avoir été expoſée à S. M. Pruſſienne comme tres-compliquée & ſuſceptible de nombre de difficultés. Mais S. M. a été bien aiſe néanmoins, de voir en même tems, qu'il en a reſulté, que S. M. Pruſſienne a jugé devoir s'adreſſer à Elle avec confiance, & qu'Elle a crû pouvoir ſe promettre de ſon amitié les éclairciſſemens néceſſaires ſur quelques doutes, qui s'étoient préſentés à ſon eſprit à ce ſujet, & qui pourroient altérer en effet la bonne intelligence, qui ſe trouve juſqu'ici heureuſement établie entre les deux Cours, s'ils étoient auſſi fondés qu'ils ſont odieux.

S. M. croit ne devoir attribuer cette démarche de S. M. Pruſſienne qu'à la louable intention de prévenir par des explications amicales toute meſintelligence poſſible entre les deux Cours, & comme ſes intentions ſont parfaitement d'accord à cet égard avec celles de S. M. Pruſienne, Elle ſe prête bien volontiers à repondre à la franchiſe, avec laquelle Elle s'eſt expliquée vis-à-vis d'Elle par une franchiſe réciproque; & pour cet effet Elle lui expoſera tout naturellement non ſeulement la ſuite de faits, mais même les principes par lesquels ils ont été determinés.

S. M. a crû pouvoir regarder comme choſe inconteſtable, que ſans la plus grande injuſtice perſonne ne peut trouver mauvais, qu'une Puiſſance quelconque cherche à faire valoir des droits, qu'elle croit être des mieux fondés.

D'après la Conſtitution fondamentale de l'Empire Germanique S. M. ne connoit que deux façons légales de faire valoir ſes droits, c'eſt à dire, une tranſaction avec la partie intéreſſée, ou une déciſion ſolemnelle de l'Empereur & de tout l'Empire.

S. M. croit, que l'on ne peut conteſter à aucun Etat de l'Empire la faculté de s'accommoder avec un autre de ſes Co-Etats ſur des prétentions réciproques, dès que l'accommodement ne bleſſe ni le droit d'un tiers, qui y eſt duëment intéreſſé, ni ceux de l'Empereur & de l'Empire en corps.

Et S. M. croit enfin, que ce droit inconteſtable competant à tout Etat de l'Empire ſeroit nul, ſi chacun de ſes Co-Etats en particulier étoit autoriſé à pouvoir mettre obſtacle à la validité des tranſactions, dont l'objet lui eſt tout-à-fait étranger.

C'eſt en conformité de ces principes, que S. M. croit ſans replique, qu'au ſujet de la Succeſſion Bavaroiſe Elle s'eſt adreſſée à Mr. l'Electeur Palatin, qui en eſt le ſeul & inconteſtable héritier principal. Elle n'a pas heſité à mettre ſous ſes yeux

 il y

il y a longtems dans le plus grand détail & ſans aucune reſerve, ſes prétentions & les preuves légales ſur lesquelles elles ſont fondées.

S. A. E. les a examiné à loiſir, Elle en a reconnu la validité & on a déterminé d'aprés cela de gré à gré par une Convention ſolemnelle les parties de cette Succeſſion, dont l'une & l'autre des deux Cours auroit à ſe mettre dans la poſſeſſion, dans laquelle elles ſe trouvent actuellement en conſéquence.

Après que S. M. a donc juſtifié moyennant cela ſes prétentions vis-à-vis de celui, qui ſeul eût été en droit de les conteſter, & que ſon libre conſentement a mis le ſceau à tout ce qui a été fait en conſéquence, il ſemble qu'à cet égard il ne peut plus exiſter de contradicteur légitime, & que ce que l'on vient de dire, pourroit ſuffire. Mais S. M. pour répondre à la confiance, avec laquelle S. M. Pruſſienne lui a fait communiquer ſes doutes & ſes réflexions ſur cet objet, croit devoir y ajouter cependant encore amiablement les éclairciſſemens, dont ces doutes & ces réflexions lui ont paru ſuſceptibles. Il eſt dit dans la Note préſentée par le Baron de Riedeſel:

1) On a de la peine à concevoir, comment la Couronne de Bohême puiſſe regarder comme des fiefs dévolus à elle des diſtricts, qui ſont des parties intégrantes du Haut-Palatinat, & dont le retour a été expreſſement aſſuré par la paix de Weſtphalie à la ligne Palatine au defaut de celle de Bavière.

Rien cependant ne paroît être plus aiſé à concevoir dès le moment que l'on n'établit pas pour baſe du raiſonnement la propoſition erronnée: que les fiefs de la Couronne de Bohème ſont des parties integrantes du Haut-Palatinat, propoſition manifeſtement contraire à la nature de la choſe & à l'hiſtoire de tous les tems.

Les fiefs dans le Haut-Palatinat relevants de la Bohème, ſont des biens, que cette Couronne a achetés argent comptant l'année 1353.

Ces fiefs elle les a conferés aux Comtes Palatins du Rhin en 1465.

L'Empereur Ferdinand I. comme Roi de Bohème en a donné l'Inveſtiture ſolemnelle en 1559, & cette Inveſtiture a été continuée du depuis *de caſu ad caſum.* On a peine à concévoir par conſéquent, comment on peut envisager les fiefs en queſtion comme *des parties integrantes* du Haut-Palatinat, la paix de Weſtphalie d'ailleurs n'ayant jamais eu ni le droit, ni la volonté d'enlever à la Couronne de Bohème celui qu'elle a toujours eu inconteſtablement ſur les fiefs en queſtion.

L'Empereur Ferdinand II. lorſqu'il remit le Haut-Palatinat à la Maiſon de Bavière en 1628, ne lui remit pas en même tems les fiefs de la Bohème.

Il n'en accorda l'Inveſtiture qu'en 1631. à la réquiſition particuliere du nouvel Electeur.

Et l'année 1706 à l'occaſion de la condemnation au Ban de l'Empire de l'Electeur de Bavière, la Maiſon Electorale palatine n'a point été inveſtie des dits fiefs comme d'appartenances du Haut-Palatinat, mais par un Acte poſtérieur & ſéparé. Il eſt dit

2) Dans la Note en queſtion: on a de la peine à concevoir, comment une Expectative Impériale donnée ſans le conſentement de l'Empire puiſſe demembrer un grand Duché & Electorat appartenant à toutes les branches

de

de la Maiſon Palatine & chargé d'un Fideicommis inaliénable par le Traité de Pavie, ainſi que de l'indiviſibilité par l'article 25. de la Bulle d'or.

Rien ne ſera également plus facile à comprendre dès que l'on voudra bien ne pas perdre de vuë les trois vérités ſuivantes également inconteſtables: Du regne de l'Empereur Sigismond le pouvoir de l'Empereur n'étoit pas encore borné par une capitulation. Le conſentement de l'Empire ne lui étoit donc nullement néceſſaire pour être autoriſé à donner à la maiſon d'Autriche, ainſi qu'il a fait, non pas une Exſpectative ſeulement, mais l'inveſtiture effective, qu'elle en a obtenuë. Ce même Empereur Sigismond ſans aucune déciſion de l'Empire tranſmit la Marche & l'Electorat de Brandebourg au Bourggrave Frédéric de Nuremberg, & il ſemble par conſequent, que s'il a été en droit de pouvoir faire l'un, il ne peut pas avoir été moins autoriſé à faire l'autre.

La Bavière n'a jamais été un Electorat, non plus qu'un Duché indiviſible. Tant avant qu'après le tems de l'Empereur Sigismond la Maiſon de Bavière a partagé ſes Etats, la Bavière a été partagée entre pluſieurs des lignes de cette Maiſon, elles ont même exercé des voix différentes à la Diette de l'Empire & ce n'eſt qu'en 1588. que la Primogéniture y a été établie.

Dans le Traité de Pavie, ſur lequel en gros il y auroit bien des choſes à dire, jamais on n'y a établi un Fideicommis inaliénable; & la Bulle d'or ne paroît également pas pouvoir trouver ici ſon application, attendu qu'il n'eſt pas queſtion d'un Electorat dans cette occaſion, & que les partages réiterés des Etats de Bavière ſont notoires.

Il eſt dit enfin encore dans la Note du Baron de Riedeſel: on a de la peine à concevoir, comment S. A. S. E. Palatine puiſſe tranſiger ſur des objets pareils, & céder à une Maiſon étrangere une partie ſi importante de l'ancien Patrimoine de ſa Maiſon au préjudice des branches Palatines Collaterales & des héritiers allodiaux. Il paroîtroit auſſi difficile de concilier avec les conſtitutions & le Syſtême de l'Empire, ſi LL. MM. II. vouloient ainſi par une tranſaction particuliere diſpoſer d'un des plus grands & des plus anciens Electorats, & le démembrer ſi conſidérablement ſans voye judiciaire & ſans y faire intervenir, ni l'Empire, ni les parties intéreſſées, & qu'Elles ayent commencé par le faire occuper par une puiſſante Armée.

La ſuppoſition principale, ſur laquelle ſont fondés tous les doutes énoncés dans cette période, eſt en effet incompréhenſible, attendu qu'il ne s'enſuivroit pas moins que la propoſition inſoutenable: qu'aucun Etat de l'Empire n'eſt en droit de s'accommoder avec un autre de ſes Co-Etats ſur des prétentions réciproques.

Il n'eſt pas vraiſemblable en tout cas, qu'aucun d'eux ſoit diſpoſé à ſouscrire à pareille deciſion, & jusqu'à préſent au moins perſonne n'ayant revoqué en doute ce droit commun à tous les Etats de l'Empire, il ſemble qu'il n'appartient qu'aux parties intéreſſées de juger & de décider entr'elles des queſtions dont peuvent être ſuſceptibles les tranſactions, quelles ont jugé à propos de faire entr'elles, ſans qu'il puiſſe s'agir en pareilles occurences ni de voye judiciaire, ni d'intervention de l'Empire, & encore beaucoup moins de la déciſion d'un tiers à cet égard.

Il

Il reſte moyennant cela à obſerver ſeulement encore quant au fait, que ce qui a été repandu de la priſe de poſſeſſion de S. M. par une puiſſante armée, n'eſt nullement exact; que cette priſe de poſſeſſion n'a point précedé un arrangement amiable avec Mr. l'Electeur Palatin, & qu'elle n'a eu lieu au contraire qu'après la convention ſignée & ratifiée par Mr. l'Electeur, comme une conſéquence néceſſaire de ce dont on étoit convenu avec lui, moyennant quoi il ſemble, qu'il peut y avoir d'autant moins à dire ſur ce fait, qu'il eſt notoirement bien des exemples de poſſeſſion priſe à titre d'un moyen de revendication, que l'on a jugé néceſſaire pour mettre ſes droits à couvert avant même de faire connoître ſes prétentions.

Et pour ce qui eſt enfin de la poſſeſſion, que S. M. l'Empereur a fait prendre des fiefs devolus à l'Empire non par des Trouppes Autrichiennes, mais en qualité des Trouppes de l'Empereur & de Cercle, S. M. rend juſtice à la façon de penſer de S. M. I. en témoignant qu'elle eſpere, que l'intention de S. M. I. ne ſera pas de diſpoſer de ces fiefs autrement qu'avec le concours des Electeurs & Princes de l'Empire conformement à l'Article XI. de ſa Capitulation, & en faiſant droit à chacun d'une manière conforme aux Conſtitutions.

S. M. l'Impératrice ſouhaite que les obſervations & éclairciſſemens contenus dans cette Note puiſſent produire tout l'effet de leur deſtination & contribuer par là au maintien déſirable de la bonne intelligence, qui ſubſiſte heureuſement entre les deux Cours. S. M. ſuppoſe les mêmes vœux & les mêmes intentions à la Cour de Berlin & dans le cas d'une juſte réciprocité des ſentimens & de procedés, S. M. Pruſſienne peut compter conjointement avec S. M. l'Empereur, S. M. l'Impératrice ſera toujours diſpoſée à s'entendre amiablement avec Elle dans les occurrences, & qu'Elle ſe fera de même toujours un vrai plaiſir des preuves réelles d'amitié & de bonne volonté que des circonſtances ou des événemens pourroient la mettre dans le cas de pouvoir lui donner.

à Vienne le 16. Février 1778.

(Signé.) *PR. DE KAUNITZ RIETBERG.*

No. 4.

No. 4.
Königl. Preußiſche Vorſtellung an den Wiener Hof auf deſſen Note
vom 16. Hornung, 1778.

Seine Majeſtät der König von Preußen haben mit der vollkommenſten Erkenntlichkeit die Erläuterung erhalten, welche Ihnen Ihre Majeſtät die Kaiſerinn Königinn über Ihre Foderungen an der baieriſchen Erbfolge durch diejenige Note mitzutheilen geliebet haben, die der Fürſt von Kaunitz-Rietberg dem Freyherrn von Riedeſel am 16. Hornung zugeſtellet hat. Se. Majeſtät haben vorzüglich darinn mit Vergnügen erſehen, daß Ihnen Ihre K. K. Majeſtät Gerechtigkeit wiederfahren laſſen, und diejenigen Zweifel, die Se. Preußiſche Majeſtät Ihrer K. K. Majeſtät über obenberührten Gegenſtand durch die erſtere Note vom 7. Hornung zu erkennen gegeben, keiner andern Abſicht beymeſſen wollen, als blos durch freundſchäftliche Erklärungen allem nur möglichen Misverſtändniß zwiſchen beyden Höfen vorzukommen. Es war auch dieſes wirklich der eigentliche Endzweck des erſten Schrittes, und noch iſt es der einzige Beweggrund, daß ſich Se. Majeſtät der König von Preußen genöthiget finden, noch einmal auf obige Erläuterungen zurück zu kommen, um Ihrer K. K. Majeſtät die Gründe vorzulegen, kraft deren Se. Majeſtät glauben, daß die Note vom 16. Hornung, anſtatt die erſtern Zweifel zu heben, dieſelben nur noch mehr beſtärke, und wohl gar wirklich mache.

Der Vergleich, den der Herr Churfürſt zu Pfalz mit Ihrer K. K. Majeſtät jüngſthin geſchloſſen hat, iſt eine bloße Nebenſache, deren Gültigkeit ganz allein von der urſprünglichen und eigentlichen Beſchaffenheit derjenigen Foderungen abhängt, welche Ihre K. K. Majeſtät an der Erbfolge von Baiern machen. Dieſe in der den auswärtigen Miniſtern mitgetheilten Circularnote, und in den in Baiern publicirten Patenten angezeigte Foderungen beziehen ſich

1) Auf **einige baieriſche Diſtricte**, aus dem Hauptgrunde einer Inveſtitur, die Kaiſer Siegmund dem Hauſe Oeſtreich 1426. verliehen habe;

2) Auf die in der obern Pfalz gelegene **böhmiſche Kronlehen**, die nun dieſer Krone heimfällig wären; Und endlich ſolle

3) Auch die **Allodialerbfolge** des verſtorbenen Churfürſten von Baiern, nach der dem Herrn Churfürſten zu Sachſen ertheilten Antwort noch ein Gegenſtand ſeyn, bey welchem Ihre K. K. Majeſtät mit der verwittibten Frau Churfürſtinn von Sachſen gleich gehalten zu ſeyn, und zwar unter dem Titel von **Regreßſprüchen**, verlangen, weil nämlich Höchſtdieſelben eine Ab-

kömmling von Kaiſer Ferdinand II. und ſeiner Gemahlinn Maria Anna, einer Tochter Wilhelm V. Herzogs in Baiern wären.

Die erſte dieſer Foderungen iſt die beträchtlichſte; und dabey ſo weſentlich, daß von Entſcheidung derſelben alles übrige abhanget. Dieſe Entſcheidung aber ſcheinet ganz deutlich und einfach aus der Erbfolgordnung des baieriſchen Hauſes, und aus einigen hiſtoriſchen Thatſachen zu entſpringen, die hieher einigen Bezug haben, und die man nun anzuführen bemüßiget iſt.

Nach der Achtserklärung Heinrichs des Löwen, Herzogs zu Sachſen und Baiern, erhielt vom Kaiſer Friderich I. 1180. Pfalzgraf Otto von Wittelsbach das Herzogthum Baiern als ein **männliches** Reichslehen. Sein Enkel, Otto der Erlauchte, brachte noch die Pfalz am Rhein zu Baiern, und dieſe beyde Länder beſaß auch deſſen Sohn, Ludwig der Strenge. Die Söhne Ludwigs des Strengen, Rudolph und Ludwig, nachmaliger Kaiſer, theilten 1310. die Staaten ihres Vaters; und dieſe Theilung ward auch durch den bekannten Vertrag von Pavia 1329. erneuert, nach welchem Ludwig der Kaiſer Oberbaiern behielt, und die Söhne des Rudolphs die Pfalz bey Rhein ſammt der obern Pfalz bekamen; wobey ſie ſich auch zu einem wechſelweiſen Beyſtand, und einer **beyderſeitigen Nachfolge in die Churwürde und alle ihre Staaten verbanden, und zugleich verſprachen, niemal und zu keiner Zeit von denſelben etwas abzutreten, zu verkaufen, oder auf andere Art zu veräußern:** lauter Bedingungen, wodurch die ſich vertragende Theile in der That auf ganz Baiern, und auf beyde Pfalzen ein **unzuveräußerndes** und **unzertrennliches Fideicommiß** geheftet haben, ſo ſehr man auch daſſelbe in der Note vom 16. Hornung in Zweifel ziehen will. Dieſer Vertrag zu Pavia, von einem Kaiſer ſelbſt errichtet, und gleich darauf durch die Beyſtimmung der Churfürſten beſtättiget, hat allezeit zur Grundfeſte der übrigen Hausverträge gedienet, die von den zwoen Linien von Zeit zu Zeit erneuert worden, und zwar benanntlich 1425, 1524, 1724, 1746. und 1776. Eben deswegen begreift auch dieſer Vertrag in ſeinen Bedingungen nicht nur Ober- ſondern auch **Niederbaiern,** welches Kaiſer Ludwig 1340. an ſeine Linie gebracht hat. Dieſer Vertrag iſt die pragmatiſche Sanction, und das Grundgeſetz dieſes gemeinſamen Hauſes, dem weder eine von ihren Linien, noch der Kaiſer ſelbſt das geringſte benehmen kann. Ueberdieß iſt auch der Vertrag zu Pavia nichts anders, als eine Folge von dem allgemeinen deutſchen Lehenſyſtem, in Kraft deſſen die Mannslehen, welche zwoen Linien eines Hauſes durch ihren gemeinſchaftlichen Stammvater und erſten Erwerber zugebracht worden, niemal, weder durch weibliche Nachfolgen, noch durch Verfügungen eines Kaiſers dem Hauſe entzogen werden können, ſo lange noch ein männlicher Zweig davon übrig iſt. Eben ſo ſind auch die verſchiedene Linien der baieriſchen

Her-

Herzoge, die ſich einſt faſt ins Unendliche getheilet hatten, nach dieſen Grundſätzen, eine nach Erlöſchung der andern, in ihren Beſitzungen auf einander gefolgt. Dieſe öftere Theilungen, womit man in der Note vom 16. Hornung ſo viel Aufhebens machet, ſind in und bey dem Hauſe Baiern ſelbſt vor ſich gegangen, und können alſo keine Zertrennung oder Veräußerung zu Gunſten eines auswärtigen Hauſes geltend machen. Man führet zwar an, daß, nachdem die Linie der Herzoge von Niederbaiern, ſonſt auch die Straubingiſche und holländiſche genannt, welche von Albert, einem Sohne Kaiſers Ludwig, abſtammte, durch den Tod des letzten Herzogs Johann erloſch, und die 4 Herzoge in Oberbaiern wegen der Nachfolge einander bekriegten, Kaiſer Siegmund ſeinem Tochtermanne, Albert von Oeſtreich, deſſen Mutter eine Schweſter des obigen Johann war, eine wirkliche Inveſtitur auf Niederbaiern ſolle ertheilet haben. Allein Kaiſer Siegmund konnte ein Mannsleben, wie Niederbaiern, mit Recht weder zu den Reichsdomainen einziehen, noch einem fremden Hauſe verleihen, ſo lange noch Seitenlinien des Hauſes Baiern vorhanden waren. Und dieſer Grundſatz war ſchon damals ſo überwiegend, daß ſelbſt dieſer Kaiſer Siegmund bey einer 1429. nach Preßburg berufenen Verſammlung von Schiedsrichtern und Obmännern ein entſcheidendes Urtheil fällte, nach welchem er ganz Niederbaiern den vier oberbaieriſchen Herzogen zuerkannte, **ohne einmal auf den Anſpruch des Hauſes Oeſtreich den geringſten Bedacht zu nehmen**; das es auch bey dieſem Ausſpruch bisher allezeit hat bewenden laſſen.

Man kann alſo nicht begreifen, wie der Wieneriſche Hof nach 350 Jahren, und zu einer Zeit, wo das baieriſche Haus noch in dreyen Pfälziſchen Linien aufrecht ſteht, die Wirkung einer veralteten Inveſtitur fodern könne, welche bis itzt noch nicht vorgezeigt worden; welche nach eigenem Geſtändniß ohne Einwilligung des Reiches, die doch auch damals eben ſo gebräuchlich, und ſelbſt noch vor den Wahlkapitulationen jederzeit nothwendig war, ertheilt worden; welche ſchon bey ihrem Urſprung dem Reichslehenſyſtem, den Verträgen und unſtreitigen Rechten des Hauſes Baiern entgegen lief; welche aber alles dieſes durch einen hinnach folgenden Reichsſpruch widerrufen, und gänzlich zernichtet worden, das mit allen Feyerlichkeiten, mit völliger Einſicht der Sache der nämliche Kaiſer ausſprach, der die angebliche Inveſtitur ertheilt haben ſoll; und die, wenn ſie auch jemals von einiger Gültigkeit geweſen wäre, dieſelbe doch ſchon verlohren haben würde, nachdem die männlichen Nachkommen des Herzog Alberts von Oeſtreich, dem ſie eigentlich verliehen worden, in der Perſon Kaiſer Karls VI. ausgeſtorben ſind.

Man kann hier nicht unterlaſſen, demjenigen zu widerſprechen, was in der Note vom 16. Hornung, zwar in einer Gleichniß, doch ganz willkührlich und ohne Beweis angebracht iſt worden, nämlich daß Kaiſer Siegmund die Inveſtitur von Niederbaiern eben ſo ohne Mitwiſſen des Reichs habe ertheilen können, wie er, ohne der Entſchei-

dung des Reichs zu bedürfen, das Churfürſtenthum Brandenburg an Friedrich, Burggrafen zu Nürnberg, übertragen habe. Man kann vielmehr das Gegentheil, und durch das Original-Diplom Kaiſer Siegmunds, gegeben auf der Kirchenverſammlung zu Coſtanz 1415, und durch die Einwilligungsbriefe der Churfürſten ſo viel erweiſen, daß dieſer Vertrag wegen des Churfürſtenthums Brandenburg um eine ſehr gleichwiegende Summe Gelds, mit Einverſtändniß aller Chur- und Reichsfürſten, zu Stande gekommen, und daß ſich Siegmund nichts anders, als das Wiedereinlöſungsrecht für ſich, ſeinen Bruder Wenzel, und ihre beyderſeitigen Nachkommen vorbehalten hat; eine Bedingung, die mit dieſen zween ohne männlichen Erben verſtorbenen Prinzen gänzlich erloſchen iſt. Eine zweyte Anmerkung, die man hier machen muß, geſchieht für dermal nur, um einen gewiſſen irrigen Grundſatz nicht mit Stillſchweigen zu übergehen, welchen man in einem beſondern Memoire geäußert hat; auf den man aber gegenwärtig zu antworten, ſich enthält, um dadurch dem löblichen Beyſpiele des Wiener Hofs zu folgen, und der gegenwärtigen Unterſuchung keine andere Gegenſtände einzumengen, die nicht hieher gehörig ſind.

Die zweyte Foderung betrifft die Lehen der Krone Böheim in der obern Pfalz, welche Ihre K. K. Majeſtät nach Erlöſchung der Wilhelminiſchen Linie als zu Ihrer Krone heimgefallen anſehen; und worüber in der Note vom 16. Hornung zur Erläuterung angeführet worden, daß es Güter wären, welche von der Krone Böheim erkaufet, und nach der Hand den Pfalzgrafen zu Lehen überlaſſen worden: daß ſie keinen Haupttheil von der obern Pfalz ausmachten: daß der weſtphäliſche Friede dieſe Güter den Königen von Böheim weder nehmen konnte, noch wollte: und daß endlich dieſe letztern dem Herzoge zu Baiern 1631., und dem Churfürſt zu Pfalz 1706. eine beſondere Inveſtitur hierüber ertheilet hätten. Alle dieſe Gründe, die nicht einmal den Hauptſatz erproben, verliehren ihre Kraft, wenn man folgende Umſtände betrachtet:

Diejenigen Diſtricte in der obern Pfalz, welche nach der Hand zu böhmiſchen Lehen geworden, haben von jeher ganz ungezweifelt, zu den alten Patrimonial-Landen des Hauſes Wittelsbach gehöret; ſie ſind auch ausdrücklich in dem Vertrag zu Pavia 1329. benennet, und haben dadurch gleichfalls die Eigenſchaft des bey dieſem Vertrage feſtgeſetzten, beſtändigen und unabänderlichen Fideicommiſſes erlanget. Da nun dieſe Diſtricte zuſammt der obern Pfalz bey den gemachten Theilungen der Pfälziſchen Linie zuerkannt worden, die endlich nach der Hand allein die Churwürde davon getragen hat, ſo ſind ſie dadurch eben ſo, wie die obere Pfalz ſelbſt, ein weſentlicher Theil des Pfälziſchen Churfürſtenthums geworden, und haben eben darum auch die Eigenſchaft der **Untheilbarkeit und Unzertrennlichkeit** erhalten, die nach der goldenen Bulle 1356. auf beſagtem Churfürſtenthum haftet. Wenn hinnach die Krone Böheim einige Rechte

über

über dieſe Diſtricte erlanget hat, ſo beſtehen dieſelben blos in dem Belehnungsrechte, oder dem Dominio directo; die Güter ſelbſt, und das Eigenthum davon ſind allezeit bey dem Hauſe Pfalz geblieben, und die Krone Böheim iſt verbunden, dieſe Lehen allemal den Abkömmlingen des Pfälziſchen Hauſes, ſo lang einige aus ſelbem übrig ſind, zu verleihen. Die Achtserklärung des Churfürſten Friederich V.; die Verkaufung der obern Pfalz an den Herzog von Baiern 1628.; die ſonderheitlichen Inveſtituren von den Jahren 1631. und 1706, die bloße Transactiones momentaneæ & non permanentes ſind; und ſelbſt der Weſtphäliſche Friede haben an der obengeſagten Verbindlichkeit der Krone Böheim nichts geändert. Das Haus Pfalz hat dadurch nichts als den Beſitz der Lehen, während der Exiſtenz der Wilhelminiſchen Linie verlohren. Da nach dem ausdrücklichen Inhalt des IV. Artikels des Weſtphäliſchen Friedenſchluſſes die ganze obere Pfalz nach Erlöſchung der Wilhelminiſchen Linie an die Rudolphiniſche zurückfallen muß, ohne daß Kaiſer Ferdinand III., zugleich König von Böheim, der bey dem Weſtphäliſchen Frieden einer der Hauptcontrahenten war, über dieſe Heimfallung nur die geringſte Ausnahme gemacht hätte; ſo iſt die natürliche Folge, daß beſagte obere Pfalz der Pfälziſchen Linie in eben dem Stande, in welchem ſie von der Wilhelminiſchen Linie, und vor dieſer ſchon von der Rudolphiniſchen beſeſſen worden, das iſt, auch mit Einſchluß der böhmiſchen Lehen, heimfallen muß, welche Lehen, wie ſchon oben dargethan worden, einen Hauptheil von dem Pfälziſchen Churfürſtenthum und von den Patrimonial-Landen des Hauſes Wittelsbach ausmachen. Ihre Majeſtät die K. K. von Böheim, abſtammend von Kaiſer Ferdinand III., können alſo dieſe Lehen weder conſolidiren, noch dieſelben dem Hauſe Pfalz ſtreitig machen, dem ſie durch eine gleichzeitige Mitbelehnung ſchon vorher in den ausdrücklichen Worten des oben angezogenen IV. Artikels des Weſtphäliſchen Friedenſchluſſes zugeſichert worden ſind.

Die dritte Foderung, nach welcher Ihre Majeſtät die K. K. gemeinſchäftlich mit der verwittibten Frau Churfürſtinn von Sachſen, bey der Allodialerbſchaft von Baiern, unter dem Titel von **Regreßſprüchen**, und als eine Abkömmling von einer baieriſchen Prinzeſſinn gleich gehalten werden wollen, ſcheinet dem alten, beſtändigen Herkommen des Hauſes Baiern, und des ganzen Deutſchlandes glatterdings entgegen zu ſeyn. Nach dieſem Herkommen iſt alle Allodialerbfolge ausſchließender Weiſe allezeit nur auf dem nächſten Erben und Verwandten des letzten Beſitzers feſtgeſetzet. Wenn man einen dieſem Herkommen entgegen ſtreitenden Grundſatz annehmen wollte; ſo müßten alle Häuſer, die von dem baieriſchen Hauſe weiblicherſeits abſtammen, als benanntlich Frankreich, Würtemberg ꝛc. auf gleiche Art Regreßanſprüche machen können; und Ihre K. K. Majeſtät würden

den von der Allodialerbfolge des Hauſes Oeſtreich die Häuſer Baiern und Sachſen, als von den Prinzeſſinnen des Kaiſer Joſephs I. abſtammend, niemals auszuſchließen vermögt haben.

Nach allem dem, was man ſo eben bis zur Ueberzeugung abgehandelt hat, ſcheinet es, daß keine von den angerühmten Foderungen Ihrer K. K. Majeſtät nur in dem geringſten Theile Beſtand haben könne. Wenn ſie ſchon der Herr Churfürſt von Pfalz durch einen ſonderheitlichen Vergleich anerkennet hat, ſo haben ſie doch dadurch keinen größern Grad von Gültigkeit erlanget, als ſie vorher hatten. Man kann hier noch für unentſchieden laſſen, ob ſich der Herr Churfürſt hierzu mit gutem Willen verſtanden habe; obwohl das Gegentheil aus verſchiedenen Umſtänden zu erhellen ſcheinet, und beſonders daraus, daß der Herr Churfürſt von Pfalz nach ſeinem erſten Patent von ganz Baiern Beſitz genommen hat, und daß Ihre K. K. Majeſtät ſelbſt in Ihrer Circular-Note vom 20. Jenner haben herkommen laſſen, durch dieſen Schritt zur Abordnung eines hinlänglichen Corps Trouppen gegen Baiern bewegt worden zu ſeyn, welcher Umſtand hinnach den Vergleich veranlaſſet haben mag, durch welchen der Herr Churfürſt alle Foderungen des Hauſes Oeſtreich anerkennt haben ſoll. Auf was immer für eine Art aber der Herr Churfürſt dieſen Vergleich eingegangen haben mag, ſo kann derſelbe niemal einigermaſſen gültig, und weder für Deſſen Lebenstage, noch für künftige Zeiten, noch für die übrigen Glieder des Pfälziſchen Hauſes verbündlich ſeyn. Der Herr Churfürſt hat keineswegs für ſich allein und Seine eigene Perſon, die Hälfte des Herzogthums Baiern, auf welchem, kraft der Hausverträge, ein **immerwährendes Fideicommiß** haftet, zertrümmern und abtreten können, eben ſo wenig, als einen großen Theil der obern Pfalz, der blos allein, laut des Weſtphäliſchen Frieden, dem Hauſe Pfalz heimfällig, dem Churfürſten von Pfalz angehörig, und dadurch gleich andern Churlanden in die Eigenſchaft der **Unzertrennbarkeit** verſetzet worden iſt. Ein ſolcher Abtretungsvergleich, der ſchon in ſeinem Urſprunge, und in ſeinen Anſprüchen ſo wenig gültig, noch minder aber mit den ſelbſtigen Foderungen Ihrer K. K. Majeſtät verhältnißmäßig iſt; und doch indeſſen den größten Theil der Lehen und Allodien von Baiern wegreiſſen wurde: ein ſolcher Vergleich hat niemal zum Nachtheil und ohne Einwilligung der andern Prinzen vom pfälziſchen Haus, der Allodialerben, und ſelbſt des ganzen Reiches gemacht werden können. Die Rechte des dritten und aller andern Theilhabern ſind in gegenwärtigem Falle zu ſehr intereſſirt, als daß die im Anfang und am Ende der Note vom 16. Hornung als geltend angebrachte allgemeine Grundſätze, über die Befugniß Ihrer K. K. Majeſtät mit dem Herrn Churfürſten zu Pfalz, ohne Zuziehung einer fremden Macht Vergleiche treffen zu dürfen, hieher angewendet werden, oder von einiger Folge ſeyn könnten. Nicht nur die Pfälziſchen Prinzen, Allodialerben und andere Fürſten, die eine Foderung auf einige

Theile der baieriſchen Erbfolge machen können, haben die ſtärkſten Urſachen, ſich nachdrücklich wider eine Verfügung zu verwahren, die alle ihre rechtlichen Anſprüche und ihre billige Foderungen zu Boden wirft; ſondern auch alle Staaten und Glieder des Reiches, ſo wie auch alle andere Mächten, denen an ihrer eigenen Aufrechthaltung gelegen iſt, haben eben ſo viel Recht, als eigenen Vortheil, ſich bey einem Umſtande zu verwenden, wo es um nichts geringers zu thun iſt, als um die Zertrümmerung zweyer der größten Churfürſtenthümer, welche Zertrümmerung noch dazu ohne alle rechtlichen Titel und auf eine Art geſchehen will, die ſowohl dem Gleichgewicht der ganzen Reichsmacht, als auch durch ihre Folgen der Sicherheit des ganzen deutſchen Staatskörpers nachtheilig ſeyn könnte.

Se. Majeſtät der König von Preußen glauben nicht, die Delicateſſe Seiner Kaiſerl. und Ihrer K. K. Majeſtäten zu verletzen, wenn Sie hiemit Höchſtdenenſelben dieſe Vorſtellungen wiederholter vorlegen, und zugleich nochmal Höchſt Ihre Gerechtigkeitsliebe und Mäßigung in einem ſo beträchtlichen Umſtande aufrufen. Se. Majeſtät erſuchen Höchſtdieſelben inſtändig, die Sachen in den Stand zurück zu ſetzen, in welchem ſie bey dem Tode des letzten Churfürſten von Baiern waren, und Sich zu dem Weg der Unterhandlungen zu bequemen, durch welche man die Erbfolge von Baiern auf eine Art beylegen könne, die ſowohl zur Aufrechthaltung des Gleichgewichts im Reich, der Reichsconſtitutionen, und des Weſtphäliſchen Frieden, als auch zur Verſicherung der Rechte und Intereſſen des Churfürſten zu Sachſen, der Pfälziſchen Prinzen, des Herzogs zu Mecklenburg und aller andern, die einen Theil an dieſer Erbfolge haben mögen, dienlich ſeyn könnte.

Se. Majeſtät verſichern auch noch hiemit auf das kräftigſte, daß Dieſelben zu dieſem gegenwärtigen und neuen Schritte, durch keinen andern Grund beweget worden ſeyn, als durch die Nothwendigkeit der Umſtände, und durch das aufrichtige, beſtändig in Ihnen herrſchende Verlangen, nämlich Ihrerſeits alles Ihnen mögliches beyzutragen, damit das gute Verſtändniß unter beyden Höfen immer aufrecht erhalten, und Ihre K. K. Majeſtäten zugleich dadurch von dem ganzen Umfang Sr. Majeſtät vollkommenen und aufrichtigen Freundſchaft überzeugt werden möchten.

No. 5.

Duplic des Wiener Hofes vom 1ſten April.

Nachdem mittels der Note, welche am 7ten Hornung durch den B. v. Riedeſel eingehändiget iſt worden, Se. Preußiſche Majeſtät der Kaiſerinn Königinn einige Zweifel

fel eröffnet haben, womit Ihnen die baieriſche Erbfolge ſchien behaftet zu ſeyn, und da Dieſelben eine freundſchaftliche Erläuterung hierüber verlangten, haben Ihro K. K. Majeſtät dieſem Verlangen ohne Schwierigkeit ein Genügen geleiſtet; und Sie würden auch mit der nämlichen Bereitwilligkeit auf das Memoire antworten, welches der B. v. Riedeſel dem Fürſten von Kauniß ſo eben zugeſtellet hat, wenn deſſen Inhalt darnach beſchaffen geweſen wäre.

Da aber unter andern auch folgendes enthalten iſt, daß die Gründe, die man Sr. Preußiſchen Majeſtät vorgeleget hat, anſtatt die erſten Zweifel zu heben, dieſelben nur noch mehr beſtärken, und wohl gar wirklich machen; und zugleich auch, daß keine von den angerühmten Foderungen Ihrer K. K. Majeſtät nur in dem geringſten Theile Beſtand haben könne, ſo befinden ſich Ihro Majeſtät in dem Falle, in keine fernere Unterſuchung ſich mehr einlaſſen zu können; und folglich können Dieſelben noch weniger einwilligen, von einer Beſitznehmung abzuſtehen, die ſo geſetzmäßig erlangt iſt worden, um die Sachen in den Stand zurückzuſetzen, in welchem ſie bey dem Tode des letzten Churfürſten von Baiern waren.

Nichts deſtoweniger haben ſich ſämmtliche Intereſſenten bey der baieriſchen Erbfolge darauf ſicher zu verlaſſen, daß ihnen alle Gerechtigkeit wiederfahren ſoll, die ſie mit Grunde verlangen können, und alle Fürſten und Stände von Deutſchland können verſichert ſeyn, daß Ihro K. K. Majeſtät weit entfernet ſind, irgend was zu fodern, oder auch unterſtützen zu wollen, was in der That den Artikeln des weſtphäliſchen Frieden, oder denjenigen eines jeden andern Reichsgeſetzes entgegen ſeyn könnte.

Zu gleicher Zeit aber müſſen Ihro K. K. Majeſtät erklären, daß Dieſelben nicht glauben, daß Se. Preußiſche Majeſtät weder als Churfürſt, noch als einer der erſten Reichsſtände das Recht haben, ſich als Richter oder Schützer ſeiner Mitſtände aufzuwerfen, eben ſo wenig, als jemanden, wer es immer ſey, die Freyheit anzuſtreiten, durch jede Mittel und Wege, in ſo ferne ſie durch die Stände und Geſetze des Reichs gut geheißen ſind, Erwerbungen zu machen; und daß Ihro K. K. Majeſtät in Kraft dieſes unläugbaren Grundſatzes natürlicher Weiſe nicht zugeben können, noch jemals zugeben werden, daß ein anderer Reichsſtand einer ſolchen Gewalt weder gegen Dieſelben, noch gegen einen andern aus ihren Mitſtänden ſich anmaſſen dürfe.

Und wenn zu folge deſſen ſich jemand wollte beygehen laſſen, Ihro K. K. Majeſtät in gegenwärtiger Lage aus Haß einiger Erwerbung anzugreifen, die ſo gut gegründet, und durch die Reichsgeſetze berechtiget iſt, ſo werden Sie einer ſo augenſcheinlichen Verletzung des öffentlichen Frieden nicht nur alle Mittel einer gerechten Vertheidigung entgegenſetzen, ſondern Sie werden vielmehr glauben, ſogar bemüſſiget zu ſeyn, den erſten von ihren Mitſtänden, ſo ſich in dieſem Falle befinden ſollte, zu bekriegen.

Nichts

Nichts deſtoweniger wünſchen Jhro K. K. Majeſtät recht aufrichtig, deſſen überhoben zu ſeyn, und Dieſelben werden mit Vergnügen alle zuläßige Mittel ergreifen, welche man für dienlich erachten wird, ſowohl die allgemeine Ruhe, als inſonderheit die gute und erwünſchte Verſtändniß zwiſchen Jhnen und Sr. Preußiſchen Majeſtät zu erhalten.

Wien, den 1. April 1778.

No. 6.

Antwort des Berliner Hofes auf die obenerwähnte Duplic vom 1ſten April.

Die Antwort, welche der Fürſt von Kauniz-Rietberg am erſten April dem Baron von Riedeſel auf ſein letztes Memoire gegeben hat, iſt in Ausdrücken, und nach Grundſätzen abgefaßt, welche ſo wenig mit den Geſinnungen, welche der König in ſeiner freundſchaftlichen Vorſtellung geäußert hat, übereinſtimmen, daß man ſie vielmehr für einen Beweis anſehen muß, daß man hiemit alle fernere Unterhandlung abſchneiden wolle. Ob ſich nun gleich der König darüber, als über etwas ſehr unerwartetes, befremden ſollte: ſo machen ſich doch Se. Majeſtät kein Bedenken, ſich noch aufs neue über den Jnhalt dieſes Memoire zu erklären, um ja nicht den mindeſten Zweifel übrig zu laſſen, daß Jhre Geſinnungen, und Jhr Verfahren in Rückſicht der baieriſchen Erbfolge, blos auf Gerechtigkeit und Mäßigung abzielen.

Se. Majeſtät glauben nichts gethan zu haben, was der Freundſchaft und der Hochachtung, welche Sie der Würde Jhrer Majeſtät der Kaiſerinn Königinn ſchuldig ſind, entgegen wäre, wenn Sie Jhr mit Freymüthigkeit, wiewohl in den gemäßigſten Ausdrücken, den offenbaren Unbeſtand Jhrer Anſprüche auf die bemeldte Erbfolge vorſtellten, und Sie erſuchten, die Sachen in Baiern wieder in den vorigen Stand zurückzuſetzen, und jene Wege einzuſchlagen, nach welchen man gewohnt iſt, Geſchäffte dieſer Art mit andern theilnehmenden Partheyen auf eine freundſchaftliche, und den Rechten eines jeden, und den Capitulationen des Reichs angemeſſene Art abzuhandeln, und in Ordnung zu bringen. Dieß ſind Grundſätze, die auf Recht und Billigkeit beruhen, und diejenigen Stände, welche anders die Gerechtigkeit handhaben wollen, und ſich in einer ſolchen Geſellſchaft befinden, als der deutſche Staatskörper iſt, können ſie unmöglich außer Acht laſſen.

Ohne die Bewegurſachen zu unterſuchen, warum man in der Note vom erſten April ſo ſehr zu den Beweisgründen geſchwiegen habe, welche in der vorher erſchienenen Erinnerung den verſchiedenen Anſprüchen des Wiener Hofes auf Baiern, und zwar, wie es ſcheint, bis zur Ueberzeugung entgegengeſetzt ſind worden, ſo könnte man zwar die allgemeine Verſicherung, welche Ihro K. K. Majeſtät den mitintereſſirten Theilen zu machen geruhet haben, für hinlänglich anſehen, dieſelben zu beruhigen; allein es liegt nun an dieſem, daß dieſe Verſicherung einmal in Erfüllung gebracht werde, und daß man Wege öffne, welche zu einem ſo ſehr gewünſchten Ziele hinführen.

Dieß iſt alles, worüber Se. Preußiſche Majeſtät bisher Vorſtellungen gemacht, und was Sie verlangt haben. Dieſelben haben Sich niemal zum Richter und Schutzherrn ihrer Mitſtände aufzuwerfen geſucht; allein Sie glauben, daß jeder Fürſt und Reichsſtand, und beſonders ein Churfürſt, welcher ohne Widerſpruch ein Mitcontrahent des weſtphäliſchen Friedens und aller Reichsſatzungen iſt, und deſſen Vermittelung auch vorher ſchon von den beleidigten Mitſtänden in dieſem Vorfalle gefodert wurde, nicht nur allein befugt und bevollmächtiget, ſondern ſeiner Pflichten gemäß ſogar verbunden ſey, ſich einer unbilligen und gewaltſamen Unternehmung im Reiche entgegen zu ſetzen, und hauptſächlich in einem ſo wichtigen Fall ins Mittel zu tretten, wo eines der vornehmſten Churfürſtenthümer und Herzogthümer zertheilet wird, und das auf eine ſo bedenkliche Art, ohne den mindeſten anſcheinenden Titel, bloß durch einen Vergleich, welchen man einem Fürſten abgedrungen hat, der die klareſten und heiligſten Rechte ſeines Hauſes aufopfern muß, und der gleichwohl nur der Depoſitarius derſelben iſt; in einem Falle, wo die Zertheilung vorgenommen wurde, ohne die Art, welche die Geſetze vorſchreiben, zu beobachten, wo ſie eine offenbare Verletzung der goldenen Bulle, des weſtphäliſchen Friedens, und der kaiſerlichen Capitulationen iſt, und zum unerſetzlichen Nachtheil der höchſten Häuſer Deutſchlands gereichet; in einem Falle endlich, wo der Oberſte des Reichs, welcher nicht der unbeſchränkte Herr, ſondern nur das erſte Mitglied deſſelben iſt, dieſe ungerechte Zertrümmerung Baierns zu Gunſten ſeines eigenen Hauſes beſtättiget, wo er einen großen Raum der weſentlichen Theile des Herzogthums von beſondern Truppen beſetzen läßt, ſie aus eigener Vollmacht als erledigte Lehen erkläret, mit denſelben ohne Beytritt des Reichs, wider den Inhalt des dritten und eilften Artikels ſeiner eigenen Capitulation nach Willkühr handelt, und wo man nach ſo vieler verfloſſenen Zeit nicht das geringſte gewahr wird, daß man Vorkehrungen mache, die beträchtliche Erbfolge von Baiern bey dem Reichstag in Ordnung zu bringen, oder ihr die geſetzmäßige Wendung zu geben.

Ihro K. K. Majeſtäten können es unmöglich vor ſich ſelbſt verbergen, welchen empfindlichen Eindruck dieſe eigenmächtigen Unternehmungen, welche auf die Sicherheit,

die Freyheit, und die ganze Verfaſſung des deutſchen Staatskörpers einen ſo weſentlichen Einfluß haben, auf das ganze Reich, und ſelbſt auf ganz Europa gemacht haben, und Se. Majeſtät verſprechen ſich von höchſt Ihrer Gerechtigkeitsliebe und Mäßigung, daß Höchſtdieſelben ein ernſtliches Augenmerk auf dieſe Umſtände werfen, daß Sie ſich bemühen werden, jenen Folgen zuvorzukommen, welche natürlicher Weiſe daraus entſpringen müſſen, und daß Sie mit einer freundſchaftlichern Art dieſe Vorſtellungen annehmen werden, welche Ihnen Se. Majeſtät zu erneuern für nöthig erachtet haben.

Se. Majeſtät ſind hier nicht geſonnen, jene zu heftigen Ausdrücke des Memoire, welches der Fürſt Kaunitz Seinem Miniſter zugeſtellet hat, rege zu machen; Dieſelben wollen ſich lieber an diejenigen halten, womit die Note beſchloſſen worden, und Sie glauben, daß Sie können und müſſen erwarten, daß der Wiener Hof, welcher ſich in dem Beſitz ſtreitiger Länder geſetzt hat, ſich einmal erkläre, welche Mittel er für zuläßig anſehe, um der baieriſchen Erbfolge die geſetzmäßige Wendung geben zu können, und ob ſolche Mittel vorhanden ſeyen, die ſich mit dem Gleichgewichte des Reichs, mit den gerechten Foderungen des Churfürſtlich Sächſiſchen Hofes, mit den Rechten der Pfalzgrafen, und benanntlich des Herzogs von Zweybrücken ſowohl, als des Herzogs von Mecklenburg vertragen. Se. Majeſtät werden ſich ein Vergnügen daraus machen, Beweiſe an den Tag zu legen, daß Denenſelben die Erhaltung der allgemeinen Ruhe, und beſonders das gute Verſtändniß zwiſchen den beyden Höfen nicht minder, als Ihren K. K. Majeſtäten am Herzen liege.

No. 7.

Memoire du Prince de Kaunitz addreſſé au Baron de Riedeſel, le 7. de Mai 1778.

Sa Majeſté l'Impératrice Reine a déclaré par le Mémoire, qui a été remis au Baron de Riedeſel le 1er du mois d'Avril dernier.

„Qu'Elle adoptera avec plaiſir tout moyen admiſſible, que l'on pourroit juger „propre à maintenir la tranquillité générale, & que les Intéréſſés quelconques à „la Succeſſion Bavaroiſe pouvoient compter, que certainement il leur ſera rendû de ſa part toute la Juſtice, qu'Ils pourroient être fondés de reclamer."

En témoignant de pareilles intentions, Sa Majeſté n'a point imaginé, que ſa Reponſe pourroit être regardée comme devant mettre fin à toute Négociation, & Elle a penſé ainſi aut contraire avoir prouvé bien poſitivement ſes diſpoſitions conciliatoires en déclarant, qu'Elle étoit prête à adopter tout moyen admiſſible, c'eſt à dire tout moyen, qui ne bleſſeroit ni ſa Dignité, ni la Juſtice de ſa Cauſe.

Sa Majeſté n'a point crû pouvoir ſe permettre cependant, d'entrer dans des diſcuſſions ultérieures ſur ſes Droits, parceque ainſi qu'Elle a pû ſe prêter à donner des éclairciſſemens ſur ſes doutes amicalement expoſés, dès le moment, qu'on a jugé pouvoir les Lui préſenter comme des déciſions, il ne Lui a plus été poſſible de pouvoir y repondre, ſans bleſſer Sa conſidération, & Elle n'a pû les admettre par la raiſon, qu'Elle ne penſe pas:

„Que ni ſa qualité d'Electeur ni celle d'un des Principaux Etats de l'Empire „puiſſent Lui donner à Elle même le Droit de s'établir en Juge d'aucun de ſes Co-„Etats."

Sa Majeſté Pruſſienne paroiſſant néanmoins s'attendre à une Réponſe détaillée ſur ſon avant dernier Mémoire, & déclarant en même tems dans le dernier:

„Qu'Elle ne prétend pas s'ériger en Juge & en Tuteur de ſes Co-Etats."

Sa Majeſté l'Impératrice Reine ſe prête volontiers à communiquer actuellement à Sa dite Majeſté la réponſe détaillée, qui avoit été faite dès après que l'on eut reçû ſon avant dernier Memoire, & dont la communication n'a été différée, que par les raiſons ſuſdites.

On croit avoir démontré dans cette Analyſe de l'avant dernier Mémoire de Sa Majeſté Pruſſienne, que tout ſon Contenu, ainſi que ce qui vient d'être repeté dans le dernier, *de l' inſuffiſance notoire des prétentions de la Maiſon d'Autriche, des Entrepriſes injuſtes & violentes, d'une Convention extorquée, de Contraventions manifeſtes à la Bulle d'or, à la Paix de Weſtphalie* &c. n'eſt fondé que ſur des Suppoſitions qui ne ſubſiſtent ni de fait, ni de droit.

Et il en eſt de même des propoſitions contenues dans le dernier Mémoire:

Que le Chef de l'Empire, d'après une juriſprudence inconnue juſqu'ici dans le droit public du Corps Germanique, *n'eſt que le premier Membre de l'Empire.*

Que ce Chef autoriſe le démembrement injuſte de la Bavière en faveur de Sa Maiſon.

Qu'il fait occuper par Ses Troupes particulières un grand nombre des parties intégrantes de ce Duché.

Qu'Il les déclare de ſon autorité privée pour des Fiefs vacans.

Qu'Il en diſpoſe ſans la concurrence de l'Empire contre la teneur de l'Article 3. & 11. de Sa Capitulation &c. &c.

Leurs Majeſtés Imperiales & Royales n'ont pû être inſenſibles à des imputations, qui ſont auſſi contraires aux ſentimens dont Elles s'étoient flattées juſqu'ici de Sa Majeſté Pruſſiene qu'elles ſont éloignés des princeps & de la façon de penſer, dont elles croïent avoir donné des preuves dans tous les tems; mais Elles n'y repondront cependant que par des vérités & par des faits qui ſont de notoriété publique.

Perſonne n'ignore, que la Bulle d'or autoriſe nommément les Electeurs à pouvoir acquérir des Provinces de l'Empire, ſoit en les achetant, ſoit d'autre manière, ſans avoir beſoin pour cet effet d'un conſentement particulier de l'Empereur, & que tous les Etats de l'Empire ont inconteſtablement le droit de pouvoir tranſiger ſur des differends de Cas de Succeſſion.

Sa Majeſté l'Empereur en ſa qualité de Chef de l'Empire n'a point pû mettre obſtacle par conſéquent à la Tranſaction paſſée entre l'Imperatrice-Reine & Mr. l'Electeur Palatin, mais il n'exiſte point de fait que Sa Majeſté Imp. l'ait autoriſée.

Ce n'eſt point d'un grand nombre de parties intégrantes du Duché de Bavaière, mais uniquement des noveaux Acquêts Fiefs de l'Empire, nommement déſignés

dans la Patente du 16. Janvier de cette annèe, & non par ſes Troupes particulières, mais par des Troupes du Cercle, que l'Empereur a fait prendre poſſeſſion des dits Fiefs, & Sa Majeſté n'a fait par-la que ſatisfaire aux devoirs que Lui impoſe Sa Capitulation Art. 11. §. 11. Ce n'eſt pas non plus de ſon autorité privée que Sa Majeſté Imp. a déclaré ces noveaux acquêts pour des Fiefs vacans, attendû qu'ils ſe ſont trouvés l'être notoirement de fait & de droit au moment du dècés du dernier Electeur de Bavière. C'eſt parce qu'ils ſont inconteſtablement vacans, que Son Alteſſe Elect. Palat. a été dans le cas de requérir, ainſi qu'Elle l'a fait par des Lettres circulaires tous Ses Co-Etats, de vouloir bien concourir à Lui en faire obtenir le renouvellement d'Inveſtiture; & ce n'eſt ſans doute, que parce que Sa Majeſté Pruſſienne les a regardés comme effectivement vacans, qu'Elle a crû pouvoir ſe charger d' appuyer de ſes bons offices une Déduction imprimée, qui a parû à Schwerin le 28. Fevrier dernier ſous le titre: „Vorläufige Darſtellung des Rechts des Durchl. Herzoglichen „Mecklenburgiſchen Hauſes, von dem, durch das Abſterben des Durchl. Churfürſten und Herrn, „Herrn Maximilian Joſephs zu Bayern gegenwärtig erledigten, und dem Reich er„öffneten Lehnen, eines oder das andere, in ſpecie die Landgrafſchaft Leuchten„berg, von Sr. Kaiſerl. Majeſtät Allerhöchſt und dem Reiche allerunterthänigſt zu ver„langen und zu gewärtigen."

Enfin l'Empereur non ſeulement n'a point diſpoſé non plus des dits Fiefs vacans ſans la concurrence de l'Empire contre la teneur de l'Art. 3. & 11. de Sa Capitulation, mais Il n'en a diſpoſé encore en façon quelconque. Sa Majeſtè a même déclaré ſolemnellement tout au contraire, tant par Sa Patente, dont il a été fait mention cideſſus, que par Son Reſcript à Sa Principale Commiſſion à la Diéte en date du 17. Janvier: Que ni l'Acte de la Priſe de Poſſeſſion exercée dans les dits nouveaux acquêts en vertu de Sa Capitulation, ni l'adminiſtration, qui y a été établie en conſéquence ne porteroient préjudice à qui que ce ſoit, qui pouvoit y avoir des prétentions fondées, & qu'un chacun ſeroit écouté & ſatisfait à cet égard, ainſi que de Droit.

Toutes les propoſitions auxquelles l'on vient de repondre paroiſſent donc avoir été des Concluſions tirées de Suppoſitions de Faits & de Droits, que l'on a crués exactes, & qui ſe trouvent ne point l'être.

Et Sa Majeſté Imp. déſirant ſincérement, que la fâcheuſe différence d'opinion, qui en a été la ſuite, puiſſe ſe concilier, elle croit devoir rappeller encore une fois à cette fin déſirable, le vrai état des choſes & de Ses intentions.

Le Séréniſſime Electeur Palatin ne reclame point contre la Convention qu'Il a faite avec Sa Maj. l'Impératrice Reine.

Les prétentions de Mr. l'Electeur de Saxe, auxquelles Sa Majeſté n'entend porter aucun obſtacle, ne la regardant, que pour autant, qu'il pourroit s'en trouver de fondées ſur la partie de la Succeſſion Bavaroiſe, qui Lui eſt dévolue par Sa Transaction avec Mr. l'Electeur Palatin; à cet égard Sa Majeſté ne Lui laiſſera rien à déſirer ſur les preuves qui pourront en être données. Et ſur tout le reſte, qui ne peut regarder que l'Agnat héritier du premier Acquereur, Sa Majeſté concourrera volontiers par Ses bons offices à ce qui pourroit équitablement accélerer un accomodement amiable; auquel Son Alteſſe Elect. de Saxe ayant coſtamment déclaré jusqu'ici être diſpoſée, il ſemble que c'eſt tout ce que l'on peut deſirer à cet égard de Sa Majeſté.

La Maiſon de Mecklenbourg demande ou tel, ou tel autre des Fiefs de l'Empire, devenus vacans par la mort du dernier Electeur de Baviére. Elle ne demande

 donc

donc & n'a rien à demander à Sa Majeſté l'Impératrice Reine; Sa Majeſté ſouſcrira volontiers à tout ce que l'Empereur & l'Fmpire jugeront pouvoir Lui accorder; & il s'enſuit par conſéquent, qu'il n'exiſte aucun ſujet de démêlé entre Elle & la Maiſon de Mecklenbourg.

Il ne reſte donc uniquement que Mr. le Duc des Deux-Ponts. Il eſt inconteſtable, que ce Prince n'aura réellement le Droit d'agir & de conteſter que lorsque la Ligne Palatine de Sulzbac éteinte, la Succeſſion pourra ſe trouver dévolûe à celle des Deux-Ponts, & que pendant que la Ligne actuellement regnante exiſte, Elle eſt en droit de ſtatuer à l'égard de Ses poſſeſſions tout ce qui n'eſt pas contraire aux Loix & aux Conſtitutions de l'Empire.

Sa Majeſté a cependant déjà fait déclarer ſolemnellement à la Diéte, que malgré cella Elle étoit prête à donner les mains, à ce que cette conteſtation ſoit examinée & légalement décidée dès à préſent. Et afin qu'on ne puiſſe douter en façon quelconque, que telle ne ſoit poſitivement Son intention, Elle invite même Mr. le Duc des Deux-Ponts à produire les Griefs & les Droits qu'Il croit avoir, de la manière preſcrite par les Loix & les Conſtitutions de l'Empire, afin que les prétentions de Sa Majeſté puiſſent être examinées conjointement avec les Droits de Succeſſion à venir de la Ligne des Deux-Ponts, que les deux queſtions puiſſent être en même tems définitivement décidées, & que l'Exécution du jugement puiſſe enfin être déferée à l'Empereur & à l'Empire & garantie même en tout cas par celles des Puiſſances étrangères qui pourroient en être requiſes.

Il réſulte donc de ce que ci-deſſus.

Que Mr. l'Electeur Palatin ne reclame point contre la transaction, qu'Il a trouvé bon de faire.

Que rien ne s'oppoſe à un accomodement équitable des prétentions allodiales de Mr. l'Electeur de Saxe.

Et que, quant à Mr. le Duc des Deux-Ponts, une Déciſion légale pourra mettre fin à la Conteſtation, qu'Il a jugé à propos d'élever. Et il ſemble par conſéquent, que moïennant cela toutes les voïes de Conciliation ſe trouvent être ouvertes & que l'on devroit eſpérer, de voir ceſſer enfin la facheuſe difference d'opinion, qui s'eſt ſoutenüe jusqu'ici, ainſi que tout ce qui en a été la ſuite.

Sa Majeſté prend plaiſir à S'en flatter, & Elle le deſire d'autant plus, que l'aſſurance que vient de Lui donner Sa Majeſté Pruſſienne: que le maintien de la tranquillité générale & en particulier de la bonne intelligence entre les deux Cours, ne Lui tient pas moins à cœur qu'à Elle, eſt bien parfaitement conforme à Ses vœux & à Ses intentions.

A Vienne, le 7. de Mai, 1778.

Signe, *KAUNIZ RIETBERG.*

No. 8.

No. 8.

RÉPONSE DÉTAILLÉE DE LA COUR DE VIENNE

DU 7. DE MAI 1778.

SERVANT

D'ANALYSE DU MÉMOIRE DE LA COUR DE BERLIN

DU 9. DE MARS

AVEC

DE LA REPLIQUE

DE CETTE DERNIERE COUR A CETTE ANALYSE.

Mémoire préſenté par le Baron de Riedeſel, à Vienne le 9 Mars 1778.

On n'a marqué ici que le commencement & la fin des paſſages de ce Mémoire, auxquels les réponſes ſe rapportent, pour ne pas réimprimer ici le même Mémoire qui ſe trouve en entier à la page 7.

S. M. le Roi de Pruſſe ---- n'a fait que les fortifier & les convertir même en réalités.

Réponſe de la Cour de Vienne.

*On ne devoit point s'attendre à pareil effet de la Note du 16. Fevrier dont il s'agit, & l'on croit devoir penſer encore, quelle eût produit au contraire l'effet, auquel elle étoit deſtinée, ſi les éclairciſſemens qu'elle contient, avoient été tranquillement appreciés. C'eſt dans cette idée, que lon croit devoir analyſer le dernier Mémoire de S. M. Pruſſienne, & il ſemble que les éclairciſſemens ultérieurs, auxquels cette analyſe pourra donner lieu, devroient faire voir les choſes enfin, non pas ce qu'elles ont parû être, mais ce quelles ſont en effet.

La Tranſaction, que Mr. l'Electeur Palatin ---- ſur la Succeſſion de Baviere.

*La Propoſition, que la validité d'une Tranſaction dépend de la validité des prétentions, conſidérée dans ſa généralité n'eſt point admiſſible, parceque ce n'eſt préciſement que ſur des droits conteſtés & douteux qu'une tranſaction peut avoir lieu. Mais en ſuppoſant même cette propoſition exacte, il n'en reſulteroit autre choſe, ſi non que la Tranſaction n'eſt pas valide, lorsque les prétentions qui en ſont l'objet ne ſont pas fondées.

*Or c'eſt ce qui ne peut être decidé que par un accommodement entre les parties intéreſſées, ou par le jugement de leur Tribunal compétent, lorsqu'elles ne jugent pas à propos de terminer leurs différens à l'amiable. Dans le cas dont il s'agit, l'Impératrice-Reine & M. l'Electeur Palatin, actuellement les ſeules parties intéreſſées, ont décidé de la validité de leurs prétentions reſpectives par une tranſaction, & il ſemble par conſéquent, qu'aucun de leurs Co-Etats ne peut être autoriſé à mettre obſtacle à ce dont les parties contractantes ont été en droit de convenir, & à ce qu'elles ont arrêté en conſequence, & beaucoup moins encore de prononcer, qu'aucune des prétentions de S. M. l'Impératrice-Reine ne ſauroit ſubſiſter dans la plus petite partie.

Ces pretentions ont été énoncées ----- de ſon Epouſe Marie Anne fille de Guillaume V. Duc de Bavière.

*Ce n'a été que par une ſuite des égards que S. M. ſe fait un plaiſir de témoigner en cette occaſion aux Cours amies, qu'elle a fait diſtribuer cette Note circulaire, bornée à une ſimple indication des principes & des objets de la Convention qui avoit été arrêtée avec Mr. l'Electeur Palatin. Les explications amicales où S. M. eſt entrée depuis lors avec S. M. Pruſſienne, démontrent aſſez qu'Elle n'eſt pas éloignée à expoſer au grand jour ſes drois & les preuves dont ils ſont appuyés.

Repli-

Replique de la Cour de Berlin.

* La Cour de Berlin a très tranquillement apprécié les éclairciſſemens contenus tant dans la Note de la Cour de Vienne du 16. Févr. que dans la preſente Reponſe & après l'avoir fait ſans prévention ni partialité, dont elle n'a aucun ſujet, elle croit voir les choſes ce qu'elles ſont en effet; mais elle n'a rien trouvé dans les dits éclairciſſements, qui puiſſe lui faire changer le ſentiment annoncé dans ſa Note du 9. de Mars.

* Auſſi longtems qu'on veut reſpecter l'equité, cette propoſition doit être admiſe dans tous les cas des Transactions, dans lesquelles on a mis pour baſe la juſtice de certaines prétentions. C'eſt là le cas de la Convention du 3 Janvier & l'argument qu'on a voulû faire valoir en termes menagés dans la Note du 9. de Mars eſt préciſement celui qu'on eſt obligé de renouveller ici d'après la Réponſe de la Cour de Vienne, ſavoir: que la Transaction du 3. Janv. n'eſt pas valide, parcequ'on y a obligé Mr. l'Electeur Palatin à reconnoitre pour fondées des prétentions, qui ne le ſont pas.

* On pourroit adopter ce principe; mais il s'agit de ſon application. S. M. l'Impératrice-Reine n'a pas fait juger ſes pretentions par le Tribunal compétent; Elle a tranſigé, & d'une manière ſur laquelle il y a beaucoup à dire, ſeulement avec une partie intereſſée, l'Electeur Palatin; mais elle n'a pas tranſigé avec tous les autres Princes Palatins, ni avec l'Electeur de Saxe; ni avec tous les Etats de l'Empire qui ſont tous intéreſſés à la juſte diſtribution de la Succeſſion de Bavière tant pour le preſent que pour le futur & qui ſouffriroient un préjudice irreparable tant pour leurs droits que pour leur ſureté, ſi une transaction auſſi extraordinaire devoir ſubſiſter. Tous ces Princes & Etats ſont donc autoriſés à y mettre obſtacle & à prononcer leur ſentiment ſur les pretentions de S. M. l'Impératrice-Reine.

* Sa Majeſté Pruſſienne a reçu avec reconnoiſſance & comme une marque des égards de S. M. l'Impératrice-Reine; tant la Note circulaire que les explications contenues dans la Note du 16. Févr. mais elle a dû regreter, de n'y pas trouver une expedition convaincante des droits & des preuves ſur lesquelles ſes pretentions ſur la Bavière ſont appuyées. On ignoreroit encore ces preuves, ſi on n'en trouvoit une indication ſuperficielle dans une piece anonyme qui a parû depuis peu à Vienne. Il paroit pourtant, que quand on veut acquérir un grand Duché contre la voix publique de toute l'Allemagne, on auroit pu & dû à temps communiquer à ce public, & ſur tout aux parties intereſſées qui ont été nommées, les preuves de ſes pretentions, ce qui ne s'eſt pas fait pendant les 5 mois qu'on a pris poſſeſſion de la Baviere, que depuis une couple de ſemaines par la ſusdite piéce anonyme.

Mémoire du Baron de Riedeſel. | *Réponſe de la Cour de Vienne.*

La primiere prétention eſt la plus importante & ſi eſſentielle que de ſa deciſion dépend tout le reſte.

* Comme les pretentions de S. M. ſur quelques parties de la Succeſſion de Bavière ſont différentes entr'elles par leur nature, leur origine & leur fondement, l'on auroit de la peine à prouver que la déciſion de l'une emportoit la deciſion de toutes les autres. L'on obſervera auſſi, que dans la prémiere Note on avoit préſenté les fiefs de la Couronne de Bohême, ſitués dans le Haut-Palatinat, comme l'objet principal, en deſtinant même à ſa diſcuſſion un Mémoire ſéparé, tandisque préſentement on le fait dépendre d'un autre point, qui lui eſt entièrement étranger, ſavoir: L'occupation de quelques diſtricts de la Baſſe-Bavière.

Cette déciſion paroit - - - - revoquer en doute dans la Note du 16. Février.

* L'on ne paroit être entré dans tout ce *detail hiſtorique* que pour renforcer l'objection ſuivante: Par la Convention de Pavie, la Bavière & les deux Palatinats ſont chargés d'un Fideicommis inaliénable & inſéparable; donc une Expectative Imperiale ne peut les demembrer.

* Pour y répondre pertinement, l'on commencera par remarquer, que le partage de 1310. n'a pas été ni n'a pû être *renouvellé* par la Convention de Pavie, qui a ſubſiſté à peine trois ans entiers. Dès 1313. les deux Freres par une Convention nouvelle, ſont revenus à la Co-Poſſeſſion de leurs Etats, & l'année ſuivante cette fameuſe querelle, occaſionnée par l'élection de Louis elû Roi des Romains, produiſit le Banniſſement de Rodolphe, & ne ſe termina que par la mort du dernier en 1319. C,'a été dix ans ſeulement après cette Epoque, que l'Empereur Louis a condeſcendu à pardonnner aux enfans de Rodolphe, & que par la Convention de Pavie, faite en 1329. il leur a aſſigné une Partie des Etats qu'il avoit poſſedés ſeul jusqu'alors.

* L'Inſtrument de ce partage n'a jamais été, pour autant qu'on ſache, rendu public d'après l'original. Quelques variations qu'il y ait dans les parties informés & les Extraits qu'en ont donnés differents auteurs, on ne trouve cependant nulle part le moindre indice des clauſes ou des ſtipulations, dont on put inferer l'Inſtitution *d'un Fideicommis inaliénable & inſeparable.*

Répli-

Réplique de la Cour de Berlin.

* Quand on a prouvé, que la ſucceſſion à toutes les parties de la Bavière, & particuliérement à la Baſſe-Bavière apartient excluſivement à la Maiſon Palatine, comme deſcendante avec la Maiſon de Bavière eteinte du premier Acquéreur commun, on croit pouvoir dire, que la deciſion de cette preuve emporte auſſi la déciſion de toutes les pretentions detachées que d'autres peuvent former ſur cette Succeſſion. D'ailleurs la Baſſe-Baviere fait ſans contredit l'objet principal des pretentions de S. M. l'Impératrice-Reine. La Cour de Berlin n'a point préſenté dans ſa premiere Note les fiefs de la Couronne de Bohême ſitués dans la Haut-Palatinat comme l'objet principal; elle n'a fait que ſuivre l'ordre que la Cour de Vienne avoit obſervé dans ſa Note circulaire. Cette obſervation perd donc par cet éclairciſſement toute ſa force.

* Il eſt vrai, qu'on a cru devoir entrer dans ce *detail hiſtorique*, quoique d'une manière auſſi conciſe que poſſible, pour prouver, qu'un pays qui appartenoit à toute la Maiſon de Bavière & Palatine par ſa deſcendance commune des acquèreurs, par le ſyſtême féodal & par la Convention de Pavie, ne pouvoit pas être demembré ni par une Expectative ou Inveſtiture Impériale, ni par la Transaction d'un membre particulier de la Maiſon Palatine.

* Cette remarque paroit tout à fait étrangére à la queſtion, elle n'eſt nullement concluante & peu fondée en elle même. Il eſt conſtant, que les Freres Louis & Rodolphe ont fait un partage de leurs Etats en 1310. que Louis & les deſcendans de Rodolphe ont fait un nouveau partage par la Convention de Pavie de 1329. Si ces partages ont été differens, le dernier n'a pas moins ſervi à *renouveller* le premier pour le fonds & la ſubſtance.

* La Convention de Pavie de 1329. ſe trouve imprimée dans l'Hiſtoire de Bavière de *l'Archivaire Aettenkover*, d'après l'Exemplaire des Archives de Bavière, d'ou on en a inſeré une copie ici parmi les piéces juſtificatives (No. 13.) & dans le Commentaire ſur la Bulle d'or du Sr. d'*Ohlenſchlaeger* d'après une copie des Archives Palatines. Il n'y a aucun lieu de douter de l'authenticité de ces deux Exemplaires imprimés; s'il y en avoit, la Cour Palatine pourra & voudra bien tirer la vérité au clair.

Il eſt ſurprenant, que la Cour de Vienne ne puiſſe trouver dans la Convention de Pavie aucun indice de clauſe ou de ſtipulation, dont on puiſſe inférer l'inſtitution d'un *Fideicommis inaliénable* & *inſeparable*. Il y eſt ſtipulé en termes exprès dans les paſſages marqués en caractéres differens: *que ſi une des parties contractantes venoit à manquer ſans heritiers, ſes Etats & païs & la voix Electorale devoient recomber à l'autre partie & à ſes heritiers; qu'aucune des deux parties ne devoit rien vendre, ni hypothequer, ni échanger de ſes Etats, biens, & fortereſſes, que la plus belle partie de l'héritage, la dignité Electorale, reſteroit commune, & que les ſujets de la branche contrevenante à cette Convention euſſent à obeir à la branche lezée.* Tout le monde impartial reconnoitra, que cette ſtipulation, ſans exprimer les termes *Fideicommis* & de *Condominium* moins uſités par ce tems-là, en contient toute la force & toutes les qualités, puisque les Princes contractants ſe promettent non ſeulement pour eux, mais auſſi pour leurs heritiers la Succeſſion mutuelle de tous leurs Etats, & s'en défendent reciproquement toute alienation.

Réponſe de la Cour de Vienne.

* Mais en ſuppoſant, que le titre original contienne en effet de pareilles clauſes, encore eſt-il conſtant en droit, qu'une Convention perd ſa valeur, lorſque les Contractans l'ont réſoluë, ſoit par un conſentement exprès, ſoit tacitement & par leur propre fait. C'eſt préciſement le cas de la Convention de 1329. & pour ne parler que des objets, qu'on ſuppoſe y avoir été réglés, l'on obſervera que l'article d'une *aſſiſtance mutuelle* a ſouvent été perdu de vuë; que celui *de n'en jamais rien ceder, ni vendre, ni aliener autrement,* n'a pas été plus reſpecté, & qu'enfin l'on s'eſt écarté dès le commencement, du principal de tous, ſavoir: de la prétenduë *ſucceſſion reciproque à la dignité Electorale & dans tous leurs Etats.* Car comment peut-on concilier avec ce dernier article le Contract de mariage entre l'Empereur Charles IV. & la Princeſſe Anne, par lequel il a été ſtipulé, que ſi le Pere de cette derniere, le Comte Palatin Rodolphe, venoit à mourir ſans enfans mâles, ſes Etats paſſeroient à ſa fille. Il faut donc, ou que la Convention de Pavie n'ait pas contenu de pareilles ſtipulations, ou bien qu'elle ait été invalidée d'abord après ſa concluſion par des faits contraires à ſa teneur. Auſſi la Maiſon Palatine a-t-elle ſoutenu dans ſon Manifeſte de 1637. que la Convention de Pavie n'a jamais ſorti ſon effet. Et dans un autre Manifeſte de 1640. elle la donne pour un Pacte, fait d'autorité privée, & qui n'eſt point revêtu de l'approbation de l'Empire. C'eſt donc à la Convention de Pavie, qu'on peut appliquer avec raiſon, ce qui eſt dit *des inveſtitures particulieres données en* 1631. *&* 1706. & lui attribuer en conſéquence le caractere *d'une Transaction toute momentanée & non permanente.*

Mémoire du Baron de Riedeſel.

Cette Convention de Pavie emanée - - - - - - - - & nommement en 1425. 1524. 1724. 1746. *&* 1766.

Réponſe de la Cour de Vienne.

* On doute qu'en 1425. les deux Branches ayent renouvellé leurs Pactes de famile, d'autant que c'eſt préciſément à cette année-là, que ſe rapporte l'événement de la Branche de Straubing. Quant à la Convention de 1524. la Maiſon Palatine dans le Manifeſte reclamé ci-deſſus de 1640. a prouvé, qu'il ne s'y étoit agi que d'un renouvellement d'amitié, & qu'elle n'a pû ajouter aucun nouveau poids au Traité de Pavie, la confirmation n'ayant pas plus de force que n'en a 'la choſe confirmée. Ce Principe ſoutenu alors par la Cour Palatine à la face de l'univers, peut auſſi être appliqué aux autres conventions qu'on cite.

Elle affecte par conſequent dans ſes ſtipulations - - - - - - à ſa ligne.

* L'on convient ici, que l'Empéreur Louis ne poſſedoit pas en 1329. Epoque du Traité de Pavie, la *Baſſe-Bavière,* puiſqu'il ne l'a réunie à ſa ligne qu'en 1340. Il conſte de plus par l'hiſtoire, que les Ducs particuliers des cette Province n'ont pas été au nombre des Parties contractantes aut dit Traité, & que lorſque leur deſcendance mâle s'éteignit, les Comtes Palatins du Rhin, répreſentans la Branche ainée de toute la Maiſon, prétendirent à la Succeſſion de ce Duché, mais que l'Empéreur Louis les réunit à ſes autres Etats ſans avoir égard à leur reclamation.

Tous

Replique de la Cour de Berlin.

* C'eſt un principe de jurisprudence nouveau & non admiſſible, que la Cour de Vienne ne voudra certainement pas admettre dans d'autres cas, qu'une Convention perd ſa force, parce qu'elle n'a pas toujours été exactement obſervée dans tous les cas, par l'une ou l'autre des parties contractantes. Les exemples alleguées de l'Empereur Charles IV. & de la theſe ſoutenuë par la Maiſon Palatine en 1640. ne prouvent que des tentatives, contraires à la verité du fait, & à la iuſtice, faites dans certaines occaſions, & dans des vues particulieres, mais qui n'ont point eu de ſuites ni d'effet. Il ſuffit, comme on a prouvé ſans replique, que la Convention de Pavie a été faite par un Empereur avec l'approbation de tous les Electeurs, dont les lettres de conſentement ſont imprimées, que depuis le tems de ſa concluſion jusqu' à la fin de l'année paſſée, elle a été regardée & alléguée en toute occaſion par les chefs & les Princes des deux Maiſons de Bavière & Palatine comme une Sanction Pragmatique & loi fondamentale de leur Maiſon, & qu'elle a été renouvellée comme telle dans le grand nombre des Pactes de famille de 1524. 1724. 1746. 1766. & 1771. & dont celui de 1766. ſe trouve ici d'après une copie authentique parmi les piéces juſtificatives No. 15. deſorte que c'eſt très à tort, qu'on veut la faire paſſer ici pour une *Transaction momentanée & non permanente.*

* On ne pretend pas décider, ſi les deux Maiſons ont renouvellé leurs Pactes de famille 1425. comme on en a trouvé une citation; mais il eſt très ſur, que dans l'Union conclue en 1524. on a nommement rappellé, & confirmé la Convention de Pavie de 1329. comme on peut le voir par l'Union de 1524. que le Profeſſeur *Wedekind* a publié d'après les archives Palatines dans une Diſſertation imprimée. Il ne s'y eſt donc pas agi d'un ſimple renouvellement d'amitié & le point de la ſucceſſion reciproque y a été ſuppoſé comme une choſe qui s'entendoit de ſoi même. Ce renouvellement du Traité de Pavie s'eſt fait expreſſement & principalement pour *l'article de la ſucceſſion reciproque*, de la manière la plus poſitive & la plus ſolemnelle dans la Convention de 1766. ci jointe ſous No. 15. Il eſt indifférent de diſcuter ſi ces renouvellements ont donné plus de force au Traité de Pavie, il ſuffit qu'ils lui ont donné une *nouvelle force*, & l'ont rendu permanent,

* Toute cette concluſion, qui eſt fondamentale pour la pretention de la Cour de Vienne, perd entierement ſa force par les raiſons ſuivantes. La Succeſſion de la Baſſe-Bavière appartenoit à tous les Princes de la Maiſon de Bavière & Palatine en 1329. en 1340. en. 1425. en 1777. & en tout tems, en vertu du droit féodal, de celui du ſang & de leur deſcendance commune de l'aquereur, indépendament du Traité de Pavie. Il feroit donc indifferent, que les Ducs de la Baſſe-Bavière ayent concouru en 1329. à la concluſion du Traité de Pavie, ou non. Il ſuffit, que tous les autres Princes Palatins & de Bavière ayent conclu ce Traité de Succeſſion pour tous leurs Païs, parmi lesquels il ne pouvoient que comprendre auſſi ceux dont la Succeſſion leur étoit déjà aſſurée par les loix & le droit du ſang & d'agnation, auxquels ils ont effectivement ſuccedé enſuite & y ont transporté par là les ſtipulations du Traité de Pavie. Une preuve indubitable, que telle a été leur intention & que les

Réponſe de la Cour de Vienne.

Tous ces faits prouvent clairement, d'un côté, que la Duché de la Baſſe-Baviere n'a pas été au nombre des objets reglés dans la Convention de Pavie, & de l'autre, que ſi dans cette Convention il y a eû quelque clauſe établiſſant un Fideicommis, elle ne pouvoit aucunement affecter cette partie de la Baviere.

Mémoire du Baron de Riedeſel.

C'eſt une Sanction Pragmatique - - - - - non plus que l'Empereur même.

Réponſe de la Cour de Vienne.

* Tout ce qui a été rapporté ci-deſſus d'après les monumens hiſtoriques du tems & les Manifeſtes Palatins de 1637. & 1640, prouve aſſez, que les qualifications de Sanction Pragmatique & de loi fondamentale, ne ſauroient être attribuées au Traité de Pavie, Traité d'ailleurs qui ne regarde nullement la Baſſe-Bavière, dont uniquement il eſt queſtion ici.

* Il en eſt tout autrement de l'ordre de Succeſſion établi en 1473. pour la Maiſon de Brandebourg, par lequel il a été réglé en termes exprès, que lorsqu'il n'exiſteroit qu'un ſeul Marggrave, celui-çi réuniroit tous les Etats poſſedés par les trois branches, mais qu'auſſitôt, qu'il y auroit deux mâles dans la maiſon, l'un poſſederoit l'Electorat, & l'autre les Païs ſitués en Franconie. Cette Conſtitution Albertine a non ſeulement la propriété d'une vraïe Sanction Pragmatique, mais auſſi d'un ordre de Succeſſion fondé ſur les loix de l'Empire. C'eſt une vraïe Sanction Pragmatique, parceque dans cette Maiſon elle a été la Baſe de toutes les autres Conventions & Diſpoſitions poſtérieures, qu'on l'a conſiderée comme une Conſtitution perpétuelle de la famille, (Statutum gentilitium perpetuum) & qu'elle a ſervi de regle invariable dans tous les cas de Succeſſion qui ſe ſont préſentés.

C'eſt

Réplique de la Cour de Berlin.

les mêmes Princes, qui ont conclu le Traité de Pavie & qui ont transferé en 1340 aux Ducs de la Haute-Bavière, la ſucceſſion de la *Baſſe Bavière*, en ont auſſi aſſuré la Succeſſion eventuelle aux Comtes Palatins, ſe trouve dans le pacte d'Ingolſtadt de 1348. cijoint (No. 14) & dont l'original exiſte a Munich, *par lequel le Comtes Palatins renoncent en faveur des Ducs de la Haute-Bavière contre un dedommagement de* $\frac{60}{m}$ florins, *au droit qu'ils avoient à la Baſſe-Bavière après la mort de leur Couſin Henri, juſqu'au tems que leurs Couſins les Ducs de Haute-Bavière n'exiſteroient plus & que la Baſſe Bavière retomberoit ainſi à eux ou à leurs héritiers pour cauſe de mort.* Il n'y a rien de plus decifif; la reſervation expreſſe de la ſucceſſion qui y eſt contenue, ainſi que dans le Traité de Pavie, & la Coinveſtiture que l'Empereur Rodolfe I. a donnée en 1281. aux deux fils de Louis II. auteurs de la ligne Palatine & de celle de Bavière ſur tous les états de Bavière, ſuffiſent pour en aſſurer la compoſſeſſion & la ſucceſſion à ces deux lignes & à tous les Princes Palatins auſſi longtems qu'il en n'exiſte. Elles detruiſent en même tems le fantome d'un *partage abſolu* (Todtheilung) que quelques ecrivains flatteurs de la Cour de Vienne ont inventé depuis peu pour étayer ſa prétention, ſans ſonger, que ce principe s'il étoit fondé, pourroit rendre le fief de la Baſſe-Bavière ouvert à l'Empire, mais non à la Maiſon d'Autriche. Enfin comme les Princes Palatins & de Bavière, après avoir reuni en 1340. la Baſſe-Bavière au reſte de la Bavière ont expreſſement renouvellé dans leurs Pactes de famille de 1524. & de 1766. le Traité de Pavie & l'ont formellement étendu à toutes leurs poſſeſſions, il s'enſuit, que la Succeſſion mutuelle, la compoſſeſſion, l'inalienabilité & toutes les autres ſtipulations du Traité de Pavie affectent autant la *Baſſe* que la *Haute-Bavière.*

* On croit avoir ſuffiſamment refuté tout ce qui a été allegué pour conteſter au Traité de Pavie la qualification de Sanction Pragmatique & de loi fondamentale. S'il pouvoit encore reſter la moindre doute là-deſſus, on n'a qu'à lire les Pactes de famille de 1524. & de 1766. où les deux Chefs de la famille, l'Electeur Palatin & celui de Bavière, diſent dans les termes les plus expreſſifs, que le Traité de Pavie étoit *la loi fondamentale & pragmatique de leur Maiſon & de leurs Ancêtres.* C'étoit à ces Princes à connoitre & à determiner la qualité & la nature de leurs Pactes.

* Cette Rémarque & comparaiſon eſt ici hors de ſa place. Si elle étoit même fondée, elle ne devoit ſelon les regles de la juſtice aucunement influer ſur l'affaire de la Succeſſion de Bavière, à la quelle elle eſt entierement etrangère. S. M. Pruſſienne ne s'eſt jamais declaré hors de ſa Maiſon ſur la Succeſſion aux païs d'Anſpach & de Bareith. Elle croit, que cet objet n'appartient qu'à la Maiſon de Brandebourg ſeule, qui a toujours été en droit & en poſſeſſion de regler ſa Succeſſion comme une affaire domeſtique entre elle même & du conſentement de ces membres. On croit donc pouvoir ſe diſpenſer de repondre en detail à toutes ces aſſertions & concluſions gratuites & on ſe borne a y contredire en général. On ne perſuadera jamais, que cette Remarque n'ait été faite, que dans le bût indiqué ici; il eſt plûtot viſible, & il s'eſt aſſez manifeſté dans le cours de la negociation, qu'on ne l'a faite que pour ſuſciter une difficulté à S. M. Pruſſienne & pour l'engager par là à conſentir au demembrement injuſte de la Bavière & qu'à ce prix là on ne ſe fait aucun ſcrupule de déroger à la pretendue Sanction

pragma-

Réponſe de la Cour de Vienne.

C'eſt ſi bien un ordre de Succeſſion fondés ſur les loix de l'Empire, qu'il a été confirmé par l'Empereur Fréderic IV. & tout l'Empire, & que l'Inſtrument de confirmation invalide d'avance tout ce qui pourroit être altèré ou innové à cet égard.

Cette remarque n'a été faite cependant, que pour déterminer la différence qu'il y a entre la réunion faite après la mort du dernier mâle de Bavière, & celle qui pourroit avoir lieu lors de l'extinction de la Branche de Bareuth en faveur de la Primogéniture de la Maiſon de Pruſſe, la premiere réunion n'ayant été defenduë par aucun eſpèce de loi, tandisque l'autre ſeroit contraire aux Conſtitutions de l'Empire & à une Sanction Pragmatique, à laquelle on ne ſauroit deroger.

Mémoire du Baron de Riedeſel.	*Réponſe de la Cour de Vienne.*
La Convention de Pavie n'eſt d'ailleurs - - - - - - l'une à l'extinction de l'autre.	* La Convention de Pavie ne paroit en aucune manière pouvoir être envisagée comme une ſuite du ſyſtême féodal.

L'Empereur Louis, après avoir mis ſon frère Rodolphe au Ban de l'Empire, n'étoit nullement obligé à redintegrer la deſcendance de ce Prince depoſſedé. S'il s'y porta en 1329. c'a été librement & de plein gré. Il ſuit delà, que les droits de la Branche rehabilitée ne doivent pas être determinés par le ſyſtême féodal commun; mais uniquement d'après les termes de la reſtitution, operée par le Traité de Pavie, & comme il n'y a pas été ni pû être queſtion de la Baſſe-Bavière, l'Empereur a été en droit de ſe l'approprier.

Ces frequens partages - - - - - - maiſon étrangère.	* L'on n'a cité dans la note du 16. Février les frequens Partages fait entre les Branches de Bavière, que pour répon-

dre à une aſſertion de la prémiere Note de la Cour de Berlin, portant, que la Bavière étoit *un grand Electorat, chargé de l'indiviſibilité par l'article* 25. *de la Bulle d'or.* Comme on convient de la réalité de ces partages, il ne peut plus être queſtion d'oppoſer cette indiviſibilité à la Convention arretée avec Mr. l'Electeur Palatin. Cet éclairciſſement repond auſſi à la remarque: que ces frequens Partages ne ſauroient autoriſer une ſeparation & alienation *en faveur d'une Maiſon étrangère.* La Maiſon d'Autriche ne fonde pas ſon droit ſur ces partages, mais prouve uniquement par leur moyen, que l'indiviſibilité ne peut pas être oppoſée au droit qu'elle a acquis par l'Inveſtiture de l'Empereur Sigismond, de même qu'on ne peut ſoutenir, que la Baſſe-Bavière *eſt chargé d'un fideicommis inalienable par le Traité de Pavie*, puisque ce Païs appartenoit alors à une branche qui n'a point concourû à ce Traité, ainſi qu'il a été demontré invinciblement.

On

pragmatique de la Maiſon de Brandebourg. Quoiqu'il en ſoit, la concluſion qu'on fait ici, ſe trouve detruite par tout ce qui precéde. Tout le monde impartial tournera ſurement contre la Cour de Vienne la comparaiſon ſinguliere, qu'elle veut faire entre la ſucceſſion inconteſtable de la Maiſon de Brandebourg à ſes Etats héreditaires de Franconie, & entre le demembrement de la Bavière que la dite Cour veut faire ſans aucun titre valable, en oppoſition ouverte du Traité de Pavie & contre la loi générale de l'Empire, qui ne permet pas, que quand une Branche d'une maiſon vient a manquer, une Maiſon étrangère s'arroge les fiefs maſculins qu'elle a delaiſſées & l'ote aux branches encore ſubſiſtantes de la famille éteinte, ce qui eſt le cas preſent.

* La Convention de Pavie ſera toujours une ſuite du ſyſtême féodal, parcequ'elle y eſt conforme, & que la ſucceſſion mutuelle de deux Branches d'une Maiſon y eſt établie dans l'une comme dans l'autre, de ſorte que celle des Maiſons de Bavière & Palatine auroit lieu par le ſyſtême féodal independament de la Convention de Pavie & que cette Convention n'a fait que confirmer le ſyſtême féodal. C'eſt là ce qu'on a allegué & ſoutenu dans la Note du 9 de Mars. Ce principe n'eſt pas enervé par la concluſion faite ici, & les actions de l'Empereur Louis envers la Maiſon Palatine, dont on ne veut pas diſcuter ici la juſtice, ne ſauroient donner à la Maiſon d'Autriche le droit d'oter à la Maiſon Palatine la Baſſe-Bavière. D'ailleurs ſi ce pays n'a pas apartenu lors de la concluſion du Traité de Pavie aux parties contractantes, il n'en a pas été exclû; ce Traité y a été même étendu enſuite par le renouvellement qui en a été fait après la reunion de la Baſſe-Bavière, & même dans le tems de cette reunion, les Princes des deux Maiſons ont reconnu & confirmé par la chartre alleguée de 1348. la ſucceſſion eventuelle de la Maiſon Palatine en Baſſe-Bavière, ce qui prouve aſſez, que ni la proſcription du Comte Palatin Rodolphe ni le Traité de Pavie n'ont en rien alteré l'ancien ſyſtême & le droit de ſucceſſion de la Maiſon commune Palatine & de Bavière, mais que cet ordre de ſucceſſion eſt toujours reſté le même.

* Tout le monde impartial reconnoitra, que les partages faits dans une Maiſon commune comme celle de Bavière & la Palatine ne ſauroient autoriſer une alienation en faveur d'une Maiſon étrangère, ni faire ceſſer *l'indiviſibilité* ou plûtot *l'inalienabilité* dont les Electorats ſont chargés par l'art. 25. de la Bulle d'or. On ne veut pas diſcuter ici, ſi la Bavière, qui a été ſi longtems un Electorat, & qui a de tout tems apartenu par le droit de Succeſſion aux Electeurs Palatins, ne doit pas participer à l'inalienabilité des Electorats. On n'a auſſi nommé dans la prémiere Note la Bavière qu'un Duché & le mot d'Electorat a du ſe rapporter à l'Electorat Palatin. Tant y-a, que le Haut-Palatinat a apartenu du tems de la confection de la Bulle d'or à l'Electorat Palatin & ne fauroit par conſéquent pas en être aliené, comme l'Empereur Sigismond & S. M. l'Imperatrice-Reine ont taché de le faire. Pour repondre à ce qui eſt dit ici à la fin, on ne ſauroit que répeter, que le Traité de Pavie par ſon renouvellement a été étendu à la *Baſſe-Bavière* & qu'independament de ce Traité, le Fideicommis inalienable y étoit déjà affecté, en vertu du droit de Succeſſion acquis à toutes les branches des deux Maiſons par leur deſcendance des acquereurs, & par la reſerve de reverſion contenue dans la chartre de 1348.

Mémoire du Baron de Riedeſel. *Réponſe de la Cour de Vienne.*

On aſſure à la verité - - - - toujours acquieſcé.

* Dans ce raiſonnement tout ſe reduit aux deux queſtions, que voici:

1) Eſt-il conſtant, *que l'Empereur Sigismond ne pouvoit de droit ni confisquer, ni donner à une Maiſon étrangère la Baſſe-Bavière.*

2) Eſt-il conſtant, *que l'Empereur Sigismond adjugea toute la Baſſe-Bavière aux quatre Ducs de la Haute-Bavière ſans faire aucune attention à la Maiſon d'Autriche?*

Pour répondre à la prémiere queſtion, on obſervera: Que d'après les loix fondamentales d'Allemagne, dans tout Partage le conſentement du Suzerain eſt néceſſaire pour aſſurer reciproquement la Succeſſion d'une Branche à l'autre; d'où il ſuit, que lorsque les partages ſe font, comme ceux entre les Princes de Bavière en 1349. & 1353. ſans l'agrément de l'Empereur, l'on ne peut pas conteſter au Chef de l'Empire, le droit qu'il a en ſa qualité de Seigneur Suzerain, de retirer la Portion de la Branche, dont la deſcendance féodale eſt éteinte. C'eſt ſur ce droit inconteſtable, que l'Empereur Sigismond a fondé ſon arrêt, rendu en preſence & de l'avis *de pluſieurs Princes du St. Empire & autres Eccléſiaſtiques & Seculiers, Prélats, Comtes, Barons, Chevaliers*, parmi lesquels on doit diſtinguer le Duc Jean, Comte Palatin du Rhin. On trouve dans cet arrêt un Paſſage, qui confirme ce qu'on a avancé ſur la reverſibilité des partages; il y eſt dit en termes exprès: *que nous aurions pû retenir ce Païs, ſi nous n'avions mieux aimé temperer par la clemence la rigueur de la Juſtice.* Si l'Empereur Sigismond étoit en droit de retenir ces Païs, il étoit donc auſſi néceſſairement en droit de les confisquer & de les donner.

La ſeconde queſtion trouve également ſa réponſe dans la teneur de l'arrêt reclamé. On y voit:

* Que les droits de l'Empereur ſur la Baſſe-Bavière comme fief vácant de l'Empire y ſont preſuppoſés.

* Qu'on n'a pas infirmé l'Inveſtiture du Duc d'Autriche, emanée de l'Autorité Impériale & fondée ſur ces droits.

* Que la nouvelle donation de la Baſſe-Bavière aux Ducs de la Haute ne s'eſt pas faite *ex debito juſtitiæ.* Qu'elle a été obtenuë au contraire purement *in via gratiæ*, et d'après l'arrêt, par *grande & ſpeciale grace.*

* Qu'en-

Réplique de la Cour de Berlin.

* Il n'exiſte point de *vèritable Loi fondamentale d'Allemagne*, qui exige le conſentement du Suzerain comme néceſſaire pour aſſurer la Succeſſion d'une Branche à l'autre, & qui donne à l'Empereur le droit, que lorsque les partages ſe font ſans agrement, il puiſſe retirer la portion de la Branche eteinte. Les compilations d'anciens uſages qu'on allegue pour cet effet, n'obligent pas la Bavière & ne parlent d'ailleurs que des fiefs dont les poſſeſſeurs avoient fait un *partage abſolu* (Todtheilung); mais ils ne ſauroient être apliqués au fief de la Bavière, dont les deux Branches ſe ſont tant de fois aſſuré la compoſſeſſion & la Succeſſion eventuelle. Ce ſeroit établir le principe le plus dangereux, le plus deſpotique & le plus contraire à la qualité héreditaire des fiefs de l'Empire, lesquels ayant été une fois accordé par l'Empereur & l'Empire à une famille, paſſent d'une Branche à l'autre néceſſairement & par le droit d'héredité. On n'a jamais accordé un pareil droit aux Empereurs; au contraire ils ont toujours promis dans leurs Capitulations anciennes & modernes art. 1. §. 9. & art. 11. §. 2. de maintenir les Unions, les confraternités & les Pactes des Princes, ſans s'en arroger le droit d'une confirmation particuliere, ni en demander même l'exhibition. On pourroit alleguer bon nombre de ſentences, par les quelles les Tribunaux de l'Empire ont ajugé des fiefs ſur des pactes de famile *non confirmés* & attaqués par des Agnats mecontens ou par des *Suzerains* qui n'avoient pas conſenti, comme dans les cas de Saxe-Cobourg, Montbeillard, Sayn-Hachenbourg, Rochefort &c. Les Princes d'Allemagne ont fait une infinité de Partages, ſans l'agrement & l'intervention des Empereurs; les Ducs de Bavière en avoient auſſi fait en 1349. en 1353. & en 1393. & bon nombre d'autres, ſans que les Empereurs y ſoient intervenus, ni qu'ils ayent contredit: c'étoit donc l'obſervance conſtatée de la Maiſon de Bavière & ces partages n'étoient auſſi qu'une ſuite & l'execution de celui de Pavie fait par un Empereur même. Si l'Empereur Sigismond dit dans ſa ſentence de 1329. *qu'il auroit pu retenir la Bavière*, c'eſt une ſuppoſition gratuite de ſon fisc & de ſa Chancellerie, qui ne fait pas une loi de l'Empire & qui eſt plûtot contraire au droit féodal; il n'y eſt pas dit, que les Ducs de Bavière, ni que le Comte Palatin préſent à ce jugement ayent conſenti à cette allegation, au contraire les premiers ont ſoutenu ſelon la ſentence même leur droit héreditaire & ont emporté le païs qu'on vouloit leur conteſter. C'étoit l'uſage de ce tems-là de nommer pour Temoins des Actes publics tous les Princes qui étoient préſents à la Cour de l'Empereur, ſans qu'ils y priſſent autrement part & la Chancellerie mettoit dans ces actes tout ce qu'elle vouloit, ſans que les Princes, qui n'y mettoient jamais leur ſignature, ſçuſſent ce qu'on y avoit mis en leur nom.

* On a déjà prouvé, que c'eſt une ſuppoſition erronée, gratuite, contraire au droit féodal & qui n'a pas été reconnue par les parties intereſſés.

* Cette inveſtiture a été de fait infirmée par l'acte ou la ſentence de 1429. qui a adjugé la Baſſe-Baviére aux Ducs de la Haute-Bavière. Independament de cela, elle étoit nulle par elle même, n'ayant pu être donnée au préjudice des droits héreditaires des Ducs de Bavaiére.

* Ces concluſions tombent d'elles mêmes, n'etant fondées que ſur des ſuppoſitions gratuites & arbitraires de l'Empereur ou de ſon juge, aux quelles les Ducs de Baviére ont ſi peu acquieſcé, que ſelon la teneur de la ſentence même, ils ont ſoutenu & prouvé leur droit de ſucceſſion héreditaire par les lettres d'inveſtiture & la Bulle d'or.

Réponſe de la Cour de Vienne.

* Qu'enfin on y a attaché la clauſe formelle : *Nous reſervons néanmoins expreſſement les droits de toutes autres perſonnes, qui croyent avoir des pretenſions ſur ces Païs.*

* Or il conſte, que dans ce tems-là, les Ducs de Baviere n'ont eu d'autres Competiteurs à ce païs que l'Empereur Lui-même & le Duc Albert. La Maiſon Palatine a d'ailleurs ſi peu ſongé de proteſter contre les principes conſignés dans cet arrêt, qu'elle y a acquieſcé, même par l'invention de Jean Comte Palatin du Rhin, en qualité de temoin. On conclut donc, que ce document ſert à prouver deux points importans, ſavoir: La caducité du fief de la Baſſe-Baviére, & la conceſſion gratuite qui en a été faite aux Duc de la Haute: il en réſulte en même tems, que la Maiſon Palatine eſt auſſi peu fondée préſentement à prétendre à ce païs, qu'elle l'auroit été alors à réclamer contre l'Inveſtiture de la Maiſon d'Autriche. Toute donation nouvelle ne régarde uniquement que la Maiſon inveſtie, & comme dans le cas dont il s'agit, cette Maiſon eſt eteinte par la mort de Mr. l'Electeur Maximilien Joſeph, la partie de la Baſſe-Bavière, qui faiſoit l'objet de la donation, ne peut paſſer à la branche collaterale Palatine, qui n'avoit pas été compriſe dans l'Inveſtiture; elle ne peut non plus pas retourner à l'Empereur & à l'Empire, attendu que celui-là s'étoit déjà deporté du droit, qui lui competoit alors excluſivement, en faveur de la Maiſon d'Autriche; il s'enſuit donc néceſſairement, que cette derniere doit rentrer dans la poſſeſſion & la jouïſſance d'un païs, qui lui eſt devolu, & que par-là tout ſera remis dans ſon prémier état.

Réplique de la Cour de Berlin.

* Cette clauſe ne donne pas plus de droit aux prétendans, q'autant que leurs prétentions étoient fondées en elles mêmes. Elle paroit d'ailleurs ſe rapporter au droit mais non fondé que le Duc Albert prétendoit ſur la Baviére du Chef de ſa mere ſoeur du dernier Duc de Straubing.

* Toute cette ſuite de concluſions & de raiſonnemens tombe de ſoi même avec les principes précaires, ſur les quels elle eſt batie. *La caducité* de la Baſſe-Baviére pour cauſe des partages faits ſans l'agrement de l'Empereur eſt une aſſertion gratuite du Juge Imperial; elle n'a pas été reconnue ni par les Ducs de Bavière, qui ſelon la ſentence même ont plutôt ſoutenu leur droit héreditaire, ni par les Comtes Palatins, la préſence d'un ſeul comme Temoin ne pouvant impliquer une pareille agnition, ni préjudicier au reſte de la Famille; ni enfin par l'Empire, ce qui auroit été néceſſaire. Pour produire un effet legal, cette prétendue caducité du fief de la Baſſe-Bavière auroit du être jugée & declarée par un jugement des *Pairs* d' Allemagne en Allemagne même, non par une ſentence d'arbitrage comme celleci prononcée à Presbourg en Hongrie par quelques Juges arbitres choiſis de pluſieurs Nations. Dès que la caducité, de la Baſſe-Bavière eſt detruite, la nouvelle donation gratuite qu'on veut établir ſur cette caducité tombe avec ſon principe, de même que l'induction, que cette nouvelle donation n'avoit été faite qu' à la Maiſon des Ducs de la Haute-Bavière eteinte par la mort du dernier Electeur & non aux Comtes Palatins. Tout au contraire, la Maiſon Palatine ayant dès lors un droit de ſucceſſion acquis ſur la Baſſe-Bàvière par ſa deſcendance de l'acquereur, & par les Conventions de Pavie & d'Ingolſtadt, ni les fautes des Ducs de la Baſſe-Bavière, s'il y en avoit réellement, ni la ſentence de l'Empereur Sigiſmond, qui étoit prononcée dans la cauſe de ces Ducs, non contre la Maiſon Palatine, ne pouvoient porter aucun préjudice à cette Maiſon, mais ſans être compriſe dans la donation ou nouvelle inveſtiture dont elle n'avoit pas beſoin, elle devoit ſucceder à ce fief acquis ex *providentia majorum*, dans tous les cas où il devint vacant ſoit par la felonie, ſoit par l'extinction des Ducs de Bavière, & l'Empereur ne pouvoit ni le confiſquer, ni le donner à une Maiſon étrangère. En mettant même de côté le droit des Comtes Palatins, il s'agit ici de la queſtion principale, ſi & de quelle manière l'Empereur Sigiſmond a conferé le fief de la Baſſe-Bavière à la Maiſon d'Autriche? La Cour de Vienne n'a pas jugé à propos jusqu'à préſent de produire d'une manière publique & authentique, le fondement des droits qu'elle croit avoir à cet égard; elle ne le fait même ici que ſuperficiellement & d'une manière, qu'on eſt obligé d'y ſuppléer pour les faits. Ce n'eſt que depuis peu, qu'on voit dans une piece anonyme publiée à Vienne ſous le Titre de *Penſées impartiales*, un Diplome de l'Empereur Sigiſmond du 10. de Mars 1426. dans lequel il confere à Albert Duc d'Autriche non le droit de l'Empire, mais *ſon droit* à la Baſſe-Bavière, ce qui paroit denoter le droit que ce Duc prétendoit avoir ſur la Baſſe-Bavière du chef de ſa mére ſœur du dernier Duc, mais qui ne pouvoit pas lui donner un droit de ſucceſſion ſur un fief maſculin. Sigiſmond a donné le même jour & dans les mêmes termes, des lettres d'inveſtiture pareilles à Guillaume & à Henri Ducs de Bavière ſelon la copie qu'on en a ce qui prouve, qu'il a donné des lettres d'inveſtitures & de *Muthſcheine* à tous les pretendans & qu'il n'en a pas exclu les Ducs de Bavière. Enſuite on a publié dans la même piéce anonyme l'extrait d'une eſpèce de Traité du 21. Mars 1426. par lequel Sigiſmond declare: „Que le fief de „la Baſſe-Bavière étant devenu vacant à l'Empire, il vouloit le garder pour lui-même „& ſes héritiers mâles; que s'il en manquoit, la Baſſe-Bavière devoit retomber à ſa

Réponſe de la Cour de Vienne.

A quoi l'on croit devoir ajouter les remarques & les faits ſuivants:

1) La prétenduë *neceſſité de conſentement de l'Empire avant les Capitulations* n'a jamais été reconnue dans l'Empire.

Réplique de la Cour de Berlin.

„fille Eliſabeth epouſe d'Albert Duc d'Autriche & à *leurs héritiers*, & que ſi elle „n'en laiſſoit auſſi pas, la Baſſe-Bavière devoit echeoir *au Duc Albert & à ſes héri-„tiers*." Comme on n'a publié cette piéce, que par un extrait mutilé, la Cour de Berlin ſe voit obligée de publier ici ſous No. 15. 16. d'après des copies vidimées, tant la lettre d'inveſtiture du 10. de Mars, que le Traité du 21. Mars 1426. On n'a qu'a lire ces deux pieces, pour ſe convaincre, que Sigismond embaraſſé dans le choix de pretextes frivoles pour favoriſer ſa famille, a donné en onze jours de tems deux & même plus d'actes d'inveſtiture qui ſe detruiſent mutuellement, en conferant au Duc Albert tantôt *ſon propre droit* ſur la Baſſe-Baviere *tantôt celui de l'Empire* & que ces actes portent en eux mêmes toute l'empreinte de leur nullité. L'Empereur y confere un fief maſculin non vacant tantôt à lui-même, tantôt à la fille qui n'en étoit pas capable, tantôt à un Prince étranger. Jamais une diſſpoſition auſſi arbitraire, & despotique, contraire au ſyſtême féodal & au droit des héritiers naturels, faite ſans connoiſſance de cauſe, ſans jugement, & ſans le conſentement de l'Empire, auroit pu ſubſiſter. Auſſi l'Empereur Sigismond n'a-t-il jamais oſé la mettre en execution; au contraire ſentant lui même l'inconſiſtence de ces irregularités, il écrivit en Juillet 1426. une lettre à l'Archevêque de Mayence, par laquelle il le charge de convoquer les Electeurs pour prononcer ſur les prétentions de *l'Empire* & des Ducs de Bavière & *d'Autriche* à la Baſſe-Bavière, ce qui prouve que de ſon propre aveu les actes du 10. & du 21. de Mars 1426. n'avoient pas pris conſiſtence. Cette Convocation des Electeurs n'ayant pas eu lieu, l'Empereur tint en 1429. à Presbourg en Hongrie une aſſemblée de perſonnes notables & après avoir entendu les parties, ſavoir les Ducs de Bavière & le Sr. de Pappenheim au nom de l'Empire, il prononça une ſentence remarquable, par laquelle il adjugea la Baſſe-Bavière aux héritiers naturelles les Ducs de Haute-Bavière, en leur conferant même les droits de l'Empire. Il ne peut donc pas avoir conferé auparavant au Duc d'Autriche ces droits de l'Empire ſans ſe rendre coupable d'injuſtice & de contradiction. Il en reſulte de nouveau, qu'il a crû lui conferer les droits de ſa mère, qui étoient nuls dans un fief maſculin & qu'étant enſuite revenu de cette erreur, il l'a reparé par cette ſentence. On ne peut pas dire ſans incongruité, que Sigismond a voulu aſſurer par la clauſe reſervatoire à la Maiſon d'Autriche une Expectative après l'extinction de la Maiſon de Bavière; il auroit exprimé une choſe ſi extraordinaire & auroit du l'exprimer. Mais Duc Albert n'eſt pas intervenu dans le procès. Il a acquieſcé à cette ſentence ainſi que toute la Maiſon d'Autriche, ſans avoir jamais reclamé, ni reſervé aucun droit ſur la Baſſe-Baviére depuis 350. ans. Il eſt donc impoſſible, il ſeroit inoui, que la préſente Maiſon d'Autriche, qui ne deſcend pas par les mâles du Duc Albert & du côté des femmes ſeulement par la branche puinée, veuille & puiſſe après quatre ſiécles faire revivre un acte obſcur & même nul dans ſon origine, aboli par ſon propre auteur & éteint en tout cas avec la ligne maſculine du Duc Albert, ou transporté ſur la Maiſon de Brandebourg.

* Le conſentement de l'Empire étoit même avant les Capitulations uſité & néceſſaire, ſur tout quand il s'agiſſoit de conferer de nouveau un grand fief. Cela ſe fit ordinairement dans les diettes ou autres aſſemblées de l'Empire, comme à l'égard du Duché de Bavière en 1180. & de l'Electorat de Brandebourg au Concile de Conſtance en 1415. Du moins on ſe pourvut du conſentement des Electeurs par leurs *Willbriefe*; mais dans ce cas-ci il manque tant le conſentement de l'Empire que celui

* 2) Les lettres d'Inveſtiture du Duc Albert contiennent l'expreſſion generique pour ſes héritiers.

3) D'après la régle commune du droit fèodal, le mot *héritiers* ne deſigne à la verité, que la deſcendence maſculine de l'aquereur.

4) Mais il faut faire exception à cette régle, & comprendre ſous la denomination générale d'*héritiers* les deſcendans de l'un & de l'autre ſexe, toutes les fois qu'il eſt queſtion d'une Maiſon, dans la quelle en vertu de ces Privileges reconnus, la deſcendence feminine eſt habile à ſucceder aux fiefs d'Empire.

* 5) Les lettres d'Inveſtiture ont déjà été répreſentées à Mr. l'Electeur Palatin, & ont ſervi de baſe à l'arrangement qui a été fait avec lui. Il en eſt d'ailleurs parlé dans Struve Corp. Hiſt. Germ. Périod. IX. §. 32. & dans Kœhler Reichshiſtorie pag. 351.

Mémoire du Baron de Riedeſel.	*Réponſe de la Cour de Vienne.*
On a donc de la peine - - - - - de l'Empereur Charles VI.	* L'on ſe flatte, que les differents eclairciſſemens donnés dans les Notes reſponſives de la Cour de Vienne,

ainſi que ceux qu'on ajoute ici, rendront enfin la choſe auſſi facile à concevoir

lui des Electeurs, qui étoit bien neceſſarie, pour un acte ſi extraordinaire, qui devoit transferer un grand fief maſculin d'une Maiſon non éteinte à une autre étrangère & en faire un fief feminin.

* Si cette concluſion étoit fondée, la lettre d'inveſtiture du 10 de Mars & la Convention du 21 de Mars de 1426. de l'Empereur Sigismond aſſureroient la Succeſſion en Baſſe-Bavière à la Maiſon de Brandebourg à l'excluſion de celle d'Autriche. Selon la Génealogie ci-jointe ( ) le Duc Albert & ſon epouſe Eliſabeth fille de Sigismond n'ont laiſſé qu'un fils Ladislas mort ſans héritiers, & deux filles, dont l'ainée Anne, mariée à Guillaume Marggrave de Miſnie, de la fille unique de laquelle mariée à Jean Electeur de Brandebourg, deſcend la Maiſon Electorale de Brandebourg, doit préceder & exclure ſa ſœur puinée Eliſabeth dont descend la préſente Maiſon d'Autriche. Celle ci ne deſcend aucunement du Duc Albert V. par les mâles & ne lui apartient que par une ligne collaterale, laquelle ne ſauroit jamais heriter un droit, qui ſelon les propres principes de cette analiſe & le Traité du 21 Mars 1426. étoit acquis à la deſcendance feminine du Duc Albert V. & de ſon epouſe Eliſabeth. On ne fait ici cette inſtance, que pour prouver, que la préſente Maiſon d'Autriche ne ſauroit tirer aucun droit ni avantage de la lettre d'inveſtiture de 1426. quand même elle ſeroit valable. D'ailleurs la Maiſon de Brandebourg ne diſpute pas la Succeſſion en Baſſe-Bavière à la Maiſon Palatine, qu'elle lui croit plûtôt due comme dans un fief maſculin de la Maiſon de Wittelſpach, & elle eſtime, que la Maiſon d'Autriche n'eſt pas fondée à etendre les privileges qu'elle prétend avoir de pouvoir ſucceder aux fiefs maſculine de l'Empire au point de les changer en feminins. On éſpere, que la Cour de Vienne ne voudra pas ſerieuſement ſoutenir le principe, qui n'a été que legerement indiqué dans cette Analyſe & qui ſeroit d'une conſequence ſi dangereuſe, que tout l'Empire ne pourroit ſe diſpenſer de s'y oppoſer à tems, puis qu'à la faveur de ce principe & ſous de pretextes pareils, que celui d'à préſent, la Maiſon d'Autriche pourroit au moyen des mariages & des ſucceſſions feminines, s'attribuer peu à peu la ſucceſſion de tous les fiefs maſculins de l'Empire. Le dit principe doit être fondé ſur le fameux privilége de l'Empereur Frédéric I. de 1156. mais ce privilége ne dit autre choſe, ſinon; *que ſi les mâles d'Autriche venoient a manquer, la fille ainée doit ſucceder.* Il n'eſt donc queſtion que du Duché d'Autriche, non qu'elle ſoit habile de ſucceder à d'autres fiefs maſculins. D'ailleurs les connoiſſeurs de la Diplomatique & de l'hiſtoire d'Allemagne ſavent aſſez, que ce privilége de Frédéric I. eſt auſſi peu authentique, que celui qu'on attribue à Jules Céſar & à Néron.

* On eſt fondé à croire, que l'original de la lettre d'inveſtiture de 1426. n'a pas été répreſenté à Mr. l'Electeur Palatin & que ce Prince y a cru de bonne foi ſans l'avoir vu. Le Miniſtre Bavarois en a demandé la repréſentation ſelon l'annexe & n'a pu l'obtenir jusqu'ici. Elle auroit de droit être du être repreſentée à toute la Maiſon Palatine, à celle de Saxe & à l'Empire comme aux parties eſſentiellement intereſſées à la ſucceſſion de Baviére. Comme on en a à préſent des copies vidimées, qui ſont ci-jointes, on en ſait aſſez pour être convaincu de leur nullité.

* La Cour de Berlin n'auroit ſurement pas trouvé à dire, que la Cour de Vienne faſſe valoir des droits bien fondés ſur la ſucceſſion de Bavière & S. M. Pruſſienne croit avoir aſſez prouvé par des propoſitions plus qu'avantageuſes, combien elle ſouhaitoit de complaire à L. M. I. mais après tout ce qu'on a repondu aux eclairciſſemens donnés, on devroit croire, qu'elles trouveroient elles mêmes cette prétention tel-

voir qu'elle eſt juſte & fondée. Il a déja été dit dans la prémiére reponſe, & on repete encore : „Que ſans la plus grande injuſtice perſonne ne peut trouver mau-„vais, qu'une Puiſſance quelconque cherche à faire valoir des droits, qu'elle croit être des mieux fondés.

Mémoire du Baron de Riedeſel.	*Réponſe de la Cour de Vienne.*
On ne ſauroit ſe diſpenſer - - - - - qui y ſont étrangers.	* On ſe feroit certainement abſtenu de mêler à la préſénte diſcuſſion cet objet étranger, ſi le Mémoire joint à la prémiere Note, n'y avoit pas neceſſité, & maintenant ſans entrer dans aucun nouveau detail, l'on ſe bornera à deux remarques propres à repandre du jour ſur cette affaire.

* 1) Il paroit, que l'Empereur Sigismond dans l'alienation de l'Electorat de Brandebourg avoit beaucoup plus en vuë les avantages de l'union de deux grandes maiſons, que le prix de $\frac{400}{m}$ florins qu'il en a retiré & l'Electeur Frédéric à ſa demande expreſſe, s'eſt engagé, ainſi qu'il conſte des lettres reverſales, ſous la foi du ferment, pour lui & ſes héritiers, *de n'être jamais contre la Couronne de Bohême, mais au contraire de l'aſſiſter de ſes ſecours, Conſeils & ſervices.*

* 2) Les lettres d'aveu des Electeurs (Willbriefe) en uſage dans ce tems là, ne doivent pas être confondues avec le conſentement de l'Empire, requis aujourdhui par les Capitulations Imperiales; celles là n'étant pas eſſentiellement neceſſaires à la validité de l'acte, étoient ſouvent demandées & obtenues après que la Reſolution Impériale étoit emanée, & même après l'expedition du Diplome, qu'on étoit dans l'uſage d'inſerer dans ces lettres.

La ſeconde prétention - - - - - - - - ſuivantes.	*Voici l'objection, qui a été faite dans la premiere Note : que les fiefs de la Couronne de Bohême ſont des parties integrantes du Haut Palatinat, & dont le retour a été expreſſement aſſuré par la paix de Weſtphalie à la ligne Palatine.

On a avancé dans la reponſe & prouvé dans la Mémoire y joint: „Qu'on ne „peut pas enviſager les fiefs en queſtion comme des parties integrantes du Haut-Pa-„latinat, & que la paix de Weſtphalie n'a jamais eu ni le droit ni la volonté d'en-„lever à la Couronne de Bohême ceux qu'elle a toujours eu inconteſtablement ſur „les fiefs en queſtion.“ On verra ci-après que tous ces argumens, qui d'ailleurs tendent au but, ſont appuyés preuves des les plus irrefragables.

Les territoires qui - - - a chargé cet Electorat.	* Il eſt vrai, que la plus grande partie de ces fiefs a été compriſe dans le Lot de la Branche Rodolphine, mais ils n'ont jamais été des appartenances de l'Electorat Palatin, & l'on s'eſt expliqué dejà ſur la pretenduë inalienabilité d'un Fideicommis érigé par le Traité de Pavie.

* Voici des faits inconteſtables concernant ces Territoires, devenus fiefs de la Bohême. L'Empereur Charles IV. les acheta & les reunit à ſa Couronne en 1355. L'on conſerve encore dans les archives de Vienne les lettres de chacun des Electeurs

Replique de la Cour de Berlin.

lement deſtituée de tout fondement, ſi deſtructive des droits les plus clairs de la Maiſon Palatine & de celle de Saxe, qu'elles ne pourroient pas trouver mauvais ſelon leur façon de penſer equitable, que d'autres Puiſſances ne ſauroient y être indifferentes.

* Le Mémoire en queſtion, qui a été communiqué par un hazard involontaire, ne contenoit pourtant rien d'étranger à la préſente diſcuſſion, comme les excurſions qu'on a jugé à propos de faire dans le Mémoire précedent & dans celui-ci ſur l'Electorat de Brandebourg.

* Pour repondre à cette premiere remarque, on eſt obligé d'alleguer d'après la notorieté hiſtorique, que le Bourggrave Fréderic enſuite Electeur de Brandebourg a toujours rendu le plus grands ſervices à l'Empereur Sigismond, qui'il l'a tiré des plus grands embaras par ſes avances, que le prix de $\frac{400}{m}$ non *florins ordinaires*, mais des *florins d'or Hongrie* ou Ducats qu'il a payé pour l'Ectorat de Brandebourg, faiſoit pour ce tems là un Capital immenſe fort ſuperieur aux revenus du pays; que la promeſſe *de ne pas être contre la Couronne de Bohême* à été reciproque de la part de cette Couronne envers l'Electeur, ſelon l'Acte de vente original de 1415. & que non ſeulement l'Electeur Fréderic I. mais auſſi toute ſa poſterité a ſatisfait à cet engagement envers la Maiſon d'Autriche au de la de ſon devoir; mais un pareil engagement ne ſauroit être apliqué qu'à des prétentions juſtes & non à un cas de la nature de celui d'à préſent.

* On ſe bornera à repondre à cette ſeconde remarque, que les Archives de Berlin continnent non ſeulement les lettres d'aveu de tous les Electeurs pour la vente de l'Electorat de Brandebourg, mais que la lettre d'inveſtiture contient auſſi le conſentement formel des Electeurs & Princes de l'Empire, qui étoient preſens en grand nombre à l'occaſion de l'aſſemblée du Concile de Conſtance.

* La ſuite fera voir que les objections faites dans les Notes précendentes ſubſiſtent dans toute leur force, & que les argumens qu'on y a oppoſés, ne ſont rien moins qu'irrefragables.

* Si ces fiefs de Bohême ont apartenu originairement à la Branche Rodolphine comme il conſte par le Traité de Pavie; ſi les Etats de cette Branche conſtituent l'Electorat Palàtin, cequî n'eſt pas douteux, il s'enſuit, que les dits fiefs ſont des apartenances de l'Electorat Palatin. Quant au Fideicommis inalienable établi par le Traité de Pavie, on croit l'avoir ſuffiſament conſtaté dans les repliques precedentes.

* Les Diſtricts du Haut-Palatinat, qui ſont devenus des fiefs de Bohême, ont originairement apartenu à l'ancien Patrimoine de la Maiſon de Wittelspach & ſont nommement compris dans le Traité de Pavie de 1329. Ils étoient donc chargés

 par

Reponſe de la Cour de Vienne.

ſteurs ſur cette acquiſition. Ce n'eſt qu'un an après, c'eſt à dire en 1356. que la Bulle d'or ordonnant l'ndiviſibilité des Electorats, a été émanée. Il n'étoit donc pas poſſible, que cette Bulle ait chargé, ou pû changer ces Territoires comme appartenances de Electorat Palatin de la qualité d'indemembrables & d'inſeparables, puisqu'un an avant ſon exiſtence ils étoient dejà demembrés des poſſeſſions Palatines par une vente, & incorporés à la Couronne de Bohême.

Mémoire du Baron de Riedeſel. *Réponſe de la Cour de Vienne.*

Si la Couronne de Bohéme - - - - Maiſon Palatine.

Il vient d'être demontré que la reunion de ces Territoires à la Couronne eſt anterieure à la Bulle d'or, & on ne peut pas donner à cette Conſtitution d'Empire un effet retroactif. Depuis lors les Comtes Palatins ont envahi la plus part de ces Diſtricts à main armée, & le Roi George Podiebrad, pour arrêter leurs uſurpations, a conclu, comme on ſait, avec ces Princes une Convention, par laquelle ils ont reconnu les tenir en fiefs de la Bohême. C'eſt là-deſſus que ſe fonde le Domaine direct de cette Couronne.

La Couronne de Bohême - - - - - de la ligne Guillelmine.

* Le Recès, conclu en 1708. entre l'Empéreur Joſeph I. & l'Electeur Palatin Guillaume, demontre clairement, que la Couronne de Bohême n'eſt pas dans l'obligation *de conferer ces fiefs à tous les deſcendans de la Maiſon Palatine auſſi longtems quil en exiſte.* Il conſte par la teneur de cet acte, que l'Electeur Guillaume ſe retira par devers l'Empéreur, *comme Roi de Bohême*, pour le *ſupplier trèshumblement*, de lui conferer de nouveau les fiefs de la Couronne de Bohême; Que cette nouvelle donation a été refuſée d'abord, par la raiſon que l'Electeur demandoit cette Inveſtiture *ex debito juſtitiæ;* Que de l'avis unanime des Pairs de la Cour féodale, il a été reconnu, que ces fiefs étoient devolus *purement & ſimplement* (ganz lediglich) à la Couronne de Bohême. Qu'en ſignifiant ce jugement à l'Electeur, on lui a laiſſé l'option, *ou de produire de meilleures preuves de ſon prétendu droit, ou de demander l'Inveſtiture par la voye de grace;* Que ſur cela l'Electeur a eſſayé *differens moyens dans la vuë de prouver ſon droit, mais qu'en dernier réſultat il a demandé ces fiefs à titre de nouvelle grace;* Que *ces moyens allegués ont été trouvés non valables & ſans aucune force;* Que cependant *les dits fiefs vacans & devolus à la Couronne de Bohême ont été conferés par grace Royale & clemence à l'Electeur à titre de donation & ſeulement pour ſa perſonne & ſes deſcendans mâles.* On y a ajuté pluſieurs autres exceptions & modifications qu'on paſſe ſous ſilence.

Comme ſelon la teneur expreſſe - - - - - Paix de Weſtphalie.

* Pour repondre à ce Paſſage on obſervera, que le Traité de Weſtphalie n'emporte par lui même & dans ſes diſpoſitions générales aucune obligation rélativement à la Couronne de Bohême: Les Contractans de cette paix ont ſenti d'eux-mêmes cette verité & l'ont confirmée par leur propre fait. Car s'ils avoient crû, que ce qui étoit reglé pour tout l'Empire, devoit auſſi s'obſerver en Bohême, ils n'auroient ſans doute pas inſeré Art. IV.

§. 55.

par ce Traité du Fideicommis inalienable longtems avant l'achat que l'Empereur Charles IV. en fit en 1355. Cet achat y étoit donc contraire & non valable & les dits diſtricts n'auroient pas du être demembrés du Haut-Palatinat; mais y reſter attachés du tems de la publication de la Bulle d'or faite en 1356. & par conſequent participer auſſi à la qualité d'indemembrables, dont cette Loi de l'Empire chargea les poſſeſſions Palatines. C'eſt de ce demembrement contraire au Traité de Pavie & aux droits de toute la Maiſon Palatine, que vinrent les oppoſitions qu'on apelle ici uſurpations de cette Maiſon, qui ne furent levés, que par la Convention que Georg Podiebrad Roi de Bohême fit avec elle en 1465. par laquelle la Maiſon Palatine a reconnu tenir ces fiefs de la Bohême mais en a gardé la ſubſtance. Qand on conſidere toutes ces circonſtances, on ne trouvera rien d'extraordinaire, à ce que la Bulle d'or ait un effet retroactif dans le cas en queſtion, & on peut dire à juſte titre, que tous les Diſtricts du Haut-Palatinat, & par conſéquent auſſi ces fiefs ſont toujours reſtés des parties integrantes de l'Electorat Palatin & prennent part à la qualité d'indemembrables, dont la Bulle d'or a chargé cet Electorat.

* On s'abſtient de diſcuter les faits allegués ici, qui ne peuvent être connus qu'aux Cours de Vienne & de Manheim; mais comme ils n'ont eu lieu qu'à l'occaſion de ce que Maximilien Electeur de Baviére fut mis au Ban de l'Empire pendant la guerre de la Succeſſion d'Eſpagne & comme la Maiſon de Bavière fut entierement retablie dans toutes ſes poſſeſſions, même dans les fiefs de Bohême par l'article 15. de la Paix de Bade de 1714. les tranſactions, qui ont eu lieu pendant cet intervalle, ne ſont que *temporaires* & ne ſauroient rien changer aux anciens droits de la Maiſon Palatine, & du moins les faits de l'Electeur Palatin Guillaume de Neubourg ne peuvent porter aucun préjudice aux autres lignes Palatines de Sulzbach & de Deuxponts. Ces deux dernieres Branches ſuccedent à preſent non en vertu du Recès de 1708. allegué ici, mais par leurs anciens titres, & particulierement par le Traité de Pavie en combinaiſon de la Convention faite en 1465. avec George Podiebrad, Roi de Bohême. Les principes de juſtice ne permettent pas de faire ainſi valoir des *tranſactions paſſagères* telles que celles, qui ont été produites par les circonſtances extraordinaires du tems contre la Maiſon Palatine pendant la longue guerre d'Allemagne, & contre la Maiſon de Bavière pendant la guerre de la Succeſſion d'Eſpagne, mais qui ont perdu leur force par les Traités de paix de Weſtphalie & de Bade, qui les ont tout remis dans l'état précedent, à l'exception de ce qui y a été changé expreſſement.

* Ce ſeroit d'un mauvais augure pour la ſureté du Corps Germanique, ſi la Couronne de Bohême vouloit ſe permettre de faire partie de ce Corps ou non, ſelon ſes differentes convenances, & que dans le cas préſent elle pût ſe ſouſtraire aux obligations de la Paix de Weſtphalie ſous un prétexte auſſi foible que celui, qui eſt allegué ici. On fait quelques fois dans les Traité de pareilles ſtipulations particulieres, pour en rendre les obligations d'autant plus fortes. L'Empereur Ferdinand III. le principal Contractant de la Paix de Weſtphalie étoit en même tems Roi de Bohême, la guerre avoit commencé & avoit été faite en & pour la Bohême. Il étoit donc naturel & neceſſaire, que Ferdinand III. fit expreſſement excep-

Réponſe de la Cour de Vienne.

§. 55. une ſtipulation particuliere ſur l'adminiſtration de la juſtice dans ce Royaume.

Dans le même eſprit & par la même raiſon, s'il s'étoit agi d'envelopper les fiefs de la Couronne de Bohême dans la reverſion de Haut-Palatinat, ſtipulée à l'art. IV. §. 9. en faveur de la Maiſon Palatine, on ſe feroit certainement concerté là deſſus avec cette Couronne, le Traité de Weſtphalie ne pouvant lui impoſer, non plus qu'à toute autre Puiſſance étrangère aucun obligation qu'avec ſon concours & de ſon plein gré & conſentement. Ces conſidérations ainſi que les autres, qu'on a relevées déjà, prouvent donc invinciblement, que la Paix de Weſtphalie n'a jamais eu ni le droit, ni la volonté d'enlever à la Couronne de Bohême celui qu'elle a toujours & inconteſtablement eu ſur les fiefs en queſtion.

Mémoire du Baron de Riedeſel.

La troiſieme prêtenſion - - - - de l'Empéreur Joſeph I.

Réponſe de la Cour de Vienne.

* On ne peut pas ſoutenir „que le „droit de regredience eſt contraire à l'u„ſage conſtant de la Maiſon de Bavière.„ Car pour faire valoir un pareil droit, il faut qu'il n'y ait plus de mâles d'une Maiſon, & alors ſeulement les Princeſſes renonçantes ſous reſerve, ou leur deſcendance, peuvent faire revivre leur droit en vertu de la regredience, le Fideicommis, qui affectoit les biens allodiaux au profit des mâles, étant venu à ceſſer. Les cas des ſucceſſions, qui ſe ſont preſentés jusqu'ici, ſoit dans la Branche Ludovicienne, ſoit dans la Rodolphine, n'ont pas fourni matiere à des prétentions de cette eſpece, & par conſequent on ne ſauroit reclamer *l'uſage conſtant de la Maiſon de Bavière.*

L'on ne peut pas non plus dire, que le droit de régredience eſt contraire à l'uſage conſtant de toute l'Allemagne; autrement il faudroit admettre, que toutes les reſerves dans les renonciations ſont nulles & de nulle valeur. Mais ſi ces reſerves ſont regardées comme des conditions, qui affectent & modifient la renonciation, il faut que le cas échéant chacune des branches feminines ſoit appellée à la Succeſſion du mâle, en faveur duquel ſeulement elle a renoncé. Gailius, Harprecht, Hertius, une foule d'autres Juriſconſultes allemands, pluſieurs conſultations de differentes univerſités, nombre d'arrêts tant du Conſeil Aulique, que la Chambre Impériale, confirment cette Juriſprudence & l'uſage qu'elle a introduit en Allemagne.

* Quant

ter des obligations de la Paix de Weſtphalie ſon Royaume de Bohême, ſi telle avoit été ſon intention.

Il faut conſiderer en autre que les fiefs de Bohême en queſtion ſont ſitués non en Bohême, mais dans l'*Allemagne proprement dite*, ſelon les termes exprés de l'acte d'incorporation de Charles IV. de 1355. qu'il a d'ailleurs ſimplement fait en qualité d'Empereur & qu'il doivent être aſſujettis par conſequent aux obligations de la Paix de Weſtphalie. On n'a cependant dit nulle part, que la Paix de Weſtphalie ait enlevé à la Couronne de Bohême ſes droits ſur les fiefs en queſtion; elle n'en avoit jamais eu d'autres que ceux de conferer ces fiefs aux differentes Branches de la Maiſon de Wittelſpach. La Paix de Weſtphalie n'a fait que retablir l'ordre qui avoit été interrompu par la guerre précedente. Elle a ſtatué, que le Haut-Palatinat, qui fut ôté à la ligne Rodolphine en faveur de la Branche Guillelmine, devoit après l'extinction de celle-ci retourner à la premiere, naturellement tel, qu'il avoit été poſſedé par la ligne Rodolphine, & par conſequent avec les fiefs de Bohême. Si Ferdinand III. Roi de Bohême avoit voulu en faire excepter ces fiefs, il auroit du le faire expreſſement, au defaut de quoi l'interpretation ſe fait ſelon la regle de droit ordinaire contre la Couronne de Bohême, qui auroit du s'expliquer plus clairement.

* Il y a pluſieurs cas dans la famille de Bavière, que les Branches maſculines ſe ſont éteintes, comme celle de Baſſe-Bavière en 1340. & en 1425. & celle de Landshut en 1503. où le droit de regredience auroit pû être exercé par les Maiſons de Brandebourg, de Wirtemberg & autres; ſans qu'il conſte, qu'il en ait été jamais queſtion, ainſi qu'à l'extinction de la Ligne Palatine de Simmern, la ſœur du dernier, la Ducheſſe d'Orleans, a ſeule herité. Il paroit plûtot que la Maiſon d'Autriche a voulu exercer en 1340. & 1425. le même droit d'héritage excluſif qu'à préſent l'Electeur de Saxe demande a exercer. *L'uſage de la Maiſon de Bavière contraire à la regredience eſt dans ſuffiſament conſtaté par là.*

Les renonciations & les reſerves des Princeſſes peuvent avoir leur effet autant qu'elles ſont les plus proches parentes & héritiers du dernier mâle d'une famille, mais elles perdent cet effet pour les Princeſſes, qui ſont dans un degré plus eloigné, deſorte que ce Principe peut très bien conſiſter.

Quant à l'uſage & aux prejugés qu'on allegue ici, il ne feroit pas difficile d'y en oppoſer d'autres, & il eſt connu, que les celèbres JCtes *Senkenberg* & *Pütter* ont ſuffiſament refuté le principe de la regredience, mais on abandonne à la Cour de Saxe le ſoin de combattre ces allegations, & on ſe borne d'obſerver, qu'ils ne ſauroient affecter la ſucceſſion de la Maiſon de Bavière, dont l'uſage contraire à la régredience a été prouvé. D'ailleurs les Juriſconſultes & les Tribunaux, qu'on cite ici, feroient bien embaraſſés de debrouiller les portions de la Succeſſion allodiale de Bavière, que ſelon les principes de la pretendue regredience les Maiſons de Saxe, de Bourbon, d'Autriche, de Brandebourg, de Wirtemberg & toutes celles de l'Europe, dans leſquelles des Princeſſes de Bavière ont été mariées, depuis Otton I. de Wittelſpach juſqu'à la mort de Maximilien Joſeph pourroient prétendre. Pour ne parler que de celle de Brandebourg, il eſt connu, que Frédéric I. Electeur de Brandebourg a eu pour épouſe Eliſabeth fille de Frédéric Duc de Bavière, de laquelle deſcend toute la Maiſon de Brandebourg d'apreſent, de ſorte que ſelon le

prin-

Réponſe de la Cour de Vienne.

* Quant aux prétentions étrangères, S. M. n'eſt nullement intentionnée à y porter la moindre atteinte; elle eſt prete à donner les mains à tous les moyens de conciliation combinales avec ſa dignité & la juſtice de ſa cauſe.

* On obſervera au reſte, que la Succeſſion de Bavière n'eſt pas compoſée de Royaumes & de Principautés, auxquels par les loix de l'Empire & d'autres Conſtitutions fondamentales, la deſcendance feminine ſoit habile à ſucceder, & que le dernier Poſſeſſeur mort ſans enfans, n'a pas pû transmettre ſes droits quelconques à une fille & Heritiere à l'excluſion des autres Princeſſes du ſang renonçantes.

* Il eſt donc clair, que la difference eſt immenſe entre les droits inconteſtables & exluſifs de S. M. l'Impératrice-Reine à toute la Succeſſion de l'Empereur Charles VI. & les prétentions que forment aujourd'hui ſur les biens allodiaux de la Bavière les deſcendans des Princeſſes, qui toutes avoient fait des renonciations dans leur tems.

Mémoire du Baron de Riedeſel.	*Réponſe de la Cour de Vienne.*
Après tout ce qu'on vient - - - plus petite partie.	* L'on ſe flatte au contraire, après tout ce qu'on vient de deduire avec évidence, d'avoir mis chacun à porté de ſe convaincre par lui même, que les prétentions de S. M. ne peuvent que gagner par la diſcuſſion & l'analyſe.
Si Mr. l'Electeur Palatin - - - auparavant.	* Mr. l'Electeur Palatin, qui eſt preſentement la ſeule partie principale intereſſée, a reconnu ces droits & leur validité originaire, & ils ne ſauroient être annullés par un tiers, qui n'eſt point fondé à s'y oppoſer, & eſt encore beaucoup moins en droit de prononcer ſur cet objet.
On peut laiſſer indecis - - - de la Maiſon d'Autriche.	* Voici de quelle manière il a été procedé de part & d'autre dans cette affaire, & l'on a droit de s'attendre, que cet Expoſé diſſipera jusqu'à l'ombre d'un ſoupçon de violence. Dans un tems où l'on ne pouvoit enviſager la mort de l'Electeur de Bavière comme un evene-

principe de la Cour de Vienne, la Maiſon de Brandebourg pourroit pretendre le même droit de regredience, ce qu'elle eſt pourtant fort eloignée de faire.

* Il ſeroit à ſouhaiter qu'on put concilier cette aſſurance, avec la fermeté que la Cour de Vienne temoigne à vouloir emporter à tout prix la grande partie de la Bavière, qu'elle a occupée & qui abſorbe la meilleure moitié du fief de Bavière & de tout l'alleu qui s'y trouve mêlé.

* Si la Succeſſion de Bavière n'eſt donc compoſée que de *Principautés, auxquelles la deſcendance feminine n'eſt pas habile à ſuccèder*, on ne voit pas comment S. M. l'Impératrice-Reine peut y ſuccéder ſoit pour ſa perſonne, ſoit par ſa deſcendance du Duc Albert qui n'eſt que feminine.

* Le public impartial ne trouvera pas cette différence ſi immenſe; il pourroit même trouver, que le droit de regredience des Princeſſes devroit plutôt avoir lieu à l'égard des Etats comme ceux d'Autriche, dans lesquels la ſucceſſion feminine eſt établie, qu'à l'égard d'un autre comme celui de Bavière, où les mâles ſeuls ſont habiles à ſuccéder.

* On croit plutôt, qu'en comparant l'analyſe avec cette Replique, il doit en reſultes une conviction entière, que les prétentions de la Cour de Vienne ne peuvent abſolument pas être conciliées avec la juſtice & que ſi elle veut en écouter la voix, elle devroit y renoncer entièrement.

* Ces concluſions paroiſſent devoir ceder aux deux concluſions ſuivantes: 1) Si la prétention ſur la Baſſe-Bavière derivée de la lettre d'inveſtiture de 1426. & reconnue par Mr. l'Electeur Palatin, eſt fondée, elle appartient par ce qui a été deduit inconteſtablement, non à la Maiſon d'Autriche, mais à celle de Brandebourg, qui deſcend en ligne droite de la fille ainée du Duc Albert V. & par conſequent S. M. le Roi de Pruſſe ne ſeroit pas un *Tiers*, mais la *partie principalement intéreſſée*, & ne ſauroit laiſſer emporter à la Maiſon d'Autriche un heritage, auquel Elle auroit beaucoup plus de droit que celle-ci. 2. Si cette prétention n'eſt pas fondée, Mr. l'Electeur Palatin n'a pas pû la reconnoître, ni la Cour de Vienne s'en prevaloir ſans injuſtice, & ſans un préjudice irréparable de la Maiſon de Deux-ponts & de celle de Saxe, & le Roi comme ami & allié de ces Princes, qui ont reclamé ſon intervention, comme membre de l'Empire & partie contractante & garante de toutes les Conſtitutions Germaniques, & très-fondé à s'oppoſer à l'occupation injuſte d'un héritage ſi conſidérable faite ſoit par violence, ſoit par colluſion, ſans aucune voye legale, deſtructive par conſequent de la ſureté de tout l'Empire & à s'intéreſſer par tous les moyens poſſibles, pour que l'importante Succeſſion de Bavière ne ſoit pas enlevée aux heritiers naturels & legitimes.

* Quelque explication ou tournure qu'on veuille donner à cette affaire, tout ce qu'on allegue ici ne ſauroit jamais diſſiper l'idée de violence ou de procedés illegaux. La Convention paſſée entre S. M. l'Impératrice-Reine & Mr. l'Electeur Palatin eſt à la vérité datée du 3. Janvier 1778. mais elle n'eſt devenue publique qu'entre le 16. & le 20. de Janvier, après que les Troupes Autrichiennes avoient déjà pris poſſeſſion de Bavière. Mr. le Prince de Kaunitz dit ingenument dans la Note de 20. Janvier: que la priſe de poſſeſſion de toute la Bavière faite par l'Electeur Palatin

Réponſe de la Cour de Vienne.

évenement prochain, le concert amiable étoit déjà établi avec Mr. l'Electeur Palatin, & l'on étoit même d'accord ſur le fondement des droits de la Maiſon d'Autriche. Il eſt vrai, ainſi qu'on l'a dit dans la Note circulaire du 20. Janvier, qu'après les decès de l'Electeur Maximilien Joſeph, "Sa Majeſté l'Impéra„trice avoit été engagée par la premiere Patente de l'Electeur Palatin de faire „marcher un Corps de Troupes vers la Bavière." Mais il eſt également vrai, que cette premiere Patente ainſi qu'il a conſté enſuite, a été emanée à l'insçû de Mr. l'Electeur, & il ne l'eſt pas moins, que cet incident éclairci une fois, „la priſe de poſſeſſion n'a point precedé un arrangement amiable avec Mr. l'E„lecteur Palatin, & qu'elle n'a eu lieu au contraire qu'après la Convention ſig„née & ratifiée par Mr. l'Electeur comme une conſequence neceſſaire de ce „dont on étoit convenu avec lui."

Mémoire du Baron de Riedeſel. *Reponſe de la Cour de Vienne.*

De quelque facon - - - - du Corps Germanique.

* Voici ce que ce Paſſage contient de plus eſſentiel : La Convention conclue par Mr. l'Electeur Palatin, n'eſt pas valable, parce qu'elle eſt contraire aux Pactes de ſa Maiſon, aux Conſtitutions de l'Empire & ſpecialement à la Paix de Weſtphalie, enfin aux droits du tiers.

* Mais il a été demontré déjà: que le Traité de Pavie n'a pas inſtitué *un Fideicommis inalienable & inſeparable.*

* Que quand même une pareille inſtitution auroit eu lieu, elle feroit déjà abrogée par l'uſage contraire.

* Que dans aucun cas elle n'a ni pû ni dû s'entendre au Duché de la Baſſe-Bavière.

* Qu'en général & de l'aveu même de la Maiſon Palatine dans ſes Manifeſtes, le Traité de Pavie n'a mais été mis en execution. Il reſulte donc de là, qu'on ne peut pas depouiller Mr. l'Electeur Palatin de la faculté, qu'il a, de tranſiger, ſous prétexte, que la Convention, qu'il a faite, ſeroit contraire aux Pactes & Conſtitutions de ſa Maiſon.

* Il a été pareillement demontré, que la Baviere n'a jamais été *un Electorat chargé de l'indiviſibilité.*

* Que

latin ayant fait juger, que ce Prince vouloit mettre obſtacle aux droits de la Maiſon d'Autriche, elle avoit jugé neceſſaire *de prendre des précautions & de faire marcher des Troupes en Bavière; que peu APRES on s'étoit arrangé amicalement.* On avoue donc, que la marche des Troupes a *précedé* l'arrengement amical. Il eſt notoire, que cette marche & les menaces de la Cour de Vienne ont été le principal motif, qui ont porté Mr. l'Electeur Palatin à reconnoître la prétention Autrichienne. On pourra en produire des aveux & d'autres preuves en cas de beſoin & on pourroit en provoquer à la declaration ſincère de ce Prince, qui l'avoue aſſez en faiſant déclarer par tout par ſes Miniſtres, qu'il n'avoit fait la Convention du 3. Janvier & les grands ſacrifices y contenus, que pour conſerver la tranquillité d'Allemagne, expedient qui va à la verité trop loin pour les droits de ſa Maiſon. Comment ſeroit-il poſſible d'imaginer autrement, que ce même Prince ait cedé la moitié de ſon Patrimoine & reconnu une vieille prétention, dont la nullité ſaute aux yeux, ſur la ſimple allegation d'une ancienne chartre, qu'il n'avoit pas même vue. S'il l'avoit de *plein gré*, il fraudroit lui ſuppoſer une autre intention encore moins croyable, qu'il ait à deſſein voulu ſacrifier à une Maiſon étrangère les droits les plus claires & les plus precieux de ſa propre Maiſon. Quoiqu'il en ſoit enfin des reſſorts, qui ont opéré une reconnoiſſance & ceſſion ſi ſinguliere, on ne ſauroit que repeter ici qu'elle ne peut jamais ſubſiſter & ſera ſelon la juſtice toujours nulle par elle-même.

* Quand on compare l'*annalyſe* avec cette *replique*, tout lecteur impartial doit être convaincu, que les concluſions du paſſage de la Note Pruſſiene du 9. de Mars qu'on allegue & combat ici, reſtent dans toute leur force.

* On a donc demontré, que le Traité de Pavie contient la ſtipulation expreſſe de *l'linalienabilité* & de *inſeparabilité*, effets inconteſtables d'un Fideicommis, qui le conſtituent, quand même ce nom n'a pas été exprimé.

* Eſt-ce qu'un petit nombre de contraventions & de tentatives faites illégalement, peuvent etablir un uſage contraire & abroger le fonds d'une Convention, qui a été ſi ſouvent renouvellée & confirmée même par Mr. l'Electeur Palatin d'à préſent?

* La Convention de Pavie a donc été étendue à la Baſſe-Baviere par les Pactes de famille de 1524. de 1766. & particulierement par celui de 1348. ou du tems même de la réunion de la Baſſe-Bavière, faite à la Haute Baviere, les Comtes Palatins en renonçant à la Baſſe-Bavière en faveur des Ducs de la Haute-Bavière s'en ſont expreſſement reſervés la ſucceſſion eventuelle aprés l'extinction de cette ligne.

* Une aſſertion ſi gratuite & contraire à la vérité, faite par la Maiſon Palatine dans le cas de ſa conteſtation particuliére avec la Maiſon de Bavière, ne pouvoit pas détruire une ſanction pragmatique de ſa Maiſon quelle a reconnu pour telle enſuite & en toute occaſion. Il en reſulte plûtot que Mr. l'Electeur Palatin n'a pas pû faire une transaction préjudiciable aux droits & aux Pactes de ſa Maiſon, qu'il a renouvellés & confirmés lui-même de la manière plus ſolemnelle en 1746. 1766. 1771. & 1774.

* La Bavière à été inconteſtablement un Electorat jusqu'au tems de la Bulle d'or & aprés la paix de Weſtphalie. On ne veut pas diſcuter ici la queſtion, ſi l'indivi-

* Que les fiefs de la Couronne de Bohême ne ſont pas des parties integrantes du Haut-Palatinat.

* Que le retour de ces fiefs n'a pas été, & n'a jamais pû être ſtipulé par la paix de Weſtphalie à la ligne Palatine.

* Qu'ils n'ont acquis, & n'ont jamais pû acquerir la qualité d'indemembrables & inſeparables, dont la Bulle d'or a chargé l'Ectorat Palatin.

* Il reſulte donc encore, qu'on ne peut pas depouiller Mr. l'Electeur de la faculté de tranſiger là-deſſus, ſous prétexte, que ce ſeroit agir contre les loix de l'Empire, la Bulle d'or & la Paix de Weſtphalie.

* Pour ce qui eſt des droits du tiers, ou l'on comprend ſous cette denomination les *Princes Palatins*, ou les *héritiers allodiaux*, ou bien d'autres intereſſés dans la Succeſſion. Aprés qu'il a été demontré, qu'une partie de la Baſſe-Baviére devoit revenir à la Maiſon d'Autriche, & que la Conceſſion de fiefs de Bohême ne pouvoit pas être exigée de droit, après que Mr. l'Electeur, comme Chef de ſa Maiſon a examiné, reconnû & confirmé tout cela, les autres *Princes Palatins* ne ſeroient plus fondés à ſoutenir que ce qui eſt demontré pour ce Souverain ne le ſoit pas auſſi à leur égard.

* Dèsque le droit de la Maiſon d'Autriche eſt fondé, Mr. l'Electeur n'a plus de prétentions ni ſur les Diſtricts de la Bavière, ni ſur les fiefs de la Bohême, & ſi ce Prince n'en a point, de quel Chef les autres Branches Palatines pourroient elles en former?

* On objectera peutêtre, que ces Branches n'ont point reconnu les droits de la Maiſon d'Autriche. Mais leur acquieſcement eſt-il ne neceſſaire dans ce tems-ci? Ces Princes Palatins ne ſauroient ôter à Mr. l'Electeur Palatin, qui eſt d'une autre Branche qu'eux, la faculté qu'il a en qualité de Chef de toute la Maiſon, de conclure des Traités & de s'arranger avec d'autres Puiſſances ſur la Poſſeſſion tant des Païs, qui lui ſont devolus, que de ceux, qui étoient déjà en ſon pouvoir. A quoi l'on ajoutera, qu'auſſi peu qu'il eſt permis à des Agnats d'aprés une regle de droit connue, de revoquer les alienations & engagemens, avant que la ſucceſſion ne leur ſoit échuë; tout auſſi peu les Branches collaterales Palatines peuvent elles deroger, même par les proteſtations les plus ſolemnelles, à la Convention arrêtée par Mr. l'Electeur Palatin, tant & ſi longtems que par l'extinction de la Branche de Sulzbach, elles ne ſont pas appellées à la Succeſſion.

* Que ſi elles veulent combattre les droits de la Maiſon d'Autriche, la voye de la juſtice leur eſt ouverte, ainſi qu'à tout le monde, en matiere contentieuſe par les loix de l'Empire.

* L'on

diviſibilité des Electorats & même la qualité Electorale n'y eſt pas reſtée inhérente. On n'a eu proprement d'autre intention, que d'attribuer cette qualité au Haut-Palatinat comme faiſant partie de l'Electorat Palatin.

* Ces fiefs de Bohéme ſont nommés dans de Traité de Pavie comme appartenant à ligne Palatine, ils ſont donc des parties intégrantes du Haut Palatinat, dans lequel ils ſont ſitués; ils n'en ont été jamais demembrés ni de fait ni de droit.

* La Paix de Weſtphalie ayant aſſuré à la Maiſon Palatine le retour du Haut Palatinat ſans exception & tel qu'elle l'avoit poſſédé auparavant, le retour de ces fiefs doit y être compris.

* Si les fiefs de Bohème appartiennent au Haut Palatinat & à la Maiſon Palatine, ils doivent abſolument participer à la qualité d'*indémembrables*, dont la Bulle d'or a chargé l'Electorat Palatin.

* Il reſulte plutôt de toutes les premiſſes, que la concluſion, qu'on veut combattre ici eſt très-juſte.

* Après qu'il a été demontré, que la Maiſon d'Autriche n'a aucun droit de ſuccéder en Baſſe-Bavière, ni de réunir ſes fiefs de Bohème au Domaine direct, Mr. l'Electeur Palatin n'a pas été en droit de reconnoître des prétentions non fondées au préjudice de ſes Succeſſeurs, agnats cohéritiers, & s'il l'a fait, ſon fait illegal ne ſauroit obliger ſes agnats & cohéritiers allodiaux, qui ſuccedent non par ſon droit, mais par le droit du ſang, par leur deſcendance de l'acquereur & *ex providentia majorum.*

* Cette concluſion, qui eſt la même que la précédente, y a de même trouvé ſa refutation. Le droit de la Maiſon d'Autriche n'eſt pas fondé; Mr. l'Electeur Palatin a un droit inconteſtable ſur la Baſſe-Bavière & les fiefs de Bohême. S'il veut en faire préſent à la Maiſon d'Autriche, les autres Branches Palatines ne ſont pas obligées d'en faire autant.

* Cette objection reſtera toujours fondée. La replique qu'on fait ici n'auroit aucune apparence qu'autant que la Cour de Vienne voudroit déclarer qu'elle ne veut poſſeder la partie occupée de la Bavière que durant l'exiſtence de Mr. l'Electeur Palatin d'aujourd'hui & de ſes deſcendans. Si la Cour de Vienne faiſoit cette Déclaration, que toutes les parties intéreſſes ſont en droit d'exiger d'elle, il ſe préſenteroit une autre queſtion difficile à affirmer: s'il eſt permis, qu'un Prince de l'Empire cede ſur une prétention non fondée & pour ſa vie à une Maiſon étrangere une partie conſiderable de ſon Patrimoine, qui aprés ſa mort appartient inconteſtablement à ſes agnats collateraux? En concedant même, que ceux-ci n'ayent pas un droit préſent d'agir, on ne pourra pas le conteſter aux héritiers allodiaux qui ont un droit préſent & non éventuel, qui perdent par une ceſſion auſſi gratuite les moyens de tirer l'alleu qui ſe trouve dans la partie de la Bavière occupée par la Maiſon d'Autriche. La Maiſon de Brandebourg a un autre droit préſent & actuel de ne pas laiſſer emporter à la Maiſon d'Autriche le fruit d'une prétention, laquelle, ſi elle eſt fondée, appartient à elle & non à la Maiſon d'Autriche.

* Cette voye de la juſtice ſeroit conſtitutionelle & acceptable, ſi la Cour de Vienne vouloit l'obſerver de ſon côté, remettre auparavant les choſes en Bavière dans l'état où elles on été avant ſon occupation arbitraire & convenir avec les parties intéreſſés d'un Tribunal impartial qui puiſſe juger cet important Procès.

Réponſe de la Cour de Vienne.

* L'on ne diſcutera pas ici, s'il eſt permis de ſe pourvoir à la Diette même de Ratisbonne contre les arrêts des Tribunaux de l'Empire ; mais quelque opinion qu'on adopte à ce ſujet, l'on ne pourra jamais en inferer, qu'un objet litigieux puiſſe être porté en premiere inſtance directement à l'aſſamblée du Corps Germanique.

* Pour ce qui eſt des Héritiers allodiaux & autres intereſſés, nomément Mr. l'Electeur de Saxe, exerçant les droits de Madame ſa mere, Princeſſe renonçante de Bavière; S. M. eſt fort éloignée, de vouloir leur diſputer leurs prétentions & demandes ſur les biens allodiaux. Auſſi par la priſe de poſſeſſion bornée uniquement aux objets des lettres Impériales d'inveſtiture & d'expectative, ainſi qu'au droit de reverſion de la Couronne de Bohême, S. M. n'entend aucunement traverſer les vuës legitimes de qui que ce ſoit, & encore moins celles de Mr. l'Electeur de Saxe.

* L'on conclut par repeter, qu'il eſt inconteſtable, „que ſelon la Conſtitution „fundamentale de l'Empire il n'y a que deux façons legales de faire valoir ſes droits, „c'eſt à dire une Transaction amiable avec la partie intéreſſée, ou une deciſion de „l'Empéreur & de l'Empire." S. M. ayant choiſi la premiere de ces voyes legales, l'on ne ſauroit plus apprehender qu'un procedé ſi conforme aux loix Germaniques affectât toute la Balance du pouvoir dans l'Empire & par ſes ſuites toute la ſurêté du Corps Germanique.

Mémoire du Baron de Riedeſel.

S. M. le Roi de Pruſſe - - - - - à cette Succeſſion.

Réponſe de la Cour de Vienne.

* Comme S. M. a non ſeulement reſpecté dans la Convention amiable qu'Elle a conclue avec Mr. l'Electeur Palatin, les Conſtitutions de l'Empire & la Paix de Weſtphalie, mais que de plus Elle n'eſt nullement intentionée de troubler dans leurs pourſuites ceux qui feroient fondés à pretendre *d'avoir part à cette Succeſſion*, Elle ſe flatte, quil ne reſte plus rien à deſirer de ce qu'on peut équitablement exiger d'Elle.

Réplique de la Cour de Berlin.

* Depuis que la Cour de Vienne a trouvé à propos de ſe faire droit à elle-même par des voyes de fait, palliées par une Convention non valable, & qu'on ne voit pas, que les parties intéreſſées puiſſent obtenir la juſtice que leur eſt duë par les Tribunaux de l'Empire, il ne leur reſte pas d'autre moyen que celui de reclamer l'intervention du Corps Germanique & de ſes membres.

* Ces aſſurances ſeroient fort bonnes ; ſi S. M. l'Impératrice-Reine n'avoit pas occupé la meilleure partie de la Bavière & abſorbé par là l'alleu qui y eſt mêlé & qu'elle n'eût pas mis Mr. l'Electeur Palatin hors d'état de ſatisfaire aux prétentions de l'héritier allodial, ne lui laiſſant que la moindre partie de la Bavière chargée d'un fardeau immenſe de dettes.

* S. M. l'mperatrice-Reine, n'a tranſigé ni avec les Agnats collateraux, ni avec l'héritier allodial, ni avec la Maiſon de Brandebourg, ni avec l'Empire qui ſont tous également intéreſſés à la juſte diſtribution de la Succeſſion de Bavière. Elle n'a tranſigé qu'avec une partie, l'Electeur Palatin, qui ne pourroit tout au plus tranſiger que pour ſa vie. Cette transaction s'eſt faite ſur la ſuppoſition erronée d'une prétention qui n'eſt aucunement fondée. S'il étoit permis, s'il pouvoit réeuſſir à l'Empéreur ou à ſa Maiſon, d'augmenter ſa Puiſſance par des moyens auſſi peu conformes à la juſtice, & de ſe prévaloir ainſi de ſa force & de ſon influence, la balance du pouvoir dans l'Empire ſeroit bientôt perduë, & il en réſulteroit les ſuites les plus funeſtes pour la ſureté du Corps Germanique.

* Comme on a demontré, que la Convention du 3 Janv. eſt diamétralement contraire à la Paix de Weſtphalie, aux Capitulations Impériales, au ſyſtême féodal d'Allemagne & aux droits inconteſtables de la Maiſon Palatine & de celle de Saxe, on devroit attendre de la juſtice & de la modération de leurs Majeſtés Impériales, que revenues à la fin de la premiere impreſſion que peut leur avoir cauſé une prétention ſentée ſous un jour avantageux, elles en reconnoîtront à la fin l'inconſiſtence, à la vuë des argumens évidens qu'on vient de leur expoſer, qu'elles renonceront en conſéquence à cette prétention, ainſi qu'à la transaction dont elle fait la baſe & abandonneront la Succeſſion de Bavière aux héritiers légitimes & naturels.

No. 9.

Schreiben des Fürſten von Kaunitz an den Grafen von Cobentzel vom 31. May 1778.

Hochgebohrner Reichs-Graf!

Ihre Majeſtäten haben aus dem bisherigen Verlauf der Unterhandlungen mit Bedauern erſehen, daß die angefangene Negociation eine ſolche Wendung genommen hat, die unmöglich zu dem Beyderſeits erwünſchten Endzweck eines gütlichen Einverſtändniſſes führen kann, in ſo lange die zwey Höfe in den Präliminar-Grundſätzen ſo himmelweit verſchieden bleiben, als ſie es bis nun zu ſind. Alle Partheyen, die nur immer auf die Baieriſche Succeſſion Anſprüche haben, oder zu haben vermeynen, werden von dem dortigen Hofe ohne weiterem für rechtmäßige Erbs Prätendenten anerkannt und unterſtützt. Wir haben gegen dieſes an und für ſich nichts einzuwenden. Wir haben nie wollen, und wollen noch nicht, daß dieſe Erbs-Prätendenten gegen das, was recht und billig iſt, behandelt, oder mit ihren erweißlichen Forderungen leer ausgehen ſollen. Dieſe Forderungen aber betreffen uns nicht, ſie betreffen lediglich den Churfürſten von Pfalz, und in ſo weit ſie ihn betreffen, kommt es auf ein freundſchaftliches Einverſtändniß zwiſchen uns und ihm an, ob und wie wir ihm die Laſt, ſich reſpectu dieſer Forderungen abzufinden, erleichtern helfen können. Was wir aber nie zugeben werden, und können, und was auch ſelbſt allen Gedanken von einem freundſchaftlichen Einverſtändniß unmöglich macht, iſt der Umſtand, daß der dortige Hof zu gleicher Zeit, als er alle andere Erb-Prätendenten für rechtmäßig erkennet, unſere Rechte, unſere Anſprüche, und unſere mit Chur-Pfalz geſchloſſene Convention ganz allein für ungültig und unwirkſam erkläret, und auf dieſen Satz alle ſeine bisherige Propoſitionen bauet, welche ſämtlich in Effectu dahin gerichtet ſind, daß wir nämlich das in Beſitz genommene theils zurückſtellen, zum Theil durch andere Equivalente vergüten, nebſt bey noch verſchiedene Ceſſionen ſonſtiger Gerechtſamen machen, eben dadurch aber nichts überkommen, ja noch weniger als nichts behalten, dem ungeachtet aber die Haupt-Vortheile dem dortigen Hof von uns zugeſtanden werden ſollen. Die Folgen dieſes Principii ſtoßen entweder allen weſentlichen Beſtand einer Reciprocität um, oder ſie zwingen uns, dem dortigen Hof gleiches mit gleichem zu vergelten. In dieſem ſuppoſito können, werden, und müſſen wir faſt eben die nämlichen rechtlichen Gründe, die man Königlich-Preußiſcher Seits gegen unſere Acquiſition geltend zu machen ſucht, gegen die Vereinigung der beyden Marg-

grafthümer mit der Preußiſchen Primogenitur gleichfalls geltend machen, und uns derſelben aus den nämlichen politiſchen, auf das Gleichgewicht beyder Höfe, ſich beziehenden Urſachen, welche die Triebfeder der bisherigen Preußiſchen Widerſprüche ſind, mit allen Kräften widerſetzen. Soll alſo nicht nur die Möglichkeit zu einem freundſchaftlichen Einverſtändniß zwiſchen beyden Höfen hergeſtellet, ſondern auch ein ſolider Grund hierzu geleget werden, ſo muß man vor allem vorerwähnte Colliſion zu heben ſuchen. Dieſe Colliſion kann unmöglich gehoben werden, wenn nicht jenen Grundſätzen Statt gegeben wird, die wir gleich anfangs pro baſi der ganzen Negociation geleget haben, nämlich: daß ſich jeder der beyden Höfe in des andern Stelle unpartheyiſch ſetze, daß er dasjenige, was er in des andern Stelle, mit ſeinem Anſehen, und mit ſeiner Ehre ganz unvereinbarlich finden würde, von dem andern gleichfalls nicht fordere. Daß ſich keiner der bekannten Rechtsregel entziehe, das nämliche Recht auch für und gegen ſich zu erkennen und gelten zu machen, was er fordert, daß es der andere für und gegen ſich ſelbſt erkennen und gelten laſſen ſoll. Die praktiſche Anwendung dieſer Grundſätze ergiebt ſich von ſelbſten dahin, daß wenn beyde Höfe ſich nicht umſonſt zu Grunde richten, ſondern vielmehr den gegenſeitigen Nutzen ſich untereinander befördern helfen wollen, der dortige Hof auf eine Art, die ſeiner Ehre angemeſſen iſt, den bisherigen Widerſpruch gegen unſere Acquiſition aufheben, der unſrige hingegen ſeinen Widerſpruch gegen die Vereinigung der Anſpach- und Bayreuthiſchen Lande mit der Königlich-Preußiſchen Primogenitur entſagen, und zugleich beyde ſich freundſchaftlich einverſtehen müſſen, wie ſie ihre reciproque Vortheile durch einen anſtändigen Austauſch erreichen, und ſich hierinnfalls wechſelſeitig nach Thunlichkeit unterſtützen können. Werden dieſe Grundſätze und ihre erwähnte Application von dem dortigen Hof nicht angenommen, ſo iſt keine Möglichkeit zu einem gütlichen Vergleich vorhanden; werden ſie angenommen, ſo ſchlagen wir folgenden Ausgleichungs-Plan vor:

1) Der dortige Hof hebt ſeine bisherigen Widerſprüche gegen unſere in Baiern im wirklichen Beſitz habende Acquiſition ipſo facto auf, und dieſem zufolge entſaget unſer Hof allen ſeinen Widerſprüchen, gegen die Vereinigung der Bayreuth- und Anſpachiſchen Lande mit der Brandenburgiſchen Primogenitur.

2) Verſprechen ſich beyde Mächte noch directe noch indirecte gegen jeden freywilligen Austauſch, ſo ſie mit jemand von ihren Nachbarn über dieſe oder andere Appartinenzien treffen könnten, zu handeln, ſondern vielmehr verheißen ſie ſich beede wechſelſeitig ihre bona officia dazu.

3) Daß beede Höfe zu Berichtigung nach Recht und Billigkeit der Sächſiſchen Allodial-Forderungen mit dem Churfürſten von der Pfalz ihre bona officia gemeinſam anwenden wollen, und Ihro Majeſtät die Kaiſerinn über dieß auch zu Gefallen des Churfürſten von der Pfalz und nach dem mit ihm getroffenen Austauſch, um ihm annoch leichtere Bedingniſſe von denen Allodial-Prätendenten erhalten zu machen, dem Sächſiſchen Hofe mehreres wichtige, und in der Folge ſehr weſentliche Vortheile zukommen zu laſſen geneigt zu ſeyn ſich erklären.

Dieſer ganze Plan iſt ſolchergeſtalt der ſtrengſten reciproquen Billigkeit und Gleichheit angemeſſen. Das Chur-Pfälziſche Haus wird durch einen freywilligen Austauſch, der nicht anderſt von ihme angenommen wird, als unter anſtändigen Bedingniſſen, und das Sächſiſche durch Ueberkommung mittelſt eines Vergleichs mit Chur-Pfalz ſeiner billig gefundenen Allodial-Forderungen vollkommen zufrieden geſtellet, und andurch ſowohl die Ehre des Königlich-Preußiſchen Hofes, als ſeiner öffentlich übernommenen Protection ein vollſtändiges Genügen geleiſtet werden. Hierinnen beſtehen die einzig möglichen, mit dem wechſelſeitigen Anſehen und Intereſſe vereinbarliche Ausgleichungs-Wege zwiſchen beyden Höfen. Sind dieſelben einmal unter ſich verſtanden, ſo wird alles übrige bald und unſchwer zu berichtigen ſeyn. Wie denn auch ſogleich nach der Unterzeichnung dieſes Präliminar-Einverſtändniſſes die zuſammengezogenen Armeen aus einander gelaſſen, und beyde Theile von den disfälligen drückenden Laſten enthoben werden können.

Ich empfehle mich höflich, und verharre unausgeſetzt

Ew. Hochgebohrnen

Wien, den 31. May 1778.

ſchuldiger Diener,

Kaunitz-Rietberg.

An den
Herrn Grafen von Cobenzel.

No. 10.

No. 10.

Mémoire du Miniſtère Pruſſien remis au Comte de Cobenzel le 13. Jun. 1778.

Les ſouſſignés Miniſtres d'Etat ayant fait leur rapport au Roi, de ce que Mr. le Comte de Cobenzel, Envoyé Extraordinaire de Leurs Majeſtés Impériales & Royale, leur a fait connoître ſur l'affaire de Bavière dans la conférence du 7. de ce mois d'après une dépêche de Mr. le Prince Kaunitz du 31. de Mai, qu'il leur a communiquée, ils ont été chargés de répondre à ces ouvertures ſelon l'intention de S. M. avec la préciſion & la confiance qui peut ſeule conduire la négociation entamée à une heureuſe fin, & de demander en retour des explications catégoriques de la part de la Cour de Vienne.

La ſusdite dépêche contient d'abord une recapitulation des points généraux, qu'on a mis pour baſe de cette négociation, qui ne ſont ſujets à aucune difficulté, que S. M. a déjà acceptés.

Mais on ne ſauroit cependant s'empêcher de faire une obſervation préalable ſur les conſéquences, qu'on ſemble vouloir en tirer, comme ſi la Cour de Berlin reconnoiſſoit comme fondés les droits de tout autre prétendant à la Succeſſion de Bavière à l'exception de ceux de la Cour de Vienne, & qu'elle n'attaquoit ceux-ci que par des motifs relatifs à ſa convenance politique, & à l'équilibre établi entre les deux Cours. Si telle étoit l'intention de S. M. Pruſſienne, Elle n'auroit pas offert de contribuer à faire ceder à S. M. l'Impératrice-Reine une partie importante de la Bavière contre des équivalens à prendre ſur ſes Etats éloignés; & pour ce qui eſt de la modération & du déſintereſſement de S. M., Elle croit en avoir donné les preuves les moins équivoques, en ne demandant pour Elle-même que ce qui Lui revient par les droits les plus inconteſtables.

Les deux premiers Articles du Plan de conciliation propoſé, roulent en partie ſur des objets acceſſoires & étrangers à l'arrangement principal, qui eſt celui de la Succeſſion de Bavière.

Si S. M. a fait mention dans le Projet, qu'Elle a donné, de la réunion éventuelle des Marggraviats de Bareuth & d'Anſpach à la Primogéniture, ce n'a été que par ce que la Cour de Vienne l'a déſiré, & parce qu'il lui a paru en effet eſſentiel, d'obvier dès à préſent à tout ſujet de diſcuſſion pour l'avenir ſur une affaire, ſur laquelle on a paru jetter des doutes. Cet arrangement ne ſera d'ailleurs ſujet à aucune difficulté & pourra être ajuſté de la manière propoſée.

Le troiſiéme Article du même Plan, qui concerne les ſoins, que les deux Cours doivent ſe donner, pour terminer à l'amiable les différens de la Maiſon Palatine & de la Cour de Saxe, au ſujet des prétentions de cette dernière ſur la Succeſſion allodiale de Bavière, ſuppoſe l'arrangement de cette Succeſſion, & c'eſt préciſement ce qui demande d'être éclairci.

Sans vouloir entrer de nouveau dans la diſcuſſion des droits de la Cour de Vienne ſur les poſſeſſions qu'elle a occupées en Bavière, & que le Roi ne ſauroit admettre dans leur totalité, S. M. a déclaré dès le commencement de la né-

gociation, & déclare encore, qu'Elle ne s'oppoſera pas à ce que S. M. l'Impératrice-Reine conſerve une partie de ces poſſeſſions, qui pourroient faire ſa convenance, pourvû que la Maiſon Palatine ſoit dédommagé & miſe en état de ſatisfaire aux prétentions de la Cour de Saxe. Mais la gloire & la dignité de S. M. ne lui permettent pas, de ſe lier les mains par une Convention préliminaire ſans être informée au juſte de la Nature des échanges & des équivalens, au moyen desquels la Cour de Vienne ſe propoſe de moyenner cette ſatisfaction des Parties intéreſſées.

Les termes dans lesquels on s'énonce ſur cette matière dans un Article de la dépêche ſusalléguée, qui eſt ſéparé du Plan même, paroiſſent ſi vagues & ſi obſcurs, que S. M. croit pouvoir demander à la Cour de Vienne, qu'elle s'explique clairement, & qu'elle déclare d'une maniere non équivoque!

1) Quels ſont les diſtricts de la Bavière & du Haut-Palatinat qu'elle veut garder, & quels ſont ceux qu'elle ſe propoſe de rendre;

2) Quels ſont les échanges, quelle a en vuë, & quels équivalens elle veut donner à la Maiſon Palatine ſur ſon dédommagement;

3) En quoi conſiſtent proprement les avantages, qu'elle promet à l'Electeur Palatin, pour le mettre en état de ſatisfaire l'Electeur de Saxe;

4) Si la Cour de Vienne veut conſentir d'arranger toute la Succeſſion de Bavière, relativement aux droits de l'Electeur Palatin, de l'Electeur de Saxe, du Duc de Deuxponts & des Ducs de Mecklenbourg, avec le Roi, qui comme ami & allié de ces Princes, comme Electeur & Prince de l'Empire & par d'autres titres, qui ont été allégués, a tant de droit & d'interêt de prendre part à la juſte diſtribution de cette Succeſſion.

Une réponſe claire, préciſe & catégorique ſur ces quatre points mettra le Roi en état de juger, ſi cette affaire peut être terminé d'une maniere ſatisfaiſante pour toutes les parties intéreſſées, & facilitera en ce cas l'heureuſe concluſion de la négociation.

Le refus de ces explications rendroit l'accommodement impoſſible & feroit retomber ſur la Cour de Vienne tout le blâme des malheurs qui en réſulteroient.

S. M. ſe promet donc la juſtice, de la modération & de l'amitié de leurs Majeſtés Impériales, qu'elles ne refuſeront pas de lui donner ces éclairciſſemens, d'après lesquels Elle pourra ſe décider ſur une affaire de cette importance, & qui eſt ſi intéreſſante pour le bien de l'humanité & pour le maintien de la bonne intelligence entre les deux Cours.

Berlin ce 13. Juin. 1778.

FINKENSTEIN. HERTZBERG.

No. 11.

No. 11.

Réponſe verbale du 24. Juin 1778.

Les dernieres ouvertures de Mr. le Comte de Cobentzl, ſur lesquelles le Pr. de Kaunitz Rietberg a promis à Mr. le Baron de Riedeſel les éclairciſſemens qu'il Lui a demandés, dèsqu'il y ſeroit autoriſé, ſe trouvent avoir été faites en réponſe à des Propoſitions qui lui avoient été communiquées par le Miniſtère de S. M. Pruſſienne, au moyen d'un papier intitulé: *Projet ou Plan d'un arrangement général ſur la Succeſſion de Bavière qui pourroit ſervir de baſe à un Traité.* Il paroit eſſentiel par conſéquent, pour rendre plus ſenſibles les éclairciſſemens dont, en effet, ces ouvertures paroiſſent avoir beſoin, d'après la façon dont elles ſemblent avoir été ou n'avoir pas été entenduës, de les faire précéder par un Expoſé de la ſubſtance du dit Projet, afin que par l'analyſe & la comparaiſon de ce Plan d'arrangement avec les dernieres ouvertures du C. des Cobenzl, auxquelles il a donné lieu, on ſoit à même de pouvoir juger des raiſons qui ont dû faire enviſager ce Plan comme inadmiſſible, & en même tems de celles ſur lesquelles ont été établies les dites ouvertures.

Voici en ſubſtance le contenu du ſusdit Plan de Pacification:

On propoſe à S. M. l'Imp. Reine de reſtituer à Mr. l'Electeur Palatin tout ce qu'Elle poſſéde actuellement en Bavière en vertu de ſes droits & de ſa Convention avec ce Prince,

De ſe contenter en échange d'une autre des plus mauvaiſes Parties de la Bavière qui eſt indiquée dans le dit Plan,

Et d'en dedommager encore la Maiſon Palatine par la ceſſion des Duchés de Limbourg & de Gueldres.

On convient que Mr. l'Electeur Palatin eſt de droit obligé à ſatisfaire Mr. l'Electeur de Saxe ſur les prétentions qu'il forme à l'Alleu de Bavière, s'il étoit dédommagé de la manière ſusdite, on croit même qu'en ce cas il pourroit céder à l'Electeur de Saxe une Partie du Haut-Palatinat, lui remettre le mobilier de la ſucceſſion de Bavière, & le ſatisfaire encore par une ſomme d'argent proportionnée.

Et malgré cela on propoſe néanmoins à S. M. l'Empéreur, de conférer les fiefs de l'Empire vacans en Bavière à l'Electeur Palatin, & ceux que ſont ſitués en Suabe ainſi que les Seigneuries de Mindelheim & de Wieſenſteig à l'Electeur de Saxe,

Et à S. M. l'Imp. Reine pour faciliter tout cet arrangement, de renoncer aux Droits de Souzeraineté & autres, qu'Elle a comme Reine de Bohême ſur quelques Parties du Haut-Palatinat, de la Saxe & du Païs de Bareuth,

Ainſi que, non ſeulement de ne mettre aucun obſtacle à ce que les Païs d'Anſpach & de Bareuth puiſſent être incorporés à la Primogéniture de l'Electorat de Brandebourg, ou échangés contre les Marggraviats de la Baſſe & Haute-Luſace, & de quelques autres Diſtricts, que l'on ne nomme point, mais on demande même que S. M. l'Imp. Reine veuille bien, pour que cet échange puiſſe avoir lieu, renoncer à tout droit de Féodalité, de reverſion ou autres, qu'elle pourroit avoir ſur la Luſace entiere ou ſur quelque partie de ce Païs. En un mot,

On propoſe à la Maiſon Impériale, comme ſi Elle n'avoit pour Elle ni ſe droits, ni ſa Convention, de tout rendre & de ne rien garder, attendu qu'on ne donne rien lorsqu'on donne l'équivalent, de ce qu'on garde; & quoique ſur ce pied, il ſe trouveroit, que l'Electeur Palatin rentreroit dans la poſſeſſion de la totalité de la Succeſſion Bavaroiſe, puisqu'il ſeroit dédommagé de ce qu'il en céderoit, & que moyennant cela ce ſeroit Lui ſeul, qui de droit ſe trouveroit obligé à ſatisfaire l'Electeur de Saxe ſur les prétentions qu'il forme à l'Alleu de Bavière; on croit malgré cela pouvoir propoſer à S. M. l'Impératrice, qui n'en garderoit rien, puisqu'Elle en auroit donné l'équivalent, de ſe charger ce nonobſtant, au moins en partie, de la ſatisfaction des Héritiers allodiaux, par la ceſſion de nombre de droits, qui ſont & peuvent être par la ſuite des tems de la plus grande importance.

Et enfin dans le moment même, auquel on croit pouvoir propoſer à la Maiſon d'Autriche, de renoncer à une acquiſition, qui pourroit au moins jusq'à un certain-point maintenir l'équilibre de puiſſance entre Elle & S. M. Pruſſienne, on croit pouvoir Lui demander ce nonobſtant de concourir dés à preſent, par ſon conſentement & les renonciations qu'on Lui demande, à l'augmentation conſiderable de puiſſance, qu'acquéreroit S. M. Pruſſienne, par la réunion des Marggraviats de Bareuth & d'Anſpach à la Primogêniture de Sa Maiſon, ou par leur échange contre des Etats qui ſeroient encore plus à ſa bienſéance.

C'eſt à quoi ſe réduiſent au fond les propoſitions du Plan de Pacification en queſtion. L. M. Imperiales & Royale n'ont pu y voir par conſequent que des propoſitions incompatibles avec ce qu'Elles ſe doivent à Elles mêmes, avec leur bon droit, avec la raiſon d'état, & avec la juſte reciprocité, qui ſeule peut rendre un accommodement poſſible; il ne peut point paroitre étonnant moyennant cela, qu'Elles n'ayent point pu donner les mains à un pareil arrangement, & elles penſent, que, de ſang froid, perſonne ne pourra voir cet état des choſes autrement qu'elles ne l'ont enviſagé.

Voici en échange ce que le Comte de Cobenzl a propoſé de la part de L. M. I. par la communication d'une lettre contenant les ordres qui Lui avoient été adreſſès pour cet effet, & par des explications verbales qu'il y a ajoutées, pour le cas auquel les Préliminaires qui étoient propoſés par la dite lettre, fuſſent adoptés.

L. M. I. offrent à S. M. Pruſſienne, de Lui aſſurer dès-à préſent l'acquiſition des Marggraviats de Bareuth & d'Anſpach: par leur acquieſcement à l'incorporation de ces deux Margraviats à la Primogeniture de l'Electorat de Brandebourg; & Elles ne demandent en échange que l'acquieſcement reciproque de S. M. Pruſſienne à l'acquiſition des diſtricts qui ſont dévolus à S. M. l'Impératrice Reine en Bavière, en vertu de ſes droits & de ſa Convention avec Mr. l'Electeur Palatin. L. M. I. & R. offrent à S. M. Pruſſienne non ſeulement de ne point mettre obſtacle, ni directement, ni indirectement à aucun échange qu'elle ſeroit dans le cas de pouvoir faire des dits Marggraviats avec quelqu'un de ſes voiſins, mais même Leurs bons Offices pour cet effet. & elles ne lui demandent pour reciprocité que l'engagement mutuel de ne point mettre obſtacle non plus, ni directement, ni indirectement à aucun échange qu'Elles pourroient faire avec quelqu'un de Leurs voiſins, mais d'y concourir même par ſes bons offices.

Et Elles propoſent enfin de joindre leurs bons offices à ceux de S. M. Pruſſienne pour procurer aux Héritiers allodiaux une ſatisfaction juſte & raiſonable; &

S. M.

S. M. l'Imp. offre même, pour faciliter un accommodement ſur ce ſujet à Mr. l'Electeur Palatin, d'accorder à la Maiſon de Saxe des avantages importants pour Elle.

L. M. Imper. offrent donc à S. M. Pruſſienne un aggrandiſſement tout au moins reciproque.

Elles propoſent un conſentement mutuel à des échanges, leſquels ne pouvant avoir lieu qu'en ſuppoſant l'acquieſcement voluntaire des Parties, ne peuvent laiſſer aucun doute ſur leur ſatisfaction, &, en la ſuppoſant, ſauvent la dignité de S. M. Pruſſienne, vis à vis de tous ceux pour leſquels Elle s'eſt intereſſée, ainſi qu'ils mettent à couvert en même tems celle de S. M. l'Impératrice-Reine.

Mais comme il eſt eſſentiel néanmoins en même tems, qu'il n'y ait aucun mesentendu ſur le vrai ſens de ces propoſitions, L. M. I. & R. croyent devoir ajouter cependant, qu'ainſi que, au cas que l'on puiſſe convenir avec la Maiſon Palatine d'échanges, que de part & d'autre on trouveroit être de ſa convenance, S. M. l'Imp. pour rendre celui de la Luſace poſſible, accordera, en faveur de S. M. Pruſſienne, les renonciations néceſſaires pour cet effet; & que en faveur de Mr. l'Electeur Palatin Elle accordera à la Maiſon de Saxe differents avantages, qui pourront alléger à ce Prince le poids de ſon accommodement avec les Héritiers allodiaux; de même au cas que l'on ne put pas convenir avec la Maiſon Palatine, S. M. l'Imp. Reine ne promet que ſon acquieſcement pur & ſimple à l'incorporation des Marggraviats de Bareuth & d'Anſpach à la Primogéniture de l'Electorat de Brandebourg, contre l'acquieſcement pur & ſimple de S. M. Pruſſienne à l'acquiſition des Diſtricts qui Lui ſont dévolus en Bavière, en vertu de ſes Droits & de ſa Convention, pour lui tenir lieu au moins jusqu'à un certain point de l'aggrandiſſement reciproque, que, pour le maintien de l'équilibre de puiſſance entre les deux Cours, on a témoigné regarder jusqu'ici comme indiſpenſable; & dans ce dernier cas, S. M. l'Impératrice-Reine entend de renoncer à aucun de ſes droits da féodalité ou autres, en faveur de qui que ce ſoit; ſans pretendre ſe retracter néanmoins, même dans ce cas, des aſſurances, qu'Elle a déjà données à tous les Intéreſſées à la Succeſſion Bavaroiſe, de la Juſtice qu'Elle eſt prète à Leur rendre, & des ſatisfactions qu'Elle ne ſe refuſera jamais à Leur donner ſur toutes les prétentions, qu'ils feront dans le cas de pouvoir juſtifier & prouver d'une façon légale & par les voyes regulieres.

L. M. I. croient moiennant tout ce que ci-deſſus, avoir ſatisfait à tous les devoirs de l'équité & de la reciprocité la plus parfaite.

Et il ne s'agit plus que de ſavoir par conſéquent, ſi S. M. Pruſſienne croit pouvoir adopter leurs propoſitions pour baſe d'un Traité préliminaire, ou ſi Elle croit devoir s'y refuſer.

Dans le dernier cas, tout arrangement amiable eſt impoſſible, & tout éclairciſſement ulterieur ſeroit ſuperflû.

Mais dans le premier cas au contraire tout pourra s'arranger; & dès que des articles préliminaires ſur le pied des propoſitions continues dans la lettre du Pr. de Kaunitz-Rietberg, communiquées en dernier lieu au Miniſtère de S. M. Pruſienne, ſe trouveront être arrêtés, il n'y aura plus de difficulté à ce que les deux Cours puiſſent s'expliquer & s'entendre ſur *le quomodo* des échanges reciproques, & ſur la ſatisfaction des Prétendants à la Succeſſion allodiale de Bavière. à Vienne le 24. Juin. 1778.

KAUNITZ RIETBERG.

No. 12.

No. 12,

Réponſe du Miniſtère Pruſſien à la réponſe verbale de Mr. le Prince de Kaunitz, du 3. Juil.

Le Roi n'a pû voir ſans ſurpriſe, que dans la réponſe verbale du 24. de Juin, que Mr. le Comte de Cobenzl a remis au Miniſtère Pruſſien, & Mr. le Prince de Kaunitz au Baron de Riedeſel, on ait donné au Plan d'un arrangement général de Bavière, propoſé de la part de Sa Majeſté, une interprétation ſi contraire à ſon véritable ſens, & qu'on en veuille attribuer un aux propoſitions de la Cour de Vienne & leur approprier une préférence, dont elles ne ſont aucunement ſuſceptibles. Pour ne laiſſer aucun doute ſur cet énonce, on en fera voir la vérité par une courte analyſe de la ſusdite réponſe verbale.

Quoique S. M. ne puiſſe en aucune façon reconnoître la validité des droits de S. M. l'Impératrice-Reine ſur la Baſſe-Bavière, la prétention qu'on dérive d'une Inveſtiture ou Expectative donnée en 1426. par l'Empereur Sigismond à Albert Duc d'Autriche, & à ſes héritiers, n'étant pas fondée, & donnant, ſi elle l'étoit, le droit de ſucceſſion à la Maiſon de Brandebourg, comme deſcendante en ligne droite de la fille aînée du Duc Albert V. & non à la préſente Maiſon d'Autriche, qui ne deſcend que de la fille puinée de ce Prince; quoique la Convention du 3. Janvier, qui ſuppoſe la vérité de cette prétention, ne puiſſe ſelon toute juſtice donner un nouveau droit à S. M. l'Impératrice-Reine, le Roi n'a pourtant pas exigé, qu'Elle reſtitue à Mr. l'Electeur Palatin tout ce qu'elle poſſède actuellement en Bavière, mais il a propoſé, uniquement pour l'amour de la paix & de la tranquillité, qu'il ſeroit cédé à S. M. l'Impératrice-Reine deux grands diſtricts de la Bavière, qui, du jugement de tous ceux qui connoiſſent le local, paſſent pour faire une des meilleurs parties de ce païs, qui arrondiſſent parfaitement la Bohême & l'Autriche, qui ſont bordés par deux grandes rivières comme des limites naturelles, & qui ſont par conſéquent très-propres à faire la convenance de la Cour de Vienne, ſans couper la Bavière par le milieu, & dont l'un fait déjà actuellement partie de ce que S. M. Imp. a fait occuper.

Dès que S. M. l'Impératrice-Reine obtient gratuitement & ſans aucun titre légitime un arrondiſſement auſſi conſidérable du corps de ſes Etats, il eſt juſte, qu'elle en donne un dédommagement quelconque à la Maiſon Palatine. Celui qu'on lui a propoſé des Duchés de Limbourg & de Gueldres ne doit pas lui couter, ne conſiſtant que dans deux petits diſtricts détachés & fort éloignés du dit Corps de ſes états, très-inférieurs tant pour la qualité que pour la grandeur aux parties de la Bavière qui devoient lui reſter ſelon ce Projet.

Ce

Ce qu'on a propoſé pour la ſatisfaction de Mr. l'Electeur de Saxe ſur ſes prétentions allodiales, eſt conforme aux notions qu'on a de ces prétentions & auroit dépendu d'un arrangement amiable, qu'on auroit tâché de faire entre ce Prince & la Maiſon Palatine.

On a crû, qu'en aſſignant les Seigneuries de Mindelheim & de Wieſenſteig à Mr. l'Electeur de Saxe, le ſusdit arrangement amiable auroit pû être facilité par ce moyen & peut-être par des échanges.

On croit, que la propoſition qu'on a faite, de conférer à Mr. l'Electeur Palatin les fiefs de l'Empire vacans en Bavière, auroit fourni le moyen le plus équitable de dédommager la Maiſon Palatine en quelque façon de la perte immenſe, qu'elle feroit toûjours par le démembrement propoſé de la Bavière.

On penſe, que pour faciliter l'arrangement général de la Succeſſion de Bavière, pour hauſſer un peu l'équivalent très-médiocre, que S. M. l'Impératrice-Reine donneroit par les Duchés de Limbourg & de Gueldres, contre la grande acquiſition, qu'elle doit faire en Bavière & pour s'en procurer par-là une eſpece de tître, elle ne devoit pas faire difficulté, de renoncer aux droits de ſuzeraineté & autres qu'elle peut avoir comme Reine de Bohême ſur quelques parties du Haut-Palatinat, de la Saxe, & du païs de Bareuth, droits, qui ſont en partie litigieux, de peu de valeur & de rapport, & qui ne ſont bons qu'à exciter des altércations entre les voiſins.

Le Roi n'a beſoin que du conſentement des Membres de la Maiſon de Brandebourg pour diſpoſer du ſort futur des païs d'Anſpach & de Bareuth. S. M. n'en a pas demandé le conſentement à la Cour de Vienne, mais comme elle l'a offert elle-même dans ſon premier projet de Convention, que S. M. l'Empéreur a envoyé au Roi par ſa lettre du 13. Avril & comme elle déclare hautement, qu'elle veut mettre obſtacle à la réunion qu'on voudroit faire des dits Marggraviats à la Primogéniture de l'Electorat de Brandebourg, S. M. a crû pouvoir profiter de cet offre, pour écarter l'oppoſition inattenduë qu'on lui annonce, & ſans qu'elle veuille reconnoître par là aucun droit oppoſition pareille, ni compter pour un ſacrifice la renonciation que la Cour de Vienne voudroit y faire.

Il en eſt en quelque façon de même de l'échange des deux Marggraviats contre la Luſace. La Cour de Vienne a fait naître elle-même l'idée de ce troc, en offrant dans le quatriéme Article de ſon premier projet de Convention ſon conſentement à tel échange volontaire, que le Roi voudroit faire avec ſes voiſins, & enſuite ſa renonciation à ſon droit de rachat & autres ſur la Luſace. On a reçû cette offre avec reconnoiſſance, quoique le ſacrifice que la Cour de Vienne feroit par-là, ne feroit que très-médiocre, quand on conſidere, combien l'exercice de ſon droit peut être éloigné,

Bayerische Staatsbibliothek München

ne pouvant avoir lieu, qu'après l'extinction de la Maiſon de Saxe. En général, le Roi n'a eû qu'une idée paſſagere de ce troc; il n'y a jamais inſiſté; il l'a propoſé ſans aucune vuë d'agrandiſſement, uniquement par le motif de la contiguité de ſes Etats & dans l'intention de céder à la Maiſon de Saxe, un pais contigu à ſon Electorat & à la partie de Bavière où elle auroit pû recevoir l'équivalent de ſes prétentions allodiales, païs égal, ſi non ſupérieur, à la Luſace, en revenus, en fertilité, & en population.

Les concluſions, qu'on affecte de tirer dans la réponſe verbale de ces propoſitions, ſont auſſi peu juſtes que peu conformes aux intentions du Roi. On ne pouvoit rien accorder à la Maiſon Impériale pour ſon droit, parcequ'on n'en ſauroit reconnoître aucun. Cette conſidération n'a pas empêché, que le Roi n'ait voulû conſentir, qu'elle gardât une partie importante de la Bavière; S. M. auroit contribué par là à lui procurer un arrondiſſement conſidérable ſans aucun titre & ſans aucun retour pour elle-même.

Les équivalens très-médiocres, qu'on a demandées à S. M. l'Impératrice-Reine, ſont ſi peu proportionnés avec l'acquiſition qu'on lui a propoſés en Bavière, que celle-ci auroit emporté la balance peut-être ſix fois en revenus, ſans compter l'avantage conſidérable de l'arrondiſſement du corps de l'Etat. Tout juge impartial conviendra, qu'on n'auroit pû mieux choiſir & déterminer le local & les limites de cette acquiſition pour la convenance de la Maiſon d'Autriche. Il étoit bien juſte, qu'en conſidération d'une acquiſition ſi importante, elle contribuât un peu à la ſatisfaction des héritiers allodiaux par la ceſſion de quelques droits qui ne rapportent rien.

On a déjà obſervé, que le Roi n'a pas demandé le conſentement de S. M. l'Imperatrice-Reine à la réunion des Marggraviats de Franconie & à l'échange de la Luſace. S. M. n'a fait qu'accepter l'offre, que lui en a été faite. Elle croit pouvoir provoquer aux ſentimens élevés de cette auguſte Princeſſe & à celui de tout le monde impartial, ſi l'on peut avec la moindre apparence d'équité & de juſtice comparer les droits de ſucceſſion inconteſtable que la Maiſon de Brandebourg a ſur ſes Etats héréditaires en Franconie, avec une prétenſion deſtituée de tout fondement, qu'on fait au nom de S. M. l'Impératrice Reine ſur un païs tout-à fait étranger à ſa famille, & laquelle, ſelon les titres produits par elle-même, n'appartient point à la préſente Maiſon d'Autriche. L'équilibre de puiſſance eſt à la vérité fondé en politique, mais il doit en même tems être déterminé par la juſtice. On eſt perſuadé d'ailleurs, que la Cour de Vienne ne penſe pas ſérieuſement, que l'équilibre entre elle & celle de Berlin ne puiſſe être ſoutenu

Bayerische Staatsbibliothek München

tenu qu'en mettant les Marggraviats de Franconie dans la balance contre ſon acquiſition en Bavière.

On à lieu de croire, que ſi Leurs Majeſtés Imp. avoient voulû prêter quelque attention à toutes les conſiderations qu'on vient d'alléguer, elles auroient trouvé Elles-mêmes, que le Plan de Pacification propoſé par le Roi, eſt non ſeulement conforme à la raiſon d'Etat & à leur intéret, mais qu'il ſurpaſſe de beaucoup à leur avantage la juſte reciprocité & tout ce qu'elles pouvoient ſouhaiter.

Il eſt impoſſible de dire & de ſoutenir la même choſe des préliminaires que le Comte de Cobenzl a propſés au Miniſtère du Roi.

Quand leurs Majeſtés Imp. offrent au Roi leur acquieſcement à l'incorporation des Marggraviats de Bareuth & d'Anſpach à l'Electorat de Brandebourg, & demandent en échange l'acquieſcement reciproque de S. M. à l'acquiſition des diſtricts, que S. M. l'Impératrice-Reine prétend garder en Bavière, en vertu de ſa convention avec Mr. l'Electeur Palatin, Elles mettent en parallele une ſucceſſion légitime, mais éloignée, & nullement comparable pour la valeur intrinſeque, avec une autre ſucceſſion nullement fondée, dont la réaliſation anéantiroit les droits beaucoup plus clairs & liquides de la Maiſon Palatine, & de celle de Saxe, & renverſeroit la paix de Weſtphalie, toute la conſtitution & tout le ſyſteme de l'Empire ainſi que l'équilibre de puiſſance, qui devroit y être établie.

S. M. n'a pas été inſenſible à la marque de complaiſance, que Leurs Majeſtés Impériales ont voulu lui donner, en offrant de ne pas mettre obſtacle à l'échange des dits Marggraviats; mais ſon intention n'a jamais été d'en profiter autrement, qu'avec juſtice, égalité & diſcretion, & elle ne ſauroit trouver la reciprocité ſuppoſée dans la demande, que Leurs Majeſtés Impériales font de ne mettre aucun obſtacle à l'échange qu'elles ſe propoſent de faire avec Mr. l'Electeur Palatin. Cette demande ſuppoſe toujours que la Convention du 3 Janvier & le démembrement de la Bavière, qui y eſt projetté; doit ſubſiſter, que ſelon cette Convention Leurs Majeſtés Impériales veulent conſerver la liberté d'échanger la Bavière en partie & même en *totalité;* que le Roi ne doit prendre aucune part à l'arrangement de la Succeſſion de Bavière, & nombre d'autres ſuppoſitions & conſequences, qui ne ſauroient être conciliées ni avec les droits inconteſtables de la Maiſon Palatine, & de celle de Saxe, ni avec la dignité, la ſureté & l'interêt de S. M. & de tout l'Empire. Ces mêmes circonſtances rendent impoſſible le conſentement mutuel avec la Maiſon Palatine à des échanges & l'acquieſcement volontaire des parties, que Leurs Majeſtés Impériales & Royale croyent pouvoir ſuppoſer.

L'offre que font Leurs Majeſtés Impériales, de concourir à procurer aux héritiers allodiaux une juſte ſatisfaction, ne pourra jamais ſortir qu'un effet très limité, auſſi longtems qu'elles perſiſtent à vouloir garder la moitié de la Bavière, ce qui mettroit l'Electeur Palatin toujours hors d'état de ſatisfaire les héritiers allodiaux.

La déclaration & l'offre générale, que Leurs Majeſtés Impériales font à la fin de la rêponſe verbale, ainſi que dans le Mémoire du 7. de Mai, de vouloir rendre juſtice & ſatisfaction à tous les Intéreſſés à la ſucceſſion Bavaroiſe & nommément à Mr. le Duc de Deuxponts, ſur les prétentions, qu'ils pourroient juſtifier par les voyes réguliéres & légales, eſt à la vérité juſte & digne de leur façon de penſer, mais elle ne pourra produire ſon effet qu'autant que leurs Majeſtés Imp. voudront ſe décider à rétablir la Maiſon Palatine dans la poſſeſſion de la Bavière, dont elle a été privée arbitrairement, & à convenir avec les Intéreſſés d'un Juge ou d'un Tribunal impartial devant lequel on puiſſe diſcuter & faire juger des cauſes auſſi importantes, d'autant plus que S. M. l'Empereur ne voudra & ne pourra être juge dans ſa propre cauſe.

En général, quand on voudra faire un juſte paralléle des propoſitions faites de part & d'autre, on trouvera, que celles du Roi ſont claires, déterminées, juſtes & conformes à la dignité ainſi qu'au plus grand intérèt des Leurs Majeſtés Imp. & que d'un autre côté celles de la Cour de Vienne ſont vagues, & obſcures, qu'elles tendent à achever & à authoriſer le démembrement illégal dela Bavière, à priver la Maiſon Palatine de la plus grande partie de ſon Patrimoine, & les héritiers allodiaux de la poſſibilité d'obtenir une juſte ſatisfaction.

La Cour de Vienne ayant donc déclaré dans ſa réponſe verbale du 24. de Juin: *que ſi le Roi ne vouloit pas adopter ces propoſitions, tout arrangement amiable devenoit impoſſible & tout éclairciſſement ultérieur ſeroit ſuperflû;* S. M. ne ſauroit regarder cette déclaration que comme une rupture de la negociation, faite de la part de la Cour Impériale, & Elle ſe voit obligée de rompre cette négociation auſſi de ſon côté & de ſe dédire des propoſitions avantageuſes, que le ſeul deſir de maintenir la tranquillité générale lui a fait faire. Après avoir épuiſé inutilement toutes les voyes de la modération poſſibles, S. M. ſe voit forcée de recourir à la ſeule voye qui Lui reſte pour s'oppoſer au démembrement de la Bavière, & en prenant malgré Elle ce parti extrême, Elle croit n'avoir rien à ſe reprocher & pouvoir même compter ſur l'approbation générale de ſes Co-Etats de l'Empire & de l'Europe entière. Berlin le 3. Juillet 1778.

FINKENSTEIN. HERZBERG.

No. 13.

No. 13.

Theilungs-Brief zwiſchen dem Pfalzgrafen Ruprecht und Rudolph an einem, und Kayſer Ludwig und ſeinen Söhnen am andern Theil, geſchloſſen zu Pavia 1329.

Wür Rudolph: und Rueprecht von Gottes Genaden Pfalzgrauen bey Rhein: und Herzogen in Bayern ꝛc. verjehen für Vns: und für Herzog Rueprechten vnſers Brueders Sun Herzog Adolphs ſeel. vnd für vnſer Erben offentlich an dieſem Brieue, daſ Wür mit verdachten Mut: mit gutem Willen, und mit Rat unſerer Laudt, bej dem Rein zu Bayrn, zu Schwaben: und ze Oeſterreich Freuntlich und Lieplich getailt haben mit vnſerm lieben Herrn: und Vettern Kayſer Ludwig von Rom: und mit ſeinen Kinden Ludwig Margrafen zu Brandenburg, Pfalzgrauen bey Rein: und Herzogen in Bayrn alſ hernach geſchriben ſtet, daſ Vns iſt ze vnſern Theil angefallen, die Gut, die zu der Pfalz gehörent, und gehören ſullen, Burg-Stet, Marckt-Grauen, Freyen, Dienſtman, Ritter, knecht, Land: und Leut: und die Veſſten.

Thub, Burg und Statt.
Der Pfalzgrauen ſtein.
Stalberg die Burg.
Stalegk die Burg.
Brumshorn die Burg.
Bachrach. | Diepach. | Stegen. | Manheim. | Heimbach. | Trechterhauſen. } Die Zeler.
Rimbull der Marckt.
Fürſtnberg die Burg.
Reichenſtein die Burg.
Strengberg die Burg.
Allzej Burg: und Statt.
Wünheim Burg: und Statt.
Bachenheim die Burg.
Winzingen die Burg.
Wolfſperg die Burg.
Elbſtein die Burg.
Erbach die Burg.
Lindenfehlſ die Burg.
Rinhauſen die Burg.
Heidlwerg die Ober: und Nieder Burg: und die Statt.

Weiſenloh Burg: und Statt.
Herpfuberg die Burg.
Obernkrinn die Burg.
Landefer die Burg.
Turnau die Burg und die Pfalz: und was darzue gehört.
Stainberg die Burg.
Wellerſen die Burg.
Neuſtatt die Statt.
Hillerſpach die Statt.
Agerſheim die Statt.
Vnd waſ zu den vorgenanten Burgen: ſteten: und Märckten gehörent.
Vnd darzu ſo iſt vnnſ geuallen zu unſern Tail aus dem Viztum Ambt zu Lengueld:
Hilpoltſtein die Burg.
Der Marckt Hochenſtein die Burg.
Harſpurg der Markt.
Hertenſtein die Burg.
Pagnuz. | Velden. | Plech. } die Marckt.
Franckenberg die Burg.
Waldeck die Burg.

Preſſat
Kemnaten } die Märckt.
Erndorf
Turndorf die Burg
Eſchenbach der Marckt.
Aurbach der Marckt.
Uritſtein die Burg.
Neuenmarkt die Statt mit der Hofmarch zu Perngau.
Heunſperg die Burg.
Perge die Burg.
Meckenhauſen die Burg halb.
Pfaffenhouen die Burg.
Lauterhouen der Marckt.
Grimſpeck die Burg.
Sulzbach Burg: und Statt.
Werttenſtein die Burg.
Roſenberg die Burg.
Hirſau der Marckt.
Amberg die Statt.
Napurg die Statt.
Nenſtatt die Statt.

Stornſtein die Burg.
Murach die Burg
Viechtach der Marckt.
Neunburg die Statt.
Wetternfeld die Burg.
Rottingen
Nittenau } die Märckt.
Draſwitz
Peilnſtein } die Bürg.
Segenſperg
Waldau die Burg halb.
Stephening
Schwartzenegg } die Burg.
Vnd waſ die Bürg: und die Märckte von dem Reich ſteen.
Schloß-Burg: und Märckt.
Pargſtein die Burg.
Weiden
Vahrndräs } die Märckt.
Au
Vnd was zu den vorgenanten Bürgenſteten: und Märckten gehört.

So iſt vnſerm Herrn: und Vettern Kayſer Ludwigen von Rom: und ſeinen Kinden Ludwig Margrauen zu Brandenburg Pfalzgraven bey Rein: und Herzog in Bayrn: und ir Erben zu ihrem thail angefallen.

München die ſtatt.
Vohburg
Signburg } Burg- und Märckt.
Mainburg
Gerolfingen die Burg.
Köſching Burg: und Marckt.
Neuburg Burg: und Statt.
Friedberg Burg: und Statt.
Mühlhauſen die Burg.
Schnaittach die Burg.
Schiltberg die Burg.
Aichach
Schrobenhauſen } die Marckt.
Möringen
Schwabegg die Burg.
Landſperg Burg: und Statt.
Lechſperg die Burg.
Wolfertshauſen Burg: und Marckt.
Tölz Burg: und Marckt.
Grünenwalt die Burg.

Aybling die Burg: und Statt.
Schwaben Burg: und Marckt.
Waſſerburg Burg: und Statt.
Hadmarſperg die Burg.
Kueffſtein Burg: und Statt.
Aurburg die Burg.
Rattenberg Burg: und Marckt.
Werberg die Burg.
Kützbichel die Statt.
Epps die Burg.
Falkenſtein die Burg.
Dachau Burg: und Marckt.
Haimbhauſen die Burg.
Pál die Burg.
Widerſperg die Burg.
Murnau Burg: und Marckt.
Rottenegg die Burg.
Reichertshouen die Burg.
Hechſtatt Burg: und Statt.
Hagel die Burg.

Doner-

Donerſperg die Burg.
Peitengau die Burg.
Schongau die Statt.
Valley die Burg.
Trewuſheim die Burg: und Wart-ſtetten.
Arnſperg Burg: und Marckt.
Neuſtatt die Statt.
Ingolſtatt die Statt.
Alten Neuburg die Burg.
Rain die Statt.
Gamerſheim, Geiſenueld, Ebenhauſen, Pfaffenhouen — die Markt.
Weilham, Werde, Laugingen — die Statt
Gundolfing Burg: und Statt.
Manching die Burg.
Vnd was zu dem Vitzdom Ambt München gehört: und gehören ſoll: vnd zu demſelben Tail gefelt, auch aus dem Vitzdom Ambt zu Lengenueld.
Lengenueld Burg: und Statt.
Calmünzburg Burg: und Marckt.
Sundmühlen der Marckt.
Regenſtauf Burg: und Marckt.
Die Vorſtatt zu Regenſpurg.
Weir die Burg.
Velburg Burg: und Marckt.
Leutzmanſtain die Burg.
Heybau die Statt.
Riedenburg Burg: und Statt vnd alle die Rechten zu Regenſpurg in der Statt, die zu der Burgſchaft ze Riedenburg gehören.
Vnd der Werde in der Donau zu Regenſpurg.
Tahenſtein die Burg.
Egerſperg die Burg.
Altmanſtain die Burg und Marckt.
Holenſtein die Burg.
Viechhauſen die Burg.
Schwangdorf der Marckt.
Vnd was zu den vorgenanten Burgen, Stett: und Märckten gehöret.

Vnd ſullen Wür: und Unſer Erben den Unſern Vnſer vorgenanter Herr: vnd Vetter Kayſer Ludwig ſeine kind Ludwig: und Stephan: und ir Erben, den Iren tail Inne haben mit allem dem, daſ zu denſelben Veſten: und Guten gehört, mit Leuten an Guten, an Gerichten, Dörfern, Weilern, Wälden, Vörſten, Holzern, Waſſern, Viſchrain, Wiltpen, Straſſen, Gelaiten, Circken, ſältzen, Manlehen, Herrſchaften: und Land gerichten: und anders, was darzu gehört, beſuechts: und Vnbeſuchts, vnd erpauens: und Vnerpauens, alſ es von vnſern Vordern herkommen iſt.

Wür ſullen auch leihen alle die Lehen, die zu Vnſerm tail gehörent, alſ ſullen ſy auch leihen alle Lhhen, die zu ihrem tail gehörent: und mit Nammen ſullen Wür leihen, Cholenberg die Burg: vnd alſ der Strich geet, von Cholenberg: gen Weiſſenburg: vnd auf gen Franken und den Behammer Wald, ſo ſullen ſy mit Nammen leihen alle die Lehen, als der ſtrich geet von Weiſſenburg auf gen den gepurg gen Schwaben: und gen Ober Bayrn ꝛc.

Vnd die Veſten: und gut. Waſſer Truchendingen. Chorwlſheim. Hochenart. Löhr. Stoffenhaim: und Lerpau. ſullen Wür: vnd ſy miteinander eingewinnen: und miteinander thailen, als vil Wür gewinnen mügen.

Auch ſullen Wür: und ſy die Wachau in Oeſterreich: und Was darzu gehörk mit einander leſen: und gleich haben und nieſſen.

Wür ſullen auch: und Unſer Erben unſerm Herrn: und Vettern: und ſeinen Kindn Ludwigen: vnd Stephan: und Iren Erben mit Leib: und Gut mit ganzen Treuen zu legen: und geholfen ſein gen allermeniglich, Wie er genant ſey yedman zu ſeinem Recht, alſo ſullen ſy vns herwider thun.

Wür ſullen auch Unſer Herrſchaft, Veſt: und Gut niemand geben noch Verkauffen, und Was Wir ye verkauffen mieſſen, die ſullen Wür Jne zekauf geben, und anders niemand, daſ ſullen ſy unſ herwider thun.

Wir ſullen auch unſer Veſſt: und Gut, wie die genant ſind, nichtz Verſetzen, keinem kunig noch Fürſten, er Pfaff- oder Lay, alſo ſullen ſy auch thun.

Wür ſullen auch Unſer Herrſchaft, bürg, ſtet, noch gut niemand Leihen, Verſetzen- noch Verwexlen mit geuärdt auf Jhrn ſchaden deſſelb ſullen ſy vnſ herwider thun.

Und ob der Herrn Dienſtmanen, Ritter-oder knecht ainer-oder mer, die zu unſerm Land gehörent, von vnſ: und von dem Land keren wolten, ſo ſullen Wür baidenthalben auf den- oder ſy einander Geholffen ſein, als lang vnnz daſ wür, es darzu bringen, daſ ſy bey der Herrſchafft: und bei dem Land beleiben.

Wür ſollen auch ire Diener, die Jn mit dem tail geuallen ſind, oder in iren Landen geſeſſen ſind, wider ſy nit Verſprechen, noch ſye die vnſern wider vns.

Wür ſullen auch den erſten Römiſchen kunig wehlen. für vns: und unſern tail, ſo ſullen vnſers lieben Herrn: vnd Vetern Kayſer Ludwigs- kind Ludwig, vnd Steffan - oder ir Erben den andern Römiſchen kunig wehlen, und alſo ſull die Wechſlung der Wal des Reichs zwiſchen vnſ: und vnſern Erben fürbas ewiglich bleiben.

Und wene es darzu kumt, daſ Wür den Römiſchen kunig wehlen ſullen, ſo ſullen Wür: und vnſer Erben vnſer vorgenant Vetern Ludwig: und Steffan vnd ir eruen bewarnen: und beſorgen gen dem Römiſchen kunig, als vnſ ſelben, daſ in Wideruar vm Lehen, vm Saßung: und vm ander Recht, die ſy haben ſullen von dem Reich: und die zu iren Landen gehörent, die Unſer baid Vettern gehabt haben: und an vns und an ſich bracht habent, daſſelb ſullen ſy: und ir Erben vnſ: und vnſern Erben herwider thun, al offt die Wal des Reichs an ſy kumbt.

Und ob Wür- oder Unſer thail- oder vnſen ſy- oder ir Erben Jrrten, oder yberfürn an der Wal des Reichs- und ſy nicht wolten laſſen welen, alſ ſy billich ſolten, alſ vorgeſchrieben ſtet, ſo ſullen Wür vnſer thail: und vnſer erben die Wal des Reichs verloren haben, vnd ſull danne die Wal des Reichs an ſy: und ir erben geuallen: und ewigelich an in beleiben.

Zu gleicher weiß ſull die Wal des Reichs an Unſ vnſern tail: vnd vnſer Erben gefallen: vnd ewigelich an vns beleiben, Ob ſye oder ir Erben vns

vnſern

vnſern tail: vnd vnſern Erben Irrten, oder yberfuren an der Wal, ſo wir welen ſolten.

Vnd Ob Wür vnſer tail: oder vnſer erben on Erben Verfaren, ſo ſullen vnſer Land-Leut: und Herrſchafft: und die Wal des Reichs auf ſy: und ir Erben geuallen, vnd Erben, auch ſullen herwider ir Land, Leut, und Herrſchafft: vnd die Wal des Reichs auf vnſern tail: vnd vnſer Erben geuallen: vnd erben, Ob ſy on erben Verfarn.

Vnd was krieg, miſſhellung: und aufleuff geſcheen zwiſchen Herren, Dinſtmanen, Rittern: und knechten, die in vnſern Landten baiden halben geſeſſen ſind, darum ſullen Vnſer Vitzdum baidenhalben tåg geneinander ſuechen auf ain Recht, auf Sieben Man, und ſull ieder Vitzdum von ſeinem vnterthan ain Recht thuen, alſo daſ der vnß den Man clagt, ſoll 4 Man haben: vnd der Clager ſull 3 Man haben, und waſ die Sieben enntailen, auf ir ayde, daſ ſull darum geſchehen, alſ untzher ſittlich: und gewônlich iſt geweſen, zwiſchen dem Obern: und Niedern Land ze Bayrn, vor dem Wald.

Vnd was groſſer Auflåuf geſchech, die die Vitzdum nit Vernichten mechten, darum ſullen die Herren ſelb tåg ſuechen geneinander auf Sieben: oder auf Neun Man, die ſy unter iren Leuten baidenthalb darzu nemmen, vnd ſy ſullent ain recht darum ſprechen in der Beſchaidenheit: als vor geſchriben ſteet.

Vnd welcher vntern Herrn die vorgeſchriben ſach yberfuhr: vnd des nit widertåt, wen er zu rede wurd geſetzt darnach in ainem Monnat, ſo ſoll des Herrn Land: vnd Leut, der ůberfahren hat, dem andern, der ůberfahren iſt, geholffen ſein, alſ lang vnß das auſgericht, und widertan wird.

Wür ſullen auch vnſer tail: vnd Vnſer erben die Landgericht alle beſitzen, die zu dem Landgericht gehôren, daſ von dem Landgrauen von dem Leutnberg bekaufft ward, an daſ, waſ zu den Guten gehôrt, zu Lengenueld: vnd zu dem tail, der nun zu Můnchen gelegt iſt, daſ ſullen Vnſer Herr, und Vetter der Kayſer ſeine kind Ludwig: vnd Steffan: und ir erben ſelb richten: und die Landgericht: und all andere Gericht ſelb in iren tail beſitzen: und richten, oder ir Ambtleut.

Sy ſullen auch alle die Landgericht beſitzen, die zu der Grafſchaft Hirſchberg gehôrent: und damit ſullen Wůr unſer tail: vnd vnſer Erben nichts zeſchaffen haben, doch ſullen Wůr Vnſer tail: und vnſer Erben alle ander Gericht in vnſerm tail richten: oder vnſer Ambtleut.

Wůr ſullen auch vnſer tail: und Vnſer erben in vnſerm tail lôſen, was darin Verſetzt, oder Verkimmert iſt, alſo ſullen vnſer Herr: und Vetter der Keyſer ſeine kind Ludwig: und Steffan und ir Erben tun in irem tail.

Wůr ſullen auch vnſer tail: und Vnſer erben in vnſerm tail gelten, Grauen, Freyen, Dienſtmanen, Rittern, knechten, Reichen: vnd Armen alles, das man in gelten ſoll, Vnß bis auf den heutigen Tag, gar: und gentz-

genzlich, alſ ir Brieff ſagent, alß ſullent vnſer Herr und Vetter der Kayſer ſeine kind Ludwig: und Steffan: und ir erbe thun in irem tail.

Auch ſullen vnſer Herr: und Vetter der Kayſer ſein kind Ludwig: und Steffan: und erben gelten, gen Augſpurg, gen Vlm: und in das Niederland ze Bayrn, und damit ſullen Wür vnſer tail: vnd unſer erben nichts zeſchaffen haben.

Iſt auch, das vnſer offtgenanter Herr: und Vetter der Kayſer ander erben gewinnet, mit dem ſullen Wür vnſer tail: vnd erben leben, und gen in die tädingen, gedingen, gelübden: vnd Ordenung ſein in aller weiſ, alles gen vnſerm offtgenanten Vettern den Kayſer: und ſeinen kinden Ludwigen; und Steffan: und iren erben: vnd ſy allſamm herwider gen vnſ, vnſerm tail: und vnſern erben.

Vnd daſ Wür vnſer tail: und Vnſer erben die vorgeſchriben tailunge: und Täding in allen ihren ſtucken, articlen vnd Puncten ſtätt: und ganz haben: und halten, das haben Wür gehaiſſen: und gelobt bey vnſern Treuen vnd leiblich zu den Heiligen geſchworen.

Vnd ob Wür vnſer tail; oder vnſer erben das yberfarn, ſo ſullen vnſer Land: vnd Leut vnſerm Herrn: und Vettern dem Kayſer ſeinen kindn Ludwig: und Steffan: und iren erben, Wartten, gehorſam, und beholfen ſein, als lang vnß das widertan wird, das yberfarn iſt, alſdann ſoll vns auch geſchechen, Ob ſye unſ yberfieren, vnd des ſullen auch Land: und Leut baidenthalben ſchwören zu den Heiligen: vnd darüber zu Urkundte geben Wür dieſen Brieff mit vnſern Inſiglen Verſiglten, und mit den gezeueen, die hernach geſchriben ſtenndt.

Der Wohlgebohrn Herr Herzog von Pallden von Polon. Vnd Ludwig Herzog zu Deckh. Graf Gerlach von Naſſau vnſer Oehem. Graf Berchtoldt von Grayſpach von Martſtettn, genannt von Neiffen vnſer Schwager. Marckhart von Seueld. Hainrich von Geiſolzried. Heinrich von Ettenſtatt. Heinrich von der Wiſen Ritter. Heinrich Probſt von Illmünſter. Johanns Gunſt ze Spalt. Heinrich Chorherr zu Illmünſter. Vnſer Schreiber. Mer Wortſchreiber. Albrecht Stielſtorffer kirchher ze Puech. Simon Noderdorffer ſchreiber: und ander genueg.

Daſ iſt geſchechen: vnd der Brief iſt gegeben ze Pavia an dem Freytag vor oſwaldi da man zallt von Chriſti geburt, drey zehenhundert Jar: und darnach in dem Neun: und zwainzigſten Jare.

No. 14.

Verzicht der Pfalzgrafen auf Nieder-Bayern, nebſt eventuellem Succeßions-Vorbehalt. 1348.

Wir Rudolf und Ruprecht gebrüder und Ruprecht Herzog Adolfs ſeligen Sun von Gots genaden Pfallenzgrafen bi Rin und Herzogen ze Beyrn, bekennen vnd tun kunt für vns vnd für alle vnſer Erben offentlichen mit dieſem Brief,

Brief, daz wir vns lautterlichen vnd genzlichen verziehen haben, gen den hochgebornen fürſten und herrn, herrn Ludwigen, Stephan vnd Ludwigen Marchgrafen ze Brandburg, Pfallenzgrafen bi Rin vnd Herzogen ze Beyrn, vnſern lieben Vettern, vnd allen irn Gebrüdern vnd Erben, aller Anſprach vnd Vorderung, die wir zu dem Niedern Land ze Beyrn von vnſers Vettern Herzog Heinrich ſeligen todes weges gehabt haben, alſo daz wir fürbaz dar vf dhein anſprach noch Vorderung nimmermer gehaben ſullen. Ez wär dann, daz vnſer vorgenannt Vettern, ir gebrüder oder Erben nicht enweren, vnd daz es vns oder vnſer Erben von todes wegen angeuiel. Vnd wan ſi vns, vnd vnſern Erben für dieſelben vnſer anſprach verſezt vnd verſchriben habent, für Sechzig Tauſend Gulden florin, vnd für Sechs Tauſendt Mark ſilbers Nürnberger gewichtes, die Junchfrawen Annen vnſers vorgenanten Herzog Rudolphs Tochter für ire Muter Heymſtewr geuallen ſullen, die nachgeſchriben Veſtt, Gut vnd gült, daz iſt Valkenſtein, Regenſtauf, Zweinckkendorf, Hembawe, Vibhauſen, Holnſtein Mezingen, den Zehenden ze Heilprunn, Rotenuels, Gemünde, Lauden, Jagſperg vnd Werdegt, als die brief ſagent, die ſie vns darüber geben habent. Geloben vnd geheizzen wir in, ſwann daz iſt, daz ſi die vorgenant Veſtt vnd Gut von vns löſen wellent, daß wir oder vnſer Erben in die vmb die vorgenant ſumm gelz, vnd öch vmb als vil gelz, als wir ettlich der vorgenant Pfand, die ſi vor verſezt habent, erledigen, dann an alles verziehen vnd widerred zu löſen geben ſullen nach der brief ſag, die wir von in dar über haben. Vnd des ze einem Urkund der wahrheit, haben wir in dieſen Brief geben, verſigelten mit vnſern Inſigeln. Der geben iſt ze Ingolſtat, an Mitwochen vor ſancd Agnetis tag. Nach Chriſtus geburt Driuzehen hundert jar, vnd darnach in dem acht und Vierzigſten jar.

No. 15.

Erneuerter Hausvertrag der Churf. v. Bayern und Pfalz. Sept. 1766.

Von Gottes Gnaden Wir Maximilian Joſeph in Ober- und Nieder-Bayern, auch der Obern Pfalz Herzog, Pfalz-Graff bey Rhein, des H. R. Reichs Erz-Truchſeß, und Churfürſt, Landgraff zu Leichtenberg ꝛc. ꝛc. Und Wir von Gottes Gnaden Carl Theodor, Pfalzgraff bey Rhein, und Churfürſt, in Bayern, zu Gülch, Cleve, und Berg Herzog, Fürſt zu Mörs, Marquis zu Bergopzoom, Graf zu Veldenz, Sponheim, der Marck, und Ravenſperg, Herr zu Ravenſtein ꝛc ꝛc.

Urkunden, und bekennen hiermit, gegeneinander für Uns, und Unſre Erben und Nachkommen ſammentliche Pfalz-Grafen bey Rhein und Herzogen in Bayern, die da, vermög der gemeinſchaftlichen abkunft von einem Stamm-

Vater, unter gleichem Schild, Namen und Stammen mit beſtändiger Bluts-verwandtſchaft in ein Haus zuſammen gehören. Wasmaſſen Wir während Unſrer Regierung ſowohl aus eigner Erfahrung als im Gegengehalt der vorhergehenden Handlungen Unſrer Vorfahren wahrgenommen, daß, um Unſre beede Erbverbrüderte Häuſer zu gebührendem Aufnemmen zu beförderen, und bey ihrem altväterlichen Herkommen, Würde, und Anſehen zu erhalten, auch zu Beywürkung der allgemeinen Ruhe und Wohlfahrt Unſrer Unterthanen, und in dem H. R. Reich, als Unſerm wertheſten Vaterland, Uns, und Unſern Nachkommen an der Beybehaltung und genauen Beobachtung der in Unſerm Haus zum öftern wiederholt und erneuerten Haus-Union und Erb-Einigungs-Verträge faſt alles gelegen, und gleichſam die Seele Unſerer beederſeitigen Haus-Verfaſſung ausmachen. Hingegen aber auch beobachtet haben, das hauptſächlichen die dazwiſchen gekommene Glaubensſpaltung in den vorigen Zeiten ganz widerwärtige Geſinnungen und Folgen nach ſich gezogen, und gleich anfänglich nicht nur in derjenigen Erb-Einigungs-Erneuerung einen Unterbruch und Einhalt veranlaſſet, welche durch die in den Jahren 1552. bis 1563. zwiſchen Pfalz-Grafen Friderich II. Ott Heinrich und Friderich III. dann Herzog Albrecht V. in Bayern mit Zuziehung ſamtlicher Agnaten zum Beſten des geſammten Hauſes und der vereinigten Landen und Leute gepflogene Unterhandlungen ſchon wirklichen zum Beſchluß und allſeitigen Einverſtändnuß gebracht worden; ſondern auch nach der Hand ſo lang ein Gegenſtand von dieſer erſten Abneigung, und Ungleichheit in der Religion übrig ware, in den weiteren Handlungen noch immer etwas zurückgelaſſen haben, ſo ſich mit der angebohrnen Blutsfreundſchaft und dem gemeinſchaftlichen Intereſſe beeder Erbverbrüderten Häuſer, nach den Geſätzen und Vorſchriften Unſerer Vor-Eltern nicht wohl vereinbahren läßt, minder bey Uns und Unſern Nachkommen in der Aufrichtigkeit Unſerer Gemüthsbeſchaffenheit und freundſchaftlichen Geſinnung neben der vorzüglichern Achtung, und Zuneigung gegen Unſer Gemeinſchaftliches Haus fernerhin Platz finden ſolle.

Nachdem alſo unterdeſſen auch jener Stein des Anſtoſſes ſelbſten auf allen Seiten gänzlichen aus dem Weeg geräumet worden, und durch göttliche Fügung erfolgt iſt, daß nunmehr ſammtliche Pfalz-Grafen und Herzogen in Bayern wiederum in der alten Mutter-Kirche vereiniget, und Wir alſo dadurch auf das neue in den Stand geſetzt worden, nach dem Sinn, Willen und Meynung Unſerer Vor-Eltern und Stamm-Väter und nach ihrem Beyſpiel in die vorige durchgehends unbedingte Haus- und Erb-Einigung mit gleicher Verbindlichkeit allerſeits einzutreten, dieſelbe zu wiederholen, zu erneuern, und zu erläutern: Als haben Wir Uns in ſolcher Abſicht und ſonderbahren Betrachtung, daß bey unerwarteten Erfolg und Abgang, ein oder des andern Haupt-Stamms ſowohl die Wohlfahrt Unſers geſammten Hauſes zu Vermeidung al-

les

les Mißverſtands und fremden Eintrags, als auch das Heil Unſerer Lande und Leute, zu Beybehaltung künftiger Ruhe, Frieden, und Sicherheit davon abhangt, vorläufig bis zu fernerer weitern Berichtigung des ganzen Vorhabens unter anhoffenden Beytritt der übrigen im Leben ſich befindenden Agnaten über nachfolgende puncta mit reiffem Bedacht und vieler Ueberlegung entſchloſſen, vereint, und verglichen.

1°. Gleichwie der zwiſchen Kayſer Ludwig *IV.* und ſeinen dann ſeines Bruders Pfalz-Grafen Rudolphs Söhnen, als den Stamm-Vätern Unſer beeder Häuſer, zu Pavia im Jahre 1329. An St. Oßwalds Tag getroffene, und mit Beybriefen von den Churfürſten und dem Römiſchen Reich beſtättigt und angenommener Theilung und Erb-Einigungs-Vertrag bey allen übrigen nachgefolgten Hauß-*Unions* und Erbverbrüderungs-Erneuerungen zum Grund genommen worden, und das eigentliche *Pragmati*ſche Haus-Geſetz unſerer Vor-Eltern iſt, welches ſchon von der Zeit an, da Bayern und Pfalz zuſammen gekommen, nach den gemeinen Lehen-Rechten alſo hergebracht und durch beſtändige *Obſervanz* für und für beobachtet worden iſt, dergeſtalten, daß die unter den Manns-Stammen vertheilt altväterliche Stamm-Güter und Lande mit denenjenigen, ſo nach der Hand an Lehen, oder eigen weiter erobert worden, unter der beſtändigen Erbeinigungs-Verbindlichkeit vereinigt verblieben, und mit Ausſchluß der Weiblichen *Deſcendenz* an den überlebenden Manns-Stämmen von einer Linie auf die andere zurückgefallen ſind: wie es ſich bald darauf *Ao.* 1340. mit der Erbſchaft des Landes in Niederbayern zugetragen hat; als wird gedacht *Pragmati*ſches Hausgeſetz auch Unſers Orts allhier bey gegenwärtig Vorhaben der Erb-Einigungs-Erneuerung zum Grund genommen, und zufolg deßelben Inhalts, zuvorderſt alle mit Namen benante Lande, Herrſchaften, Pfleg-und Land-Gerichte, Städt, Märkt, Schlößer, und Güter, mit ihrem ganzen Umfang und Zugehörungen, in Bayern und am Rhein, in der Oberen Pfalz, in Schwaben, oder wo ſie ſonſt gelegen, auch das Land in Nieder-Bayern, ſo weit Wir im Innhaben, und ſolches zu gewehren im Stand ſind, wiederum auf das neue verſichert, und mit dem beſtändigen *pacto mutuæ ſucceſſionis* wiederhohlter belegt.

2do. Nachdem aber mittler Zeit verſchiedene in dem Paviiſchen Vertrag benamſte beträchtliche Orte von Bayern und Pfalz durch Krieg oder in andere Weege hinweg gekommen, andere hingegen von den nachfolgenden Pfalz-Grafen, und Herzogen in Bayern erobert worden, und ſich auf ſolche Art gleichſam ſelbſten zugetragen hat, daß die leztere den Erſatz der erſteren ausmachen; welches noch mehr aus dem Grunde folgt, daß der Paviiſche Vertrag ſich auf

alle

alle Erben und Nachkommen, mithin auch nach dieſem Geſetze und Beyſpiele der Stammväterlichen Verordnung hinwiederum auf ihre acquiſita in gleicher Maas und Verbindlichkeit erſtrecket: ſo ſind Wir zwar entſchloſſen, und miteinander weiters dahin verſtanden, daß dieſe Unſere Erb-Verbrüderungs-Erneuerung auf ſamtliche Acquiſita, ſo nach dem Paviiſchen Vertrag bis auf unſre Zeiten erobert worden, oder noch künftig herbeykommen, abſonderlich da ſie ab inteſtato verlaſſen, und dadurch a primo acquirente gleichſam ſelbſten denen übrigen Landen einverleibt worden, ohne Unterſchied und Ausnahme zu erſtrecken, und zu erweitern.

Wann nun aber, um allen künftigen Widerſpruch und Anſtänden beſtmöglichſt vorzubeugen, vorläufig noch erforderlich iſt, ſamentliche auf beeden Seiten vorhandene beſondere Hausverträge, Linealpacta, Verzichte, Teſtamenta und dergleichen diſpoſitiones einander gemeinſchaftlich zu machen, und ohne allen Hinterhalt vorzulegen, um deren Verſtand und rechtliche Würkung ſowohl, als auch die übrige entgegen ſtehende Umſtände mit und nebeneinander in reife Ueberlegung zu ziehen, auch die Mittel und Wege, im Fall zur gänzlichen Berichtigung unſers Vorhabens noch einige erforderlich ſeyn ſollten, zu unterreden, als welches noch eine weitere vorläufige Zuſammenkunft, und längere Zeit erfordert; ſo haben Wir Uns, um in dieſem wichtigen Werke nichts ohne genugſame Vorbereitung zu übereilen, wegen der übrigen Unterhandlung auf ſolche Weiß verſtanden, daß daſſelbe in zwey Theil abgeſondert, und neben obigen Erläuterungen in Anſehung der Acquiſiten derjenige Theil berichtigt werden ſolle, welchem keine ſonderbare Verordnungen, und Anſtände im Weege ſtehen.

3^tio^. Da nun der Paviiſche Vertrag obverſtandnermaſſen, ſchon vor ſich ſelbſten alle Erben, ſo hieran Theil nehmen, zur gleichmäßigen Erb-Einigungs-Bey-Pflichtung und Einſchaltung ihrer Acquiſiten verbindlich machet, und in beeden Häuſern, nach ihrer erſten Abtheilung, unter denen ſich noch weiters vermehrten Linien zwar beſondere Hausverträge, oder Pacta linealia, als nemlichen auf Seiten Pfalz Ao. 1357. und 1395. und auf Seiten Bayern Ao. 1349. 1353. und 1392. geſchloſſen worden, welche aber nicht nur gegen den erſtern Haupt- und Stammvertrag zu Pavia nichts enthalten, noch ſonſten von der Erbeinigung eine Ausnahm machen, ſondern jenes altväterliche Hausgeſetz vielmehr ſelbſten zum Grund haben, und mit einerley Abſicht gänzlichen erreichen, da vermög derſelben einſtimmigen Verordnung, und beſtändig beybehaltenen Obſervanz von den mannlichen Geſchlechts-Linien eine nach der anderen die unbewegliche Güter, Land und Leute der vorabſterbenden, mit Ausſchluß der Nächſtgeſizzten Töchter und übrigen Allodial-Erben an ſich gebracht. Wie dann hernach ſamtliche Agnaten durch den Ao. 1490. wiederholten Unions-Tractat nicht undeutlich zu erkennen gegeben, das ſie als ſamtlich Erb-Verbrüderte Bluts-Verwandte an jenen ſonderbaren Verträgen, auch überhaupt modo

do reciproco, gemeinſchaftlichen Antheil nehmen, und durch den zu Cölln Ao. 1505. wegen dem Teſtament und Erbſchaft des Herzogs Georgens in Nieder-Bayern erfolgten Königlichen Spruch, die Altväterliche Stammgüter mit den neuern Acquiſitis alſo untermiſcht, und miteinander vereiniget worden, daß dieſer Unterſchied von ſelbſten hinweggefallen, und dadurch abgethan worden iſt. jngleichem da mehrmahlen ſamtliche Agnaten bald darauf zu Nürnberg den 15ten Merz 1524. in die bekannte Haus-Union und Erb-Einigung zuſammen getretten, und neben dem Paviiſchen Vertrag abſonderlich denjenigen Theil- und Erbeinigungs-Brief, welchen die Herzoge in Bayern Ao. 1392. am Erichtag vor St. Catharine unter ſich geſchloſſen, und in dieſer Art der deutlichſte iſt, gemeinſchaftlich zum Grund und allſeitiger Verbindlichkeit angenommen, auch ſich alle dieſe zuſammengetragene Erbeinigungs-Pacta der Erneuerungs halben durch mehrfache Vidimus verſicheren laſſen; alſo nehmen Wir hier gegenwärtig gar keinen Anſtand, dieß unſre gemeinſchaftliche Erbeinigungs-Verbindlichkeit nicht nur bis auf gedachte Zeiten, und auf ſamtliche bis dahin mit unſern übrigen Stammväterlichen Gütern vereinigte Acquiſita zu erſtrecken: ſondern nachdem ſowohl die Pfalzgrafen in den jahren 1545. 1551. und 1557. mit ihren beſondern Pactis ſucceſſoriis auf die vorige Art fürgefahren, als auch Herzog Albrecht der V. in Bayern während denen, obverſtandener maſſen, mit jhnen von Ao. 1552. bis 1563. gepflogenen Unterhandlungen auf einer durchgehends gemeinſchaftliche Erbeinigungs-Erneuerung ohne alle Wider-Rede und Ausnahm verſtanden geweſen, von dieſen jahren an noch weiters, und zwar auf Seiten Bayern bis Ao. 1578. da nemlichen Herzog Albrecht V. kurz vor ſeinem Ende die von Kaiſer Ferdinand I. beſtättigte Primogenitur und Fidei-Commiſ-Conſtitution zurück gelaſſen und hierauf unter Herzog Wilhelm V. und Maximilian I. die Religions-Diſſidia ſchon ihren Anfang genohmen haben, und auf Seiten Pfalz bis auf 1702. zu verlängern, in welchem jahre wegen der Orleaniſchen Succeßions-Strittigkeit das Päbſtliche Laudum erfolgt, und nach Zeugnus letzteren Acten-Vorwurfs nichts anzutreffen iſt, ſo dieſen terminum zu erwählen hinderlich ſcheinen könnte; daß alſo die bis dahin in beeden Häuſern erworbene Lande, Herrſchafte, und Beſitzungen, mit den bonis avitis ohne Ausnahme conſolidirt und unter der nemlichen Erbeinigungs-Verbindlichkeit unwiderruflich begriffen ſeyn ſollen, als wann ſie wirklichen in dem Paviiſchen Vertrag mit Namen benamſet wären; mit der weiterm in Anſehung des ungleich beſtimmten Zeit-Puncts, beygefügten Erläuterung, daß hierdurch von den übrigen ſpäteren acquiſitis eben noch nichts ausgenommen, ſondern derſelben vollſtändigern Unterſuchung indeſſen nur blos auf den zweyten Theil verſchoben ſeyn ſolle.

4to. Es mag ſich aber wegen denen übrigen Acquiſiten ein Anſtand oder Zweifel hervorthun, oder nicht, wie der immer beſchaffen iſt, ſo gehet derſelbe

und der Vorbehalt der weiteren deliberation nur diejenige weibliche Deſcendenten, und Allodial-Erben an, deren Verzicht nicht hinlänglich zu ſeyn ſcheinen, und in Zweifel gezogen werden dörfften, ob dieſelbe wegen dem vorbehaltenen leedigen An- und Ruckfall der unbeweglichen Allodial-Verlaſſenſchaft nur auf den Abgang eines von beeden Häuſern, oder nach deren gänzlichen Erlöſchung auf Abſterben ſamtlicher von Ludwig dem Strengen als gemeinſamen Stammvater herkommenden Agnaten zu verſtehen ſind, welches nemlichen bloß allein die vergangenen Zeiten angeht, in welchen auf die Erläuterung der Verzicht eben keine Obacht getragen, ſondern die Sache vielmehr bey dem Verſtand des in beeden Häuſern auf die leztere Art üblichen Herkommens gelaſſen worden iſt, wohingegen Wir Uns für das künftige unterredet, und dahin entſchloſſen haben, wann auch zu Gunſten der weiblichen Deſcendenz durch vorgängige Diſpoſitiones und Teſtamenta, auf ein oder die andere Weiß vorgeſehen worden wäre, daß ſie nichts deſtoweniger quoad immobilia ſchuldig ſind, und angehalten werden ſollen, hierauf inſonderheit zu renunciren, und ſich deßen ſo lang ein Männliches Sproßen von beeden Häuſern übrig iſt, ausdrücklichen zu begeben: damit alſo künftighin in denen Verzichten bey beeden Häuſern eine mehrere Gleichheit beobachtet werde, ſo haben Wir Uns weiters unterredet, daß derjenige Auffaz, welchen ſamtliche Agnaten in denen mit Herzog Albrecht V. in Bayern Ao. 1552 bis 1563 geflogenen Erbeinigungs-Unterhandlungen bereits damals gutgeheißen haben, zur gemeinſchaftlichen Verzicht-Formul angenommen und unwiderruflich beybehalten werden, folglich denen weiblichen Deſcendenten auf Abgang ein oder des andern Hauſes kein ander Ausnahm und Vorbehalt, als die Allodia zu ſtatten kommen, und unter denen leztern die Mobilar-Verlaſſenſchaft: (außer dem Geſchüz, und Munition, oder was Wir und Unſere Nachkommen von derſelben für Land und Leute noch weiters auszudingen billig erachten) allein verſtanden, und den Allodial-Erben, ſo bey dem vorausſterbenden Hauß den nächſten Zuſpruch haben, mit und neben derjenigen Geld-Summa zugetheilt werden ſolle, welche Wir für dieſelbe in Anſehung gedachter Verzicht und der bey beeden Häuſern ſchon zum öftern erfolgt und beobachteten Vermittelungen per averſum zu beſtimmen Vorhaben ſind.

5to. Wir haben uns ingleichen wegen denen ſonderbaren Reichslehen, ſo Wir neben Unſern übrigen Landen beſitzen, und vom Römiſchen Reich ſonderbahr zu Lehen empfangen, in ſoweit unterredt, und verglichen, daß auch dieſelbe in dieſem Pacto mutuæ ſucceſſionis eingeſchloßen, und ohne Unterſchied darunter verſtanden ſeyn ſollen, ob hernach Primus Acquirens die anfängliche inveſtiturs-Briefe namentlich für beede Häuſer und ſamtliche Erbverbrüderte Agnaten, oder nur überhaupt für ſeine Erben und Nachkommen erhalten, und angeſucht hat; wie Wir Uns dann deßen, ſo wohl nach dem eigentlichen Verſtand gedachter Lehen-Briefe, als auch in Kraft der Kayſerl. Wahl-Capitulation

tion und nach der Gewohnheit der bey andern Altfürſtlichen Häuſern hergebrachten üblichen Obſervanz allerdings, doch dem Lehens-Herrn im übrigen ohne allen Schaden und Abbruch, berechtiget zu ſeyn erachten.

Sollten aber gleichwohl einige Lehens-Stücke wirklichen darunter begriffen ſeyn, welche ausdrücklichen nur einer Linie allein, mit Ausſchluß der andern, durch die Belehnung zugedacht worden, oder die letztere mit glaubwürdigen Anzeigen dahin ausgedeutet werden können, oder wo natura, und qualitas feudi, dieſem Unſerm Vorhaben ſelbſten in Wege ſteht: da machen Wir uns anheiſchig, und verſprechen einander auf das kräftigſte alle Gelegenheit zu Hülfe zu nehmen, und zu allen Zeiten nach möglicher Thunlichkeit dahin zu verwenden, damit auch ſolche feuda linealia vel impropria durch beſondere Verträge, und Inveſtitur-Brieſe auf das geſammte Haus gebracht, und die reciprocirliche Lehensfolge gegen einander, wie in den übrigen feudis avitis verſichert werd: da im übrigen die Belehnung mit geſammter Hand bey Unſere beeden Häuſern keineswegs Herkommens iſt, außer was in dem Weſtphäliſchen Friedens-Schluß wegen der Oberen Pfalz ſonderbahr verordnet worden, ſo ſollen dergleichen *inveſtituræ ſimultaneæ*, wie in der Kayſerl. Wahl-Capitulation verordnet iſt, auch künftig nicht angeſucht, ſondern es dißfals bey dem alten Herkommen gelaßen werden.

6to. Betreffendt die gemeinſchaftliche Hülfe und Beyſtand in Fällen und Umſtänden, in welchen dieſelbe einander zu leiſten, auch die Art und Weiß, wie ſolches geſchehen ſoll, ſchon vorhin bedungen worden iſt; desgleichen die Beobachtung jenes freundſchaftlichen Vernehmens belangend, welches faſt in allen wichtigern Haus-Reichs- und Crais-Angelegenheiten, oder bey dergleichen vorfallenden Handlungen, mit auswärtigen Mächten, und andern Reichs-Mitſtänden zu Errichtung des gemeinſchaftlichen Haus-Intereſſe erforderlich iſt, und künftighin deſto mehr beobachtet werden ſolle, als ſolches die weſentliche Verbindlichkeit der Unſern beeden Häuſern angebohrnen Blutsfreundſchaft, und Erbeinigung ſelbſten mit ſich bringt: dißfals wollen Wir die in Annis 1724. 1728. 1734. 1746. und letzlichen den — — — getroffenen Unions-Tractat, ſoweit einer durch den andern erläutert wird, gegenwärtig beſtättigt, und wiederhohlt haben. Dahero ſoll ein Theil, nach ſeinem beſondern Nutzen, oder Vortheil allein mit des Andern Schaden oder Nachſtand niemals trachten, ſondern einander nach aller füglichen Thunlichkeit zu gleichen Aufnehmen und gleicher Beförderung, vorzüglich aber bey ſeinen Landen, Leuten, Herkommen, Freyheiten, Dignitäten, rechtlichen Anſprüchen, und guten Gewohnheiten allweg dabey bleiben, und an ſolch freundl. Vätterlichen Willen und Beſtreben ſich weder durch ungleichen Schein, noch ſonſten durch widerwärtigen Eintrag abwendig machen laßen, minder dergleichen ſchädlichen, und fremden Abſichten oder auswärtigen Andringungen ein Gehör geben, ſondern im Falle ein erhebliches und billiges Bedenken vorhanden zu ſeyn ſcheinet,

net, ſolches einander ſogleich ſelbſten, ohne allen Hinterhalt, in Erwartung freundſchaftlicher Gegen-Erklärung zu erkennen zu geben, und auf ſolche Weiſe in unverruckter Aufrichtigkeit, und beſtändigen Wohlwollen verbleiben.

7to. Wie nun bereits oben erwehnet worden, ſoll gegenwärtig vorläuffiger Tractat zwar nur den erſten Theil des vorhabenden Haupterbeinigungs-Vertrags ausmachen; doch hat es dabey den Verſtand und Meynung, daß bey allen vorberichten Puncten jetzt als dann, und dann als jetzt eine unwiderruffliche Verbindlichkeit seyn, und gleichviel gelten ſoll, als wann dieſelbe dem Haupt-Vertrag ſchon wirklichen einverleibt und alles andere zu Stand gebracht worden wäre, wie dann hiermit einander feyerlich verſichert wird, mit Unterſuchung deren, nach geſetztem Ziel in beeden Häuſern errichteten particular diſpoſitionen ohne Zeitverluſt weiters fürzuſchreiten, um mit Gottes Beyſtande auch den übrigen Theil, folglich das ganze Werk eheſtens zu Stande zu bringen.

Nimphenbourg den 6ten Sept. 1766. und Schwetzingen den 22ten Sept. 1766.

No. 16.

K. Sigmund Lehnbrief über Nieder-Bayern an H. Albrecht von Oeſterreich 1426.

Wir Sigmund von Gotes Gnaden Römiſcher Kunig zu allen Zeiten, Merer des Reichs und zu Ungern, zu Boheim, Dalmacien, Croacien ꝛc. Kunig bekennen und tun kunt offenbar mit dieſem Brief, allen die die In ſehen, oder hören leſen. Das für uns kommen iſt der Hochgebohrn Albrecht Herzog zu Oeſterreich und Marggrave zu Mähren, unſer liber Sun und Fürſte, und hat uns demüticlichen gebeten, daß wir Im ſin Recht, das er an dem Niederland zu Bayrn hat oder haben ſol, zu verleihen und zu reichen gnediclich geruchten, des haben wir angeſehen ſolch ſin redlich und demütig Bete und auch betracht, nuz, getrew und willige Dienſte, die vns der vorgenannt Herzog Albrecht oft williglich getan hat, täglich tut und fürbaß tun ſol und mag. Dorumb mit wolbedachtem Mute, gutem Rate Unſer Fürſten und Getreuen und rechter wißen haben wir dem vorgenannten Albrechten ſin Recht, das er zu den vorgenannten Land in Niederbayern hat oder haben ſoll, gnediclich gericht und gelihen, reichen und leihen Im das von Römiſch Kuniglicher Macht in craft dieſes Briefs ſo vil wir Im dann von Rechtwegen doran lihen ſollen oder mogen, von Uns und dem Reiche mit ſampt ſinen Erben zu Lehen zu haben zu halden und des zu gebrauchen und zu genießen, als ſolcher Lehnrecht iſt. Von allermänniglich ungehindert Doch uns und dem Reiche an Unſern und ſuſt allermanniglich an ſeinen Rechten unſchädlich. Uns hat auch der vorgenannte Herzog Albrecht gewöhnliche Eide und Gelübde darauf gethan, alsdann eyner des Richs Fürſte von ſolchen Lehen pflichtig iſt zu tun. Mit Urkund dieß Briefs verſiegelt mit unſern anhangenden

Inn-

Innſiegel. Geben zu Wien nach Chriſts Geburt Vierzehnhundert Jahre und darnach in dem Sechs und Zwanzigſten Jahre an dem Sonntag Lätare in der Vaſten Unſer Reiche im Ungariſchen ꝛc. in dem Neun und dreyſſigſten, des Römiſchen in dem Sechszehenden und des Boheimiſchen im Sechſten Jahre.

No. 17.

Teidigungs-Brief K. Siegmunds mit H. Albrecht von Oeſterreich 1426.

Wir Sigmund von Gotes Gnaden Römiſcher Kunig zu allen Zeiten Merer des Reichs und zu Ungern, zu Beheim, Dalmacien, Croacien ꝛc. Kunig bekennen und tun kunt offenbar mit dieſen Brief allen den die In ſehen oder hören leſen. Sindtemahl Uns der allmächtige Got zu römiſcher kuniglicher Würdigkeit erhöhet und damit milticlich gezieret hat, daſſelbe Reich zu verweſen und ob Wir andern Unſern und einem yglichen worzu er Recht hat zu fürdern, ſo ſein Wir uns und demſelben Reiche beſunders verbunden, unſer Recht einzubringen und damit das Reich zu würdigen und ſeine Zugehörung zu erfordern. Wann nun von göttlichen Verhengnis das Niderland zu Niderbaiern nach redlichen und göttlichen Anfall an Uns und an das heilig römiſche Reich kommen und gevallen iſt, und wann Wir in demſelben Land um deswillen, daß wir dadurch offt gen deutſchen Landen zu ziehen haben eyns ſolichen Verweſers bedürfen, an den Wir uns genzlich gelaßen mögen. Und wenn Uns der Hochgebohrne Albrecht Herzog zu Oeſterreich und Marggraf zu Mähren und unſer lieber Sun und Fürſt alſo gewant iſt daß wir Im die Hochgebohrne Eliſabeth Unſer eygene Tochter zu Gemahl gegeben haben und an den wir uns genzlich mogen verlaßen, darumb mit wohl bedachtem Mute, guten Rathe und rechten Wißen ſein wir mit dem vorgenannten Herzog Albrecht in ſoliche Teyding getreten als hernach begriffen iſt. Zum erſten ſo wollen Wir deſſelben Lands Unſer Lebtage ſeyn auch ſein Lebtage die mit ſeinen pflegern zu beſetzen. Daß dieſelbe pfleger und hulden und globen getreu und gehorſam zu ſein, auch ſoll der egenannt Herzog Albrecht unſer lieber Sun aller Rent und Nutze deſſelben Lands geweldig ſeyn und die an unſern Stat einnemen und die nach Unſern willen geheiſſen und wohlgefallen handeln. Wenn auch daz wir erben gewinnen Mannsgeſchlecht, ſo ſoll daſſelbe Land bey demſelben unſern Erben Mannsgeſchlecht bleiben, gewinnen wir aber nicht erben Mannsgeſchlecht, do Gott für ſei, ſo ſollen dieſelben Lande Niederpayern anſterben, und erben auf die vorgenannt Hochgebohrn Eliſabeth unſer lieb Tochter Herzogin zu Oeſterreich des vorgenannten Herzog Albrechts Gemahl und die ſoll alsdenn dieſelben Land als Ir väterlich erbe und als eine rechte Erbfrau mit ſamt Ihren Erben, die Sy von Gotes Gnaden mit dem vorgenannten Herzog Albrecht gewinnen wird, die zu beſitzen ynn zu haben und zu halten und davon einzunehmen und zu empfahen alle Rent Gult und Nutze.

Nutze. Doch daß die vorgenannt Eliſabeth nicht Gewalt habe kein Stat oder Schloz zu vertun oder zu verkaufen on Jres vorgenannten Gemahls Herzog Albrechts wiſſen und willen. Doch ſo ſoll ſy daz vorgenannt Land ihr Lebtag lediclich haben, und der vorgenannt Herzog Albrecht ſoll ſy in ganzer Gewehre und on alle Gedringniß deſſelben Landes behalden und laßen beleiben. Wenn ſy aber abgieng, ſo ſollen dieſelben Lande in allem dem Rechte als ſy den gehabt hat, an Jre Erben geuallen; wäre auch daß Herzog Albrecht vorgenannt andere Erben mit einem andern Weib gewünne, die ſollen mit unſer vorgenannten lieben Tochter Erben und Erbes Erben die Sone wenn ſein und leben dieweil ſollen ſy Herren des egenannt Landes ſein. Es were denn dz ſy alle abgiengen, ſo ſollen und mögen erſt des egenannten Herzog Albrechts Erben, die er mit einem andern Weib gewünne, das genannt Land erben haben und beſitzen. Auch ſoll ſich Herzog Albrecht vorgenannt gen ſeiner vorgenannten Gemahl und unſer lieben Tochter verſchreiben und verbriefen, daß ſy bey dem vorgenannten Land Jr lebtag gerulich laßen beleiben. Auch wollen wir daß der vorgenannt Herzog Albrecht keynen Hauptmann Pfleger Vitztum und Burggrauen nicht ſetzen, Es ſey denn daß er unſer vorgenannt lieben Tochter vormals ferneren geloben, und hulden ſolle, und desgleichen ſoll unſere Tochter vorgenannt auch wiederum tun, daß ſy an unſers vorgenannten lieben Suns Herzog Albrecht willen oder wißen nymand hab zu ſetzen, oder zu entſetzen ſeine Lebtage. Wer auch daß ſy nach Herzog Albrechten vorgenannten blieb, und hätt mit ihm nicht Erben, do auch Got vor ſey, ſo mag ſy dennoch als oben geſchrieben ſtaat, das Land Nieder-Bayern mit allen Renten Nutzen und Zugehörungen halten und ynne haben. Wär auch daß wir on erben Mannes Geſchlecht abgiengen, da Got vor ſey, und unſer vorgenannt Tochter Frau Eliſabeth auch on Erben verſchied, und Jr Gemahl Herzog Albrecht vorgenannt im Leben belieb, ſo ſoll das vorgenannt Land Nieder Bayern lediclich und mit aller Herlichkeit an den vorgenannten Herzog Albrechten und ſeine Erben geuallen, alles geuerde allen Jrrſal und allen Jnntrag geiſtlich und weltlich ausgeſcheiden. Mit Urkund dieß Briefs verſiegelt mit Unſerm Kuniglichen anhangenden Jnnſiegel. Geben zu Wien nach Chriſts Geburth Vierzehn hundert Jar und darnach in dem Sechs und zwanzigſten Jaren. am Donnerſtag vor dem heiligen Palmtag. Unſerer Reich des Ungariſchen ꝛc. in dem neun und dreyſſigſten, des Römiſchen in dem Sechzehnden und des Bohemiſchen in dem Sechſten Jahren.

(L.S.) Ad Mandatum domini regis.
Michael Propoſitus Boleslavienſis.

Daß vorſtehende Abſchrift mit dem in dem K. K. geh. Haus-Archiv verwahrten Originale von Wort zu Wort vollkommen übereinſtimme, bezeugt meine Hand und Pettſchafts-Fertigung. Geſchehen, den 13ten März 1778.

(L.S.) Theodor Anton Trantler von Roſenthal.
K. K. wirkl. Hofrath und erſter geh. Haus-Archiv.

No. 18.

No. 18.

Convention Jhro Majeſtät der Kayſerin Königin von Ungarn und Böhmen, mit des Herrn Churfürſten von der Pfalz Durchlaucht. Wien, den 3. Januar 1778.

Demnach Jhro Kayſerl. Königl. Apoſtoliſche Majeſtät und Jhro Churfürſtl. Durchlaucht zu Pfalz nichts ſehnlicher wünſchen, als die Wohlfahrt und den Ruheſtand des teutſchen Reichs aufrecht zu erhalten, und dahero all dasjenige ſorgfältigſt zu entfernen, was dieſen patriotiſchen Geſinnungen entgegenſtehen könnte; ſo haben Sie ſich in dieſer Abſicht veranlaßt geſehen, bey dem ſich ergebenen leidigen Fall, da das Churhaus Bayern in ſeinem Mannsſtamm erloſchen iſt, wegen der Succeßion in die Bayeriſche Lande, in ſo weit ſowohl das Churhaus Pfalz als auch das Erzhaus von Oeſterreich Anſpruch darauf zu haben vermeynen, in ein freundſchaftliches Einverſtändniß zu treten, und ſich über nachſtehende Punkten verbindlich zu vergleichen.

Erſtlich: Erklären Jhro Churfürſtl. Durchlaucht von Pfalz für ſich, ihre Erben und alle ihre Nachfolger an der Chur auf das feyerlichſte, den von Jhro Kayſerl. Königl. Apoſtol. Majeſtät und dem Erzhaus Oeſterreich, vermög der von Kayſer Sigmund dem Herzog Albrecht von Oeſterreich ertheilten Belehnung gemachten Anſpruch auf alle jede Bayeriſche Lande und Bezirke, vermög der Theilung von 1353. der Bayeriſche Herzog Johann beſeſſen hat, als vollkommen gegründet anzuerkennen, doch mit dem Vorbehalt, daß es dem Churhaus Pfalz obliegen werde, bey ſich ergebendem Zweifel über die Gränzen dieſes Antheil documentirte Beweiſe vorzulegen.

Zweytens: Verſprechen dahero Jhro Churfürſtl. Durchl. bey dem nunmehro erloſchenen Wilhelminiſchen Mannsſtamm, nicht nur ohne einige Hindernuß geſchehen zu laßen, ſondern auch aus allem Vermögen dazu behülflich zu ſeyn, daß dieſe Lande ohne alle Ausnahm von Seiten des Erzhauſes von Oeſterreich in würklichen Beſitz genommen werden mögen.

Drittens: Auf gleiche Weiſe verſprechen auch Jhro Churfürſtl. Durchlaucht von Pfalz für ſich, ihre Erben und Nachfolger, daß die Herrſchaft Mindelheim Jhro Kayſerl. Königl. Apoſt. Majeſt. und Dero Erzhaus Oeſterreich vermög darauf habender Exſpectanz und anderer rechtlicher Anſprüche frey, ungehindert, und ohne einiger unter was immer für einem Titul machender Anforderung zufallen ſolle.

Viertens: Erklären Jhro Churfürſtl. Durchlaucht den rechtsbeſtändigen Rückfall der Königl. Böhmiſchen Lehen in der Obern-Pfalz bey dem dermaligen Ausgang des Chur-Bayeriſchen Mannsſtammes, zwar unter keinerley Vorwand widerſprechen zu wollen, dennoch aber hoffen Dieſelbe, daß Jhro Kayſerl. Königl.

 Apoſtol.

Apoſtol. Majeſtät zur weitern Ueberlaßung dieſer Lehen an das Churhaus Pfalz ex nova gratia auch allenfalls des dominii directi und ſuperioritatis territorialis über ſolche Lehen gegen annehmliche Bedingniſſe ſich geneigt finden laßen dürften.

Fünftens: Hingegen geben Ihro Kayſerl. Königl. Apoſt. Majeſtät für ſich, Ihre Erben und Nachkommen die feyerlichſte Zuſage von ſich, das Erb- und Lehenfolge-Recht Ihro Churfürſtl. Durchlaucht und des geſammten Rudolphiniſchen Hauſes in ganz Ober- und Nieder-Bayern, jedoch mit Ausſchluß der obgedachten an Oeſterreich zufallenden Diſtrikten aus dem Grund der Abſtammung von dem Erwerber anerkennen, und zum Behuf des Churpfälziſchen Succeßions-Rechts bey Kayſer und Reich, oder wo ſonſt nöthig, nach aller Thunlichkeit ſich verwenden zu wollen, und dahero auch geſchehen zu laßen, daß bey ſich ergebenem Abgang des Churbayerſchen Manns-Stamms das Churhaus Pfalz von dieſen Landen Beſitz nehme.

Sechſtens: Uebrigens behalten ſich Ihro Kayſerl. Königl. Apoſtol. Majeſtät und Ihro Churfürſtl. Durchlaucht von Pfalz bevor, über einen Austauſch entweder der Ihro Majeſtät und dem Erzhaus verglichnermaßen ohnſtreittig zufallenden Diſtrikten oder des ganzen *Complexus* oder aber einiger Theile mit allmähligem Abzug des dieſſeitig richtig geſtellten Antheils, nachdem es die beyderſeitige Convenienz erheiſchen werde, einen weitern Vergleich anzugehen.

Zu wahrer Urkund alles deſſen ſind zwey gleichlautende Exemplare verfertiget, und von beyderſeits bevollmächtigten Miniſtris mit Vorbehalt allerhöchſt und höchſter Genehmigung, deren Beybringung und Auswechſelung innerhalb 14. Tagen, von der Unterſchreibung anzurechnen, oder noch ehender ſtipuliret wird, Kraft habender Vollmacht unterſchrieben und mit den angebohrnen Inſiegeln bekräftiget, und gegen einander ausgewechſelt worden. So geſchehen Wien, den 3. Jenner im 1778. Jahre.

Kauniz. Ritter.

No. 19.

Vergleich des mutui conſtituti poſſeſſorii von den Churfürſten von Bayern und Pfalz, vom 19. Jun. 1774.

Von Gottes Gnaden Wir Maximilian Joſeph, in Ober- und Nieder-Bayern, auch der Obern Pfalz Herzog, Pfalz-Graf bey Rhein, des Heil. Römiſchen Reichs Erztruchſeß, und Churfürſt, Landgraf zu Leuchtenberg ꝛc. ꝛc. und Von Gottes Gnaden Wir Carl Theodor, Pfalz-Graf bey Rhein, des Heil. Römiſchen Reichs Erz-Schatzmeiſter, und Churfürſt, in Bayern, zu Jülich, Cleve und Berg Herzog, Fürſt zu Mörs, Marquis zu Bergen-Opzoom, Graf zu Veldenz, Spanheim, der Mark, und Ravensberg, Herr zu Ravenſtein ꝛc. ꝛc.

Beken-

Bekennen für Uns, und Unſere Erben, was geſtalten Wir zu deſto mehrern Feſtſtellung Unſerer im Jahr 1766. und 1771. erneuerter Haus-Union und Erb-verbrüderung, wie auch des würklichen Vollzugs derſelben, und damit Caſu eveniente ein Dritter mit anmaßlicher Poſſeßions-Ergreifung das Prævenire zu ſpielen, deſto minder im Stand ſeyn möchte, uns weiter mit einander dahin unterredet, und einverſtanden haben, daß

1mo. das Conſtitutum Poſſeſſorium auf alle und jede in dem Pacto mutuæ Succeſſionis begriffene beyderſeitige Lande, und Beſitzthümer zuvörderſt Uns ſelbſten, und hiernächſt auch allen darinnen eingeſchloſſenen Haus-Agnaten reciproce et eventualiter, jedoch dergeſtalten hiermit eingeräumt ſeyn ſolle, daß ſolches zwar contra quemcunque tertium die volle Würkung einer Compoſſeſſion nach ſich ziehen, jedoch kein paciſcirender Theil dem andern annoch bey ſein, oder ſeiner männlichen Deſcendenz Lebzeiten in dem freyen Exercitio ſeiner Landes-Hoheits-oder anderen Gerechtſamen unter dieſem Vorwand Einhalt erzeigen, noch bis dahin einigen Gebrauch machen mag. Und weil auch

2do. der in Gottes Händen ſtehende Succeßions-Fall auf Unſerer des Churfürſtens von Bayern Seite dermalen nur auf ein paar Augen beruhet, mithin dieſer von Gott zu verhütende Fall eine mehrere, und zeitlichere Vorſorge erfordert, ſo iſt ferner zwiſchen Uns abgeredet, und beſchloſſen worden, alle jene Inſtrumenta, und Expeditiones, welche ſeiner Zeit auch zu Ergreifung der natürlichen und ſolitariſchen Poſſeßion immer dienlich und nöthig ſeyn mögten, ohne längern Verſchub präpariren, und völlig zu Stande bringen zu laßen, ſofort ſolche dahier in München dem Geheimen Raths-Canzlern, und Conferenz-Miniſtern Baron von Kreitmayer, mit der Inſtruction in die Verwahr zu übergeben, daß derſelbe, ſo bald nur der Fall ſich ereignet, die bis dahin in albo verbleibende Data zu erſetzen, und alles an ſeine Behörde in inſtanti mit möglichſter Beſchleunigung zu dirigiren haben ſolle.

Urkunde deſſen iſt gegenwärtiges Inſtrument in duplo hierüber errichtet, und einem jeden com paciſcirenden Theil ein Exemplar unter Unſerer beyderſeitiger Handunterſchrift und Sigills Vordruckung zugeſtellet worden. München, den 19. Junii, 1774.

No. 20.

Nachdem Ihro K. K. Apoſtol. Majeſtät Allerhöchſt-Dero wirklichen Cämmerer und Hofrath, Herrn Ludwig Freiherrn von und zu Lehrbach, zu dem Ende hieher abzuordnen geruhet haben, um die Urkunden einzuſehen, auf welchen bey ein- oder anderem Anſtand der Beweis wegen der in Beſitz genommenen Ortſchaften und deren Gränzen beruhen mögte: So haben Se. Churfürſtl. Durchl. einigen aus Dero Miniſterio, mit Zuziehung des geheimen Archivarii,

den Auftrag gemacht, zuvorderiſt den Straubingiſchen Theilbrief von 1353. nicht nur in Originali dem Herrn Abgeordneten vorlegen, ſondern hievon eine beglaubte Abſchrift nehmen zu laßen, und dies in dem vollkommenen Vertrauen, daß man jenſeits auch den von Kayſer Siegmund an Herzog Albrecht Ao. 1426. ertheilten Belehnungs-Brief auf gleiche Art zu communiciren um ſo mehr ſich gefallen laßen werde, als dieſe beyde Urkunden bey der den 3ten Januar geſchloſſenen Convention zur Grundlage ſind genommen worden, und als ein Anhang derſelben betrachtet werden dürften.

Wenn ſich nun bey Einſicht des Original-Briefes veroffenbahren wird, daß in demſelben nachſtehende Gerichter und Ortſchaften, welche doch alle, dem Vernehmen nach, mit K. K. Truppen beſetzt ſeyn ſollen, nicht enthalten ſind; als:

Jenſeits der Donau,

das Gericht Riedenburg, mit dem dazu gehörigen Mautamt zu Regensburg; Altmanſtein; Stadt am Hof; Weichs; Wetterfeld; Schwarzach; Zwieſel; Weiſenſtein; Regen; Dieſſenſtein; Bernſtein; Bergamt Bodenmeiß.

Und diſſeits der Donau,

das Gericht Abensperg; Rottenburg; Eckmuhl; Teysbach; Reisbach; Leonsberg; Oſterhofen; Griesbach; und vielleicht noch andere, von welchen man ſichere Nachrichten noch nicht hat erholen können.

So ſetzet man diſſeits auf die weltbekannte Billigkeits- und Gerechtigkeitsliebe Sr. K. K. Apoſtol. Majeſtät das ſtete Vertrauen und die zuverſichtliche Hofnung, daß durch Einſicht des Theil-Briefs dieſer Irrthum gehoben, und obgemeldte Diſtrikte Sr. Churfürſtl. Durchlaucht vor allem wiederum eingeräumet werden wollen. Wobey man übrigens ſich auch vorbehält, wegen denen im Theilbrief dem Namen nach zwar enthaltener, aber nur mit gewiſſen beſtimmten Gerechtigkeiten zur Straubingiſchen Erbſchaft geweſenen Ortſchaften, die nothwendige Erläuterungen derenfalls geziemend mitzutheilen. München, den 22. März, 1778.

Bayerische
Staatsbibliothek
München

Stammtafel des Pfalz-Baieriſchen Hauſes und der Succeſſions-Fälle von 1425. und 1778.

- OTTO I. Herzog von Baiern aus dem Hauſe Wittelsbach † 1183.
  - LUDWIG I. Herzog in Baiern und erſter Pfalzgraf am Rhein † 1231.
    - OTTO II. der Erleuchtete, Herzog von ganz Baiern und Pfalzgraf am Rhein 1231, † 1253.
      - LUDWIG der Strenge Herzog in Oberbaiern und Pfalzgraf am Rhein † 1294.
        - RUDOLF Churf. von der Pfalz und Stammvater des Hauſes Pfalz † 1319.
          - ADOLF † 1327.
            - RUPRECHT II. † 1398.
              - RUPRECHT III. † 1410.
                - STEPHANUS † 1459.
                  - Heutiges Haus Pfalz.
        - LUDWIG Röm. Kaiſer, Herzog in Oberbaiern 1314, Kaiſer 1340, auch Herzog in Niederbaiern 1340, † 1347. Gemahlin 1) Beatrix von Glogau, † 1323. 2) Margaretha von Holland, † 1356.
          - STEPHAN I. † 1377.
            - STEPHAN. II. zu Ingolſtadt † 1413.
              - LUDWIG † 1441.
                - LUDWIG † 1445. unbeerbt.
            - FRIEDRICH zu Landshut † 1393.
              - HEINRICH † 1450.
                - LUDWIG † 1479.
                  - GEORG der reiche † 1503. als letzter dieſer Linie.
            - JOHANN zu München † 1397.
              - ERNST † 1438.
                - ALBR. III. † 1460.
                  - Das im Mannsſtamm 1777. ausgeſtorbene Haus Baiern.
              - WILH. † 1435.
          - ALBRECHT † 1404. Stifter der Straubingiſchen Linie.
            - JOHANNES Biſchof zu Lüttich 1390-1418. Herz. von Niederbaiern zu Straubing † 1425. letzter Beſitzer von Niederbaiern nach der zweyten Theilung.
            - JOHANNA oder Sophia Gem. 1390. Albrecht IV. Herzog von Oeſterreich.
              - ALBERT V. Herzog von Oeſterreich, Kaiſer 1438. als ALB. II. † 1439. Gem. Eliſabeth, Tochter Kaiſer Sigismunds.
                - ANNA † 1462. Gemahl. Wilhelm III. Marggr. zu Meiſen 1446. † 1482. ohne männl. Erben.
                  - MARGARETHA † 1511. Gemahl JOHANN CICERO Churf. v. Brandenburg.
                    - Heutiges Haus Preußen und Brandenburg.
                - ELISABETH † 1505. Gem. Caſimir IV. König in Polen 1454. † 1492.
                  - WLADISLAUS IV. König in Böhmen 1471. in Ungarn 1490. † 1516.
                    - ANNA † 1547. Gem. FERDINANDUS I. Erzherzog von Oeſterreich, verm. 1521. König in Böhmen 1526, in Ungarn 1527, Kaiſer 1556. † 1564.
                      - Heutiges Haus Oeſterreich.
                - LADISLAUS Poſthumus König in Ungarn und Böhmen, † 1457. unvermählt.
      - HEINRICH Herzog in Niederbaiern † 1290
        - STEPHAN geb. 1271. † 1311.
          - HEINRICH zu Landshut † 1339.
            - JOHANNES † 1340. letzter Beſitzer von Niederbaiern nach der erſtern Theilung.
          - BEATRIX G. Ruprecht II. v. der Pfalz, Stam̃mutter des Hauſes Pfalz.
            - RUPR. III. von der Pfalz. † 1410.
          - ELISABETH Gem. Otto, Herzog von Oeſterreich.
            - FRIEDRICH v. Oeſterreich. † 1334. unbeerbt.
            - LEOPOLD. v. Oeſterreich. † 1344. unbeerbt.

Bayerische Staatsbibliothek München

Bayerische StaatsBibliothek
Münchener DigitalisierungsZentrum Digitale Bibliothek

Hertzberg, Ewald Friedrich <<von>>,

Sr. Königl. Majest. von Preußen und Churfürstl. Durchl. zu Brandenburg Erklärung an Ihre hohe Mitstände des deutschen Reichs über die Bayerische Successions-Angelegenheit und über die Ursachen, welche Höchstdieselbe nö thigen, sich der widerrechtlichen Trennung des Herzogthums Bayern zu widersetzen So wie sie am 17. Julii 1778. von der Königl. Preußisch-Chur-

Berlin 1778

4 Bavar. 2221-9,2
urn:nbn:de:bvb:12-bsb10344859-3
VD18 14986248